

PROTOKOLL

Begrüßung

Voswinkel

St. Petersburg, diesen Namen erhielt die Stadt zweimal: von ihrem Begründer vor fast 300 Jahren und noch einmal von den Bürgern dieser Stadt vor zwei Jahren. Das erste Mal ging es um Rußlands Öffnung nach Westen, das zweite Mal um die Wiedergewinnung der Geschichte. Es gibt wohl keine Stadt in der großen russischen Föderation, wo die Frage sich deutlicher stellt, was Rußland für den Westen bedeutet und wie Rußland zum Westen steht.

Im Zentrum dieses Bergedorfer Gesprächskreises steht die Frage nach der Zukunft der Reformpolitik, wie sie umgesetzt wird, welche Rolle Rußland in der internationalen Politik anstrebt und wie die Länder des Westens das Verhältnis zu Rußland in Zukunft zu gestalten suchen.

In den vergangenen Jahren hat Rußland tiefe Veränderungen erfahren, die eine neue weltpolitische Situation geschaffen haben. Die - allerdings nur scheinbar-stabile Ordnung der vergangenen Jahrzehnte im Zeichen der kommunistischen Diktatur und einer bipolaren Welt gehört unwiderruflich der Vergangenheit an.

Die weitere Entwicklung ist in einem Maße offen, wie wir es seit langem nicht mehr kennen. Diese Ungewißheit erzeugt bei vielen Menschen Unbehagen bis hin zu Zukunftsangst, insbesondere dort, wo die neue Ungewißheit mit einer deutlichen Verschlechterung der materiellen Lebensumstände verbunden ist. Der Wunsch nach Stabilität beginnt schon den Boden zu bereiten für extreme politische Kräfte.

In dieser Situation möchte die Körber-Stiftung mit dem Bergedorfer Gesprächskreis ein Forum bieten, auf dem in aller Offenheit Gedanken und Erfahrungen ausgetauscht sowie gegenseitige Lernprozesse herbeigeführt werden können. Die derzeitige offene Entwicklung ist ja nicht nur Veranlassung zur Beunruhigung, sondern sie birgt nach vielen Jahren der Erstarrung die große Chance zu positiver Entwicklung durch Nutzung der neuen Gestaltungsspielräume.

Die jetzige Situation erfordert in ganz ungewöhnlichem Ausmaß Mut, Kraft, Vision und Staatskunst. Unser Wunsch und unsere Hoffnung ist, daß hier am Tisch in St. Petersburg Ost und West gemeinsam nachdenken, wie die historisch einmalige Chance der Gestaltung der inneren Ordnung und der internationalen Beziehungen zum langfristigen Wohl der betroffenen Menschen wahrgenommen werden kann.

Meyer-Landrut

Wir haben die Konferenz in drei Abschnitte unterteilt. Zunächst wird Herr Sobtschak über die Entwicklung in Rußland sprechen. Dann folgt eine Diskussion über Sicherheitsfragen - unter anderem das Verhältnis von Rußland und NATO;-, die Herr Ruhe und Herr Kokoschin einleiten werden. Den Abschluß bildet morgen eine Debatte über außenpolitische Zusammenhänge, Rußlands Beziehungen zu den europäischen Ländern und umgekehrt, sowie die Rolle Rußlands in der Europapolitik.

Mit diesen drei Themenbereichen hoffen wir, die wichtigsten Fragen, die das politische Beziehungsgeflecht Rußlands mit Europa gegenwärtig bestimmen, definiert zu haben und damit einen Rahmen für die Diskussion anzubieten.

Zunächst aber danke ich Ihnen allen, daß Sie die Einladung zu diesem Gesprächskreis angenommen haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß derartige Treffen über den Tag hinaus fortwirken, indem sie uns helfen, unterschiedliche Meinungen kennenzulernen und eigene Positionen zu überprüfen.

Sobtschak

Ich freue mich, Sie in unserer Stadt begrüßen zu dürfen, und hoffe, daß dieses Treffen in St. Petersburg allen Anwesenden nicht nur wegen des unerwartet zurückgekehrten Winters in Erinnerung bleiben wird, sondern auch durch die positiven Ergebnisse unserer Gespräche.

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat sich immer durch das hohe Niveau seiner Diskussionsteilnehmer, durch Offenheit und Ehrlichkeit bei den Gesprächen ausgezeichnet. Ich bin sehr froh darüber, daß ich unter uns nicht nur hochgestellte Führungskräfte begrüßen darf, sondern gleichzeitig bedeutende Gelehrte, die Führungs- und Denkfähigkeit erfolgreich miteinander verbinden, was leider nicht so oft vorkommt.

Ich denke, das Interesse an der gegenwärtigen Lage Rußlands und an allem, was in Rußland vorgeht, ist wesentlich bedingt dadurch, daß diese Entwicklung in ihrer Bedeutung für die Welt insgesamt erkannt wird. Außerdem sind die Prozesse, die in Rußland ablaufen, maßgeblich ein Indikator dafür, was in den postkommunistischen Ländern überhaupt vor sich geht. In Rußland sind diese Prozesse vielleicht deutlicher sichtbar, wenn man seine Größe und seine Besonderheiten als Großmacht bedenkt.

In den westlichen Massenmedien und auch in Kreisen der Wissenschaft werden nun die Vorgänge in Rußland und seine tatsächliche politische und wirtschaftliche Lage leider nicht adäquat eingeschätzt. So hat es mich sehr erstaunt, daß dem Westen eine sehr wichtige Tatsache entgangen zu sein scheint, nämlich das Ende der Sowjetunion am 12. Dezember 1993 und die Annahme einer neuen Verfassung, die auf demokratischen Grundlagen beruht. Wir sprechen von einer "Verfassung für den Menschen", weil ihre Leitsätze überwiegend nicht auf den Staat, sondern auf den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet sind. Im Westen diskutiert man lebhaft über das Phänomen Schirinovskij, erörtert die Umbildung der Regierungskader und zieht daraus geradezu globale Schlußfolgerungen für die Zukunft Rußlands, und zwar überwiegend pessimistische. Wie aber die Ereignisse in Rußland tatsächlich verlaufen, dem schenkt man kaum Aufmerksamkeit.

In der Tat ist es schwierig zu erkennen, was in unserem Lande wirklich vor sich geht, wenn man die Vorgänge nur oberflächlich und von außen wahrnimmt. Denn unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unser staatliches und politisches System weisen keine einheitlichen Züge auf. In ihnen sind die Überreste des alten totalitären Systems und die Keime neuen Lebens, neuer Institute, neuer Behörden miteinander vermischt. Es sieht aus wie ein unfertiges Gebäude in einem Waldgebiet. Äußerlich mag es chaotisch wirken; aber der geübte Blick des Architekten und Erbauers erkennt hinter den Bäumen, die das Gebäude umgeben, die Konturen der zukünftigen Gesellschaft.

Lassen Sie uns diese Konturen zunächst historisch betrachten. Das kommunistische System basierte auf drei Stützfeilern: Erstens der Kommunistischen Partei. Seit August 1991 hat die einheitliche Kommunistische Partei der Sowjetunion aufgehört zu existieren. Es gibt zwar eine Fülle von Nachfolgeorganisationen, wenngleich in St. Petersburg nur noch wenige solcher kommunistischen Organisationen vorhanden sind. Ich meine, in ihrer ursprünglichen Gestalt wird diese Partei nie wieder erstehen, wenn auch die kommunistischen Ideen noch eine Zeitlang unser politisches Leben beeinflussen werden. Was man den Menschen 75 Jahre lang eingehämmert hat, kann man nicht so einfach wieder aus ihren Köpfen löschen. Doch die letzten politischen Ereignisse, besonders die Wahlen in St. Petersburg, bei denen die verschiedenen kommunistischen und nationalistischen Organisationen nicht einen einzigen Platz im Stadtparlament errungen haben, bestärken mich in

dieser Einschätzung. Diese Kräfte haben eine vernichtende Niederlage erlitten und in keinem Wahlbezirk mehr als 1,5 bis 2 Prozent der Stimmen erhalten.

Der zweite Stützpfeiler, auf dem das kommunistische System beruhte, war das Sowjetsystem. Ich möchte daran erinnern, daß wir erst Ende 1991 damit begonnen haben, den bewußten Kampf aufzunehmen, um dieses Machtsystem durch ein demokratisch-parlamentarisches System und ein System der Selbstverwaltung abzulösen. Der Kampf um die Abschaffung der Sowjetmacht als politische Institution, welche die absolute Herrschaft der Kommunistischen Partei verschleierte, wurde vor allem im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Annahme der neuen Verfassung geführt. Aus eben diesem Grunde waren auch die Auseinandersetzungen um die neue Verfassung so schwierig und erbittert. Die Ereignisse vom Oktober 1993 waren der letzte Versuch, die Sowjetmacht zu erhalten - so, wie die Ereignisse vom August 1991 der letzte Versuch gewesen waren, die Kommunistische Partei zu erhalten.

Der dritte Stützpfeiler waren die Machtstrukturen von Armee, KGB, Polizei, Justiz, deren Kader sorgfältig ausgewählt waren und die ausschließlich aus Kommunisten bestanden. Solche Posten gehörten zu den ranghöchsten in der Nomenklatura. So wurden zum Beispiel alle Richter bis hin zum rangniedrigsten vom Gebietskomitee der Partei eingesetzt. Ranghöhere Richter oder Staatsanwälte wurden sogar direkt vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eingesetzt. Viele der heutigen Probleme mit der Kriminalität in Rußland und der dadurch bedingten Instabilität des politischen Lebens sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in den vorgenannten Strukturen weiterhin Leute dominieren, die in der Vergangenheit von den entsprechenden Komitees der Kommunistischen Partei ernannt und bestätigt wurden. Deshalb wird der russische Staat noch viel Arbeit und Mühe darauf verwenden müssen, diese Organe zu reformieren und mit fortschrittlichen Menschen zu besetzen, die davon überzeugt sind, daß sich Rußland auf demokratischem Wege weiterentwickeln muß. Das betrifft nicht nur die Leitung dieser Organe, sondern ebenso die Mehrheit der Mitglieder.

Ich möchte nur ein Beispiel anführen, um das zu verdeutlichen: den Obersten Gerichtshof. Mit allen juristischen und sonstigen Tricks hat man die Gerichtsverhandlung gegen die Putschisten von 1991 zwei Jahre lang hingezogen. Aber eben dieser Gerichtshof brauchte nur 24 Stunden, um die juristisch absolut unhaltbare Entscheidung zu fallen, den Einspruch gegen die Amnestie niederzuschlagen. Ebenso verhält es sich mit dem Verfassungsgericht und der Staatsanwaltschaft. Auch dort warten sehr viele Leute nur auf ein Signal, um Repressionen gegen die Demokraten in die Wege zu leiten. Dann werden sie keinen Augenblick zögern, und kein Gesetz wird sie davon abhalten.

Aus diesem Grunde ist nicht damit zu rechnen, daß sich die politische Lage in Rußland bereits völlig stabilisiert hat. Erst wenn wir die Reform des dritten Stützpfeilers, auf dem das kommunistische Regime beruhte, durchgeführt haben, können wir davon sprechen, daß in Rußland eine Ära der politischen Stabilität angebrochen ist. Was mir heute aber das Wichtigste zu sein scheint, ist, daß die Grundlage für eine solche Reform geschaffen worden ist, nämlich die neue Verfassung, die die Möglichkeiten des Staates, sich in das Privatleben einzumischen, erheblich eingeschränkt hat. Das ist nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil, wer immer in Rußland an die Macht kommen mag - selbst wenn es die oppositionellen neokommunistischen oder nationalistischen Kräfte sind;- , sie mit der Verfassung rechnen müssen und mit einer Gesetzgebung, die auf der Grundlage dieser Verfassung durchgeführt wird. Wenn es so kommen würde, wäre dies natürlich die entschieden ungünstigste Variante, die ich im Grunde ausschließe. Aber vieles wird davon abhängen, wie unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung verlaufen wird.

Das wichtigste politische Ereignis in der letzten Zeit in Rußland ist die Errichtung eines Mehrparteiensystems. Viele vergessen, daß wir 75 Jahre lang in einem Einparteiensystem gelebt haben, in dem jedes Aufkommen oppositioneller Kräfte als Verbrechen angesehen wurde. Selbst der geringste Anschein von oppositioneller Haltung in den Reihen der eigenen Partei führte in der Regel zu bedauernswerten Konsequenzen für diejenigen, die auf ihrer Meinung beharrten. Die Tradition der politischen Diskussion und des freien Meinungs austausches war bei uns völlig verlorengegangen, und uns fehlen die entsprechenden politischen Organisationen. Das ist die Ursache für viele Auswüchse in unserem gegenwärtigen Leben, für die Erbitterung, mit der neue Parteien und politische Führer selbst über marginale Fragen miteinander streiten.

Wie auch immer man die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom Dezember vergangenen Jahres einschätzen mag - ob als Sieg der neokommunistischen und nationalistischen Kräfte oder nicht;- , worauf es meiner Ansicht nach vor allem ankommt, ist, daß Rußland zum ersten Mal seit 1917 Wahlen auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems mit Parteilisten durchgeführt hat. Das sollte man bei der Analyse bedenken, wenn man nach den Ursachen für den Wahlausgang sucht. Doch die

Tatsache, daß die ersten Mehrparteienwahlen durchgeführt worden sind, kann man gar nicht positiv genug einschätzen. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung Rußlands.

Dieser Schritt hat jedoch ein Schlaglicht auf viele Ungereimtheiten unseres politischen Lebens geworfen, die nicht in den Rahmen unseres Mehrparteiensystems passen. Wenn ich Ihnen die Frage stellen würde: Was für eine Regierung hat Rußland derzeit eine Einparteien- oder eine Mehrparteienregierung? Was würden Sie antworten? Einerseits kann es keine Einparteienregierung sein, weil keine Partei über eine Mehrheit im Parlament verfügt und entsprechend die Regierung gebildet hat. Hätte die Partei "Rußlands Wahl" die 55 Prozent Stimmen erhalten, mit denen sie gerechnet hatte, wäre heute zweifellos Jegor Gajdar Premierminister. Dann gäbe es eine Einparteienregierung. Das ist aber nicht der Fall.

Auf der anderen Seite kann man diese Regierung aber auch nicht als Koalitionsregierung bezeichnen. Ihr gehören Vertreter verschiedenster Parteien an, die entweder demokratisch oder neokommunistisch orientiert sind. Wenn man alle Vize-Premierminister bis hin zu dem erst gestern Ernannten hin betrachtet, dann unterscheiden sie sich in ihren politischen Ansichten ganz erheblich voneinander. Tschubaj, Zavrjucha und Schochin haben grundverschiedene politische Ansichten. Haben wir es also mit einer Koalitionsregierung zu tun? Wohl kaum; denn es existiert keine Einigung unter den Parteien über ein einheitliches Regierungsprogramm und über gemeinsame Ziele. So gibt es lediglich Kompromisse zwischen den Parteien, die die Bildung einer Koalitionsregierung ermöglichen. Unsere Regierung ist also weder das eine, noch das andere.

Es besteht nur dem Anschein nach Einigkeit. In Wirklichkeit gibt es Fragen über Fragen, die unser aktuelles politisches und wirtschaftliches Leben betreffen, die aber nicht gelöst werden, weil sich die Vertreter, die verschiedenen politischen Anschauungen und Parteien anhängen, gegenseitig bekämpfen. Diese Situation ist absolut unnormal. Wie kann man die Zusammensetzung dieser Regierung und ihr Arbeitsprogramm mit der Tatsache in Einklang bringen, daß in Rußland innerhalb und außerhalb ein Mehrparteiensystem entstanden ist? Dieser hoffentlich vorübergehende unsichere Zustand ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß unser politisches und staatliches System noch sehr jung ist, und ich möchte betonen, daß wir es heute mit einem prinzipiell anderen russischen Staat und einer grundsätzlich neuen Lage der Dinge zu tun haben. Eine bürgerliche Gesellschaft ist im Entstehen, aber es gibt sie noch nicht.

Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf ein weiteres Moment lenken, das selbst von russischen Politikern leider noch nicht voll gewürdigt wird: Zum ersten Mal seit dem Herrscher Zar Alexander II. führt die neue russische Verfassung das System einer regionalen Selbstverwaltung ein - ein nichtstaatliches System, ein System der regionalen Gewaltenteilung, losgelöst vom Staat. Es handelt sich dabei um ein regionales Verwaltungssystem, das von Alexander II. eingeführt wurde und die Bildung einer bürgerlichen Gesellschaft im Rußland vor der Revolution ermöglichte. Dieses System darf man nicht idealisieren. Aber es bestand und hatte seine positiven Seiten, die zu entsprechenden Ergebnissen führten. Jetzt beginnen wir gerade erst mit der Bildung eines solchen Systems auf der Grundlage der neuen Verfassung. Es kann zu einem mächtigen Katalysator bei der Bildung einer bürgerlichen Gesellschaft werden.

Lassen Sie mich noch einige Worte zu unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage sagen. Sie ist kompliziert, sie könnte sehr viel einfacher und aussichtsreicher sein, wenn wir eine wirklich handlungsfähige Regierung hätten, welche die notwendigen Entscheidungen treffen würde, und zwar zur rechten Zeit. Vielleicht unterscheiden sich die russische Mentalität und die russischen Staatstraditionen von denen des Westens gerade dadurch, daß in Rußland sehr häufig das Leben, das die Bürger führen, und das politische Leben nebeneinander herlaufen und oft keine Berührungspunkte miteinander haben. Das war schon zur Zarenzeit und im Kommunismus so, und das setzt sich in erheblichem Maße heute fort. Ich bin davon überzeugt, daß der überwiegende Teil unserer wirtschaftlichen, das heißt in erster Linie finanziellen Schwierigkeiten, darauf zurückzuführen ist, daß unsere politische Führung die realen Gegebenheiten des Lebens nicht beachtet und nicht rechtzeitig darauf reagiert, was in der Wirklichkeit geschieht. Und es geschieht viel.

Ich nenne nur einige Fakten. In St. Petersburg sind bereits mehr als 75 Prozent der Wirtschaft in Privathand; gemischte und private Wirtschaftsbereiche überwiegen. Wir verfügen schon über ein verzweigtes Netz von Handelsbanken und ähnlichen Finanzstrukturen, das in den letzten 2 1/2 Jahren entstanden ist. 1990 gab es erst etwa 10 staatliche und privatwirtschaftliche Banken, 1993 sind es bereits mehr als 100. Und das nur in St. Petersburg. In Moskau laufen diese Prozesse noch schneller ab, weil dort die Möglichkeiten, Geld zu verdienen und sein Kapital zu vermehren aufgrund der Nähe zur Machtzentrale größer sind.

Es gibt andere Merkmale unseres Wirtschaftslebens, die darauf verweisen, daß eine Stabilisierung und sogar ein gewisses Wachstum in einer verhältnismäßig kurzen Zeit erreicht werden können. Es ist zum Beispiel nicht jene Massenarbeitslosigkeit eingetreten, die uns prophezeit wurde und immer noch angekündigt wird. Wenn es der Regierung gelingt, entsprechend eine den russischen Verhältnissen sachkundige Politik zu betreiben, wird es, so meine ich, überhaupt keine Massenarbeitslosigkeit geben.

Zumindest erwähnen möchte ich die Probleme auf dem Wohnungsbau sektor und im Straßenbau. Andere Probleme sind mit den Millionen Hektar unerschlossenen, brachliegenden Landflächen im Zentrum Rußlands verbunden. Zur Zeit wird an einem Erschließungsprojekt in Verbindung mit dem Bau einer neuen, 700 km langen Autobahn zwischen St. Petersburg und Moskau gearbeitet. Schon die ersten Analysen zeigen, daß die Bevölkerung nur dieses kleinen Landstriches bis zum Jahre 2000 um 2 bis 3 Millionen Menschen anwachsen kann. Hier können bedeutende landwirtschaftliche Betriebe und eine starke Industrie entstehen, die landwirtschaftliche Rohprodukte verarbeitet und Baumaterialien herstellt.

Es gibt auch keine Massenemigration, die man uns prophezeit hatte und vor der unsere Nachbarn so große Furcht hatten. Das gilt für die Finnen wie für die anderen Nachbarn, die so viel darüber geschrieben und gesprochen haben, daß Millionen von Russen sich auf den Weg nach Europa machen würden. Die Oppositionsparteien wollten dazu eine großangekündigte Versammlung auf dem Schloßplatz in St. Petersburg durchführen, die ich genehmigt hatte. Mit den Schaulustigen kamen insgesamt 22 Menschen dort zusammen. Das zeigt, welche Unterstützung die Opposition bei uns hat. Deshalb ist sie auch am aktivsten in Moskau.

Ich möchte nochmals hervorheben, daß die frühere Nomenklatura, die mit Bedacht unsere außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Repräsentanten, zum Beispiel in Botschaften und Handelsmissionen, mit Verwandten besetzten, sich hervorragend etabliert hat. Kaum jemand von ihnen muß hungern, und zu dem System der kommunistischen Enthaltsamkeit und Selbstbeschränkung wollen sie keinesfalls zurückkehren. Sie wissen jetzt, wie es ist, in guten Hotels zu leben, in Hawaii Urlaub zu machen und Mercedes zu fahren. Und selbst wenn sich die politischen Verhältnisse in Rußland in die schlechtestmögliche Richtung entwickeln sollten, wäre dies immer noch eine, wenn auch sehr langsame und verzögerte Vorwärtsbewegung. Verzögert deswegen, weil sich diese Kräfte natürlich nicht gerade über das Entstehen demokratischer Institutionen in Rußland freuen. Aber mehr als eine Verzögerung könnten sie nicht erreichen. Es gibt heute weder politische noch wichtige soziale Kräfte, die die Entwicklung in eine andere Richtung beeinflussen können. Darum blicke ich optimistisch in die Zukunft.

Als ich mich heute auf meine Ansprache vorbereitete, sah ich mir noch einmal all die Fragen an, die wir in der Gruppe der Präsidentenberater noch zu Gorbatschows Zeiten und auch im vergangenen Jahr unter Präsident Jelzin erörtert hatten, und welche Einschätzungen dabei vorgenommen wurden. Da stellt man dann doch erstaunt fest, wie sehr die Bedeutung der kurzlebigen Ereignisse überbewertet und die der objektiven Entwicklungsprozesse zu gering eingeschätzt wurde, die unbeirrt vorangehen, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir es gern hätten.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal auf die These zurückkommen, die ich bereits angesprochen habe: In Rußland gibt es das kommunistische Einparteiensystem nicht mehr, das noch vor drei Jahren bestand. Es gibt das Sowjetsystem nicht mehr, das im Oktober 1917 errichtet wurde. Dafür gibt es positive politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektiven, die wir mit Sachverstand und unter ständiger Beobachtung des realen Lebens weiterführen müssen. Im Grunde ist die Demokratie als System, als staatliche und politische Ordnung in Rußland bereits realisiert. Nur in den Köpfen der Politiker, der politischen Führer, ist sie noch nicht verankert. Leider haben die meisten von denen, die sich selbst Demokraten nennen und die im allgemeinen als Demokraten bezeichnet werden, nur eine sehr vage Vorstellung von dem, was Demokratie ist.

Meyer-Landrut

Herr Sobtschak hat uns ein realistisches Bild von der gegenwärtigen Situation in Rußland gezeichnet. Er hat zugleich davor gewarnt, die westliche Presseberichterstattung allzusehr auf die - sicherlich vorhandenen - Sumpfbüden der demokratischen Entwicklung in Rußland zu konzentrieren.

Schmidt-Häuer

Hier möchte ich einhaken, Herr Meyer-Landrut. Ich glaube nicht, daß man der westlichen Presse so einfach vorwerfen kann, die Entwicklung in Rußland einseitig darzustellen und sich nur auf die negativen Ereignisse zu beschränken.

Herr Sobtschak hat gesagt, die Kommunistische Partei in der alten Gestalt werde nie wiederkommen. Nun haben es Revolutionen an sich, daß das Alte sich so nicht wiederholt, aber wir wissen auch, daß nach einer gewissen Phase der Anarchie, der neuen Gesetze, Proklamationen und Ukase, doch ein Teil des Alten wieder zurückkehrt. Das haben die englische und die Französische Revolution gelehrt, und das stellen wir im Augenblick leider auch in Rußland fest.

Wenn Sie darauf verweisen, daß beim ersten Wahlgang in St. Petersburg die kommunistischen und nationalistischen Kräfte keinen Sitz erhalten haben, dann war dies sicher ein Erfolg. Zugleich haben sich aber auch die demokratischen Kräfte nicht als stark genug erwiesen, um bei dieser Wahl mehr als rund 20 Prozent der Wahlberechtigten zu mobilisieren, zu den Wahlurnen zu gehen. Dabei hatten die Bürger jetzt zum ersten Mal die Chance, das System der Sowjets durch ihre Stimmabgabe für null und nichtig zu erklären. Das ist, meine ich, ein sehr trauriges Ergebnis. Daß Sie die Frist für die Stimmabgabe dann um einen Tag verlängert haben, um mehr Wähler zur Wahl zu veranlassen, verträgt sich mit meinem Rechtsempfinden auch nicht unbedingt. Aber da will ich mich nicht einmischen.

Noch skeptischer stimmt mich, daß in vielen Regionen Rußlands die Menschen zur Wahl gegangen sind, aber leider gerade die alten Kräfte wiedergewählt haben - auch wenn es die frühere Kommunistische Partei offiziell nicht mehr gibt. Aber in vielen Orten haben sich eben keine Demokraten gefunden, die die Macht übernehmen konnten, so daß die alten Administratoren vor Ort wiedergewählt wurden.

Sie haben im übrigen gerade kürzlich einen Brief an Präsident Jelzin geschrieben, in dem Sie selber außerordentliche Vollmachten zur Bekämpfung der Kriminalität in St. Petersburg verlangten. Wenn wir Journalisten darüber berichten, dann verbreiten wir keine Panik, sondern Fakten. Das Bedauerliche an der Entwicklung ist, daß die von Ihnen als positiv und wegweisend beschriebene neue Verfassung bisher leider nur auf dem Papier steht. Denn ein entsprechendes Rechtsbewußtsein ist weder in der Bevölkerung noch bei den politisch Handelnden entwickelt. Damit meine ich, daß nach westlichem demokratischem Verhältnis das Recht grundsätzlich unabhängig von den politischen Autoritäten sein muß. Dafür gibt es hier noch sehr wenig Verständnis.

Aus diesem Grunde fürchte ich, daß die Bevölkerung - nicht zuletzt angesichts der wuchernden Mafia-Strukturen - mehrheitlich weiter politische Apathie zeigen wird und sich allenfalls den starken Staat zurückwünscht, aber nicht den Verfassungsstaat will. Und zwar einen starken Staat, der dann seine Stärke, wie es schon früher der Fall gewesen ist, dadurch unter Beweis zu stellen versucht, daß er verstärkt hegemoniale und außenpolitische Forderungen erhebt. Das ist meine große Sorge.

Sobtschak

Ich will darauf nur antworten, Herr Schmidt-Häuer, daß es keinen Brief gab, in dem ich Präsident Jelzin um die Erteilung von Sondervollmachten gebeten hätte. So war es nur in der Presse zu lesen. Ich habe einen Brief anderen Inhalts an den Präsidenten geschrieben, in dem es um die sofortige Ablösung der Führung der Justizbehörden ging, die sich weigert, aktiv gegen das Verbrechen vorzugehen. In Verbindung damit werden zum Beispiel gegenwärtig Führungskräfte bei der Polizei der Stadt abgelöst. Von irgendwelchen Sondervollmachten war nie die Rede.

Gasteyger

Ich darf anschließen an das, was Herr Schmidt-Häuer zu Recht gesagt hat, nämlich die Schwierigkeit für Außenstehende, zwischen der Verfassungswirklichkeit und der Verfassungsidee oder -theorie zu unterscheiden. Wenn Herr Sobtschak etwa von der erfolgreichen Etablierung der Privatindustrie in St. Petersburg spricht, dann wäre zu fragen, wie es damit etwa im Hinblick auf die Konversion der Rüstungsindustrie steht. Zur Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit erwähne ich nur: Ihre Stadt nennt sich glücklicherweise - wieder St. Petersburg; der Distrikt selber, in dem die Stadt liegt, heißt aber nach wie vor der Leningrader Oblast.

Eichwede

In einer großen historischen Perspektive kann ich vielleicht den Optimismus teilen, der bei Herrn Sobtschak angeklungen ist; im Blick auf die absehbare Zukunft bin ich sehr viel skeptischer. Sowohl in der russischen Öffentlichkeit als auch in der westlichen werden zwei Prozesse als Einheit gesehen, die sich zeitlich überlagern, aber verschiedenen Regeln und verschiedenen Rationalitäten folgen: der Aufbau einer Marktwirtschaft und die Demokratisierung des Landes.

Es ist ein Credo bei uns, daß sich Markt und Demokratie gegenseitig bedingen, Freiheit nur eigentumsgestützt funktionieren kann. Die innere Entwicklungslogik beider Bereiche ist dennoch nicht identisch. Zur Abschaffung des Kommunismus gilt es, die Gesellschaften zu einen, zur Initiierung von Kapitalprozessen notwendigerweise, sie zu teilen. Plädiere ich in der Politik für demokratischen Ausgleich, muß ich bei der Durchsetzung einer Marktökonomie auf Gewinnchancen setzen und ein soziales Gefälle in Kauf nehmen. Was sich in den ausgereiften Gesellschaften des Westens an Widerspruch in Dynamik umsetzen mag, verlangt in den Ländern des Übergangs geradezu ein Spagat. Demokratie mag auf Regeln des Marktes angewiesen sein, die Regeln der Demokratie aber tun sich schwer, den Markt mit seinen unvermeidlichen Härten in Gang zu setzen.

In den bürgerlichen Revolutionen des Westens forderte der dritte Stand an politischen Rechten ein, was ihm seiner ökonomischen Bedeutung nach zustand. Eigentum, Kapital und Marktbeziehungen waren längst vorhanden. Erst auf ihrer Grundlage wurde demokratische Beteiligung eingeklagt. Im östlichen Europa haben wir heute die Umkehrung dieser historischen Konstellation. Während sich schon im Schöße der alteuropäisch-feudalen Ordnungen bürgerliche Schichten herausbilden konnten, war es das Elend des sowjetischen Totalitarismus, daß er die Entwicklung innerer Alternativen nicht zuließ. Die Nachfolgegesellschaften stehen vor dem Debakel einer Negativverbschaft - sie müssen für den Zusammenbruch der alten Strukturen ebenso bezahlen wie für den Aufbau der neuen. Man könnte es auch anders formulieren: Die Demokratiebewegungen müssen erst die sozialen Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz schaffen. Was im westlichen Europa aus einer Position des Habens und der Stärke heraus entwickelt wurde, geschieht in Osteuropa aus einer Position des Mangels. Politik und Ökonomie sind nicht bloß in ihrer historischen Abfolge vertauscht, der demokratische Schub ist permanent in der Gefahr, überfordert zu werden.

Von daher greifen Enttäuschung und Apathie um sich. Euphorien brachen sich an ökonomischen Zwängen. Der Umbruch muß auch von jenen ausgehalten werden, die von ihm nicht profitieren. Um mit den Dilemmata der Modernisierung fertig zu werden, ist oder war auch unter Demokraten der Ruf nach einer "eisernen Hand" zu hören. Mit Hilfe halbplebiszitär, halbautoritär eingefärbter Instrumente soll die Brücke zur bürgerlichen Gesellschaft geschlagen werden.

In der Summe steht die nachsowjetische Gesellschaft vor der Schwierigkeit, die Organisation der Macht unter demokratischer Kontrolle zu halten, ohne den historischen Vorlauf der westeuropäischen Erfahrungen zu besitzen. Aus diesem Grunde werden wir in den nächsten Jahren mit einem sehr hohen Maß an Unkalkulierbarkeit rechnen müssen. Die Erwartung, die Demokratie sei garantiert, scheint mir voreilig. Nach den Ereignissen seit 1985 will ich aber eine Chance nicht verneinen.

Meyer-Landrut

Ihre recht pessimistische Prognose, Herr Eichwede, würde ich insofern etwas aufhellen, als bei der Analyse des heutigen Rußlands häufig übersehen wird, daß wir es hier mit einer Bevölkerung zu tun haben, die einen sehr hohen Ausbildungs- und Bewußtseinsgrad aufweist, der den Vergleich mit anderen historischen revolutionären Situationen nicht unbedingt zuläßt.

Stürmer

Die Marktwirtschaft geht in aller Regel in der Tat der Demokratie voraus. Sie kann sich jedoch nur entwickeln, wenn eine einigermaßen gesicherte Rechtsordnung gegeben ist. Das muß nicht gleich ein Rechtsstaat, sondern kann zum Beispiel auch eine reichsstädtische Ordnung sein, die durch Verträge immer mehr ausgeweitet wird. Dafür gibt es in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter Vorbilder.

Bei der Entwicklung der Wirtschaft ist mir ein Punkt sehr wichtig, nämlich die Bedeutung von Arbeitslosigkeit und Inflation, wie wir sie in der deutschen Geschichte auf das schmerzlichste erlebt haben. Herr Sobtschak hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit in Rußland bisher erstaunlich niedrig ist, wenn es auch sehr viel verdeckte, latente Arbeitslosigkeit gibt. Dies mag sich in der kommenden Zeit ändern, wenn die finanzpolitischen Bremsen greifen, die beispielsweise jetzt durch den Internationalen Währungsfonds unüberhörbar eingefordert und auch von der russischen Regierung zugesagt wurden. Bisher hat die Inflation gewissermaßen die fehlende Arbeitslosenversicherung ersetzt und damit den sozialen Frieden mit Hilfe der Geldillusion weitgehend erhalten. Die soziale Absicherung in diesem Land ist ja in keiner Weise auf die Marktwirtschaft abgestimmt. Dieser Prozeß scheint jetzt seine Grenze erreicht zu haben.

Daher stellen sich einige Fragen:

Erstens: Welche politischen Konsequenzen hat das im Hinblick auf große Teile der Bevölkerung?

Zweitens: Mit welchen Zeiträumen ist für die Übergänge zu rechnen? Wieviel Geduld muß die Bevölkerung aufbringen? Wann entsteht sozusagen wieder ein stärkerer politisch-sozialer Konsens?

Drittens: Was bedeutet dies alles für die Binnennachfrage, die bisher weitgehend auf die elementaren Dinge des täglichen Überlebens reduziert ist - wenn man einmal von einer schmalen Schicht reicher Leute absieht? Damit läßt sich aber eine Wirtschaft auf Dauer nicht in Gang halten.

Diese Fragen, die nicht nur von erheblicher wirtschaftlicher, sondern mehr noch von politischer Bedeutung sind, stellen sich alle gleichzeitig und verlangen nach einer Lösung. Sie werden vermutlich über Rußlands politischen Weg in diesem und im nächsten Jahr entscheiden.

Markow

Herr Sobtschak hat gefragt, ob wir in Rußland eine Koalitionsregierung haben. Das läßt sich in der Tat nicht eindeutig beantworten. Denn es gibt leider noch kein Mehrparteiensystem, das die Grundlage für die Bildung einer Koalitionsregierung abgeben könnte. Die erste Etappe bei der Ablösung der politischen Elite, die Ende der 80er Jahre begonnen hat und bis zum Beginn dieses Jahres dauerte, ist jetzt erreicht. Sie ging einher mit politischer Desorganisation, starken Änderungen der politischen Spielregeln, einem Zerfall der Gesellschaft in ungeordnete, kaum regierbare Fragmente und der Zerstörung traditionell gewachsener politischer Bindungen in der Föderation. Dabei entstanden regionale Elitegruppen, die miteinander zusammenarbeiteten beziehungsweise gegenseitig aufeinander angewiesen waren.

Im Ergebnis dieser ersten Etappe sind viele kleine Parteien entstanden, die - vielleicht mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Sjuganows - nicht über ein verzweigtes Netz von Organisationen in den einzelnen Regionen verfügten und deshalb nur eine lose Verbindung zu ihrer gesellschaftlichen Basis hatten. Aus diesem Grunde wuchs die Bedeutung des Staatsapparates ganz erheblich; denn er war die einzige Institution, die in der Lage war, das Volk zur Unterstützung des einen oder anderen politischen Führers oder Kurses zu motivieren.

In der zweiten Etappe der politischen Strukturierung muß sich aus den gegenwärtigen "Protoparteien" eine begrenzte Zahl von politischen Organisationen - Parteien, Blöcken, Bewegungen - bilden, die darauf ausgerichtet sind, die Interessen verschiedener Bevölkerungsteile, wirtschaftlicher oder regionaler Elitegruppierungen zu vertreten. So wie die Prozesse bei der Parteienbildung zur Zeit ablaufen, wird ein System entstehen, das mindestens drei Parteien umfaßt, die liberale Reformprinzipien, sozialdemokratisches Gedankengut oder eine nationalpatriotische Linie vertreten. Das entspricht auch der Zusammensetzung des Wahlmännergremiums. Bei den Dezemberwahlen stimmten (den Listen nach) für alle liberalen Reformparteien etwa 39 Prozent der Wähler, für die prokommunistische Liberaldemokratische Partei Rußlands von Schirinowski etwa 23 Prozent der Wähler.

Die Besonderheit der jetzigen Situation in Rußland liegt darin, daß der Prozeß der sozialen Strukturierung der russischen Gesellschaft sich erst im Anfangsstadium befindet. Deshalb können verschiedene soziale Schichten ihre eigenen Interessen nicht angemessen zum Ausdruck bringen. Auch die Parteien sind nicht in der Lage, diese Interessen eindeutig zu formulieren. Das hat zur Folge, daß die meisten Parteiprogramme eklektisch aufgebaut sind und ihre potentielle soziale Basis eher desorientieren. Mit anderen Worten: Die Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß ein Mehrparteiensystem angesichts der unvollendeten sozialen Strukturierung nur "von oben" zu errichten ist, und zwar durch die Zielsetzungen der Machtinstitutionen selbst.

Der zweiten Etappe bei der Ablösung der politischen Eliten entsprechen auch die Veränderungen der politischen Führungselite und der Machtstrukturen im Lande. Das heißt, die politische Zusammenarbeit festigt sich im Interesse der Stabilisierung der Demokratie.

In der ersten Etappe waren die vorherrschende Art die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Führungselite durch Rivalität gekennzeichnet. Man kämpfte um den Zugang ins Establishment und versuchte, die "Verlierer" daraus zu vertreiben, damit sie keinen weiteren Einfluß auf die politischen Entscheidungen hatten. Zu den Verlierern gehörten auch diejenigen, die nicht auf das ungeheure Kapital zurückgreifen konnten, über das das Land verfügt.

So verdrängten die Demokraten "der ersten Stunde", die ihre Popularität dadurch erkaufen, daß sie die Mängel des administrativen Kommandosystems anprangerten, die Vertreter der ehemaligen sowjetischen "Nomenklatura", die keine Verbindungen zur Marktwirtschaft hatten, aus den Reihen der Führungselite. Die "Romantiker" unter den Demokraten initiierten eine "Schock-Therapie", hatten aber dafür keine verlässliche soziale Basis unter den inländischen Produzenten. Da sie deren Interessen nicht mitbedachten, wurden sie Mitte 1992 von den Befürwortern einer "gemäßigten" Inflation - die ein

weiteres Absinken der Produktivität verhindern sollte verdrängt. Im Oktober 1993 wurden die Positionen der "Inflationsanhänger" aus dem ehemaligen Obersten Sowjet, die versucht hatten, durch Anheizen der Inflation die kleinen und mittleren Produzenten zu unterstützen, von verschiedenen Seiten angegriffen.

In der ersten Etappe der Entwicklung marktwirtschaftlicher Bedingungen wurden somit all die Kräfte aus der politischen Arena vertrieben, die sich nicht auf das Großkapital stützten. Dieser Prozeß war faktisch Ende 1993 abgeschlossen. Danach ging es zunächst nicht um die Bildung eines neuen Establishments, sondern die bereits bestehende Führungselite sah sich vor die Aufgabe gestellt, ihre staatliche Macht zu festigen. Darum geht es in der zweiten Etappe der Veränderung der Machtstrukturen in Rußland.

So verschieden die Gruppierungen in der Führungselite auch sein mögen, man kann davon ausgehen, daß sie einen gemeinsamen Nenner haben: Sie stützen sich auf das Großkapital, das jede Unsicherheit der politischen Situation unakzeptabel findet. Deshalb dominieren Stabilität, Vertrauenswürdigkeit und Pragmatismus anstelle von Konfrontation und ideologischer Intoleranz immer stärker die russische Politik. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Konfrontation zwischen verschiedenen Machtinstanzen, werden die Konflikte zwischen zentraler Bürokratie und Provinzverwaltungen durch eine Politik ersetzt, die auf nationale Gemeinsamkeiten und zivilen Frieden setzt. So hofft die Führungselite, sich selbst zu behaupten.

Die Politik nationaler Übereinstimmung bewahrt die Führungselite und das hinter ihnen stehende Großkapital vor vier Risiken, die zur Instabilität der Lage in Rußland führen könnten:

Erstens die Möglichkeit, daß bei den nächsten Präsidentenwahlen ein "Mister X" gewinnt, was eine völlige Ablösung der Führungselite nach sich ziehen könnte. Der Erfolg Schirinovskijs bei den Dezemberwahlen hat gezeigt, daß eine solche Möglichkeit durchaus besteht.

Zweitens: Es gibt keine Garantien dafür, daß es nicht zu einer Palastrevolution oder anderen einschneidenden Veränderungen in der Führungsspitze kommen wird, wodurch Politiker der zweiten oder gar der dritten Garnitur an die Macht kommen könnten, die dafür vollkommen ungeeignet sind.

Drittens: Immer mehr Beunruhigung ruft die Gefahr eines politischen Terrorismus hervor, angesichts dessen sich kein Mitglied des Establishments mehr sicher fühlen kann.

Viertens: Die wachsende soziale Instabilität könnten einzelne Gruppierungen der politischen Elite dazu benutzen, grundlegende Veränderungen in der Machtverteilung zu ihren Gunsten anzustreben.

Schließlich noch ein Wort zu der Bemerkung von Herrn Sobtschak, ungeklärte ideologische Meinungsverschiedenheiten seien daran schuld, daß Probleme nicht gelöst werden. Im Prinzip stimme ich dem zu, möchte aber betonen, daß die sinkende Effektivität des Staatsapparates dadurch verstärkt wird, daß die Annahme und Ausführung von Beschlüssen blockiert wird, weil Anhänger verschiedener politischer Gruppierungen in den staatlichen Strukturen unterschiedlicher Meinung sind. Das hat einen doppelten Effekt: Die Verschärfung des innenpolitischen Kampfes nach den Wahlen läßt die Arbeitseffektivität des Staatsapparates weiter sinken. Vertreter dieser oder jener Gruppe belauern einander und warten darauf, daß ihre Vorgesetzten Entscheidungen treffen. Das erklärt auch das uns allen bekannte Phänomen, daß Erlasse des Präsidenten und andere wichtige Beschlüsse auf die lange Bank geschoben werden. Deshalb muß der Staatsapparat entpolitisiert werden. Das ist nicht einfach, aber es ist möglich.

Meyer-Landrut

Es ist sicher richtig, Herr Markow, daß es die kommunistische Klasse im alten Sinne nicht mehr gibt. Dennoch ist unbestritten, wie wir hier auch gehört haben, daß die alte Nomenklatura noch über sehr starke Einflußmöglichkeiten verfügt, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Ich nenne das die Kaugummischicht, durch die praktisch kein Durchkommen ist.

Hier trifft unökonomisches Denken häufig zusammen mit eingefleischten Vorstellungen aus der kommunistischen Zeit, wonach der Kapitalismus Rußland in einer Art Ausverkauf ins Elend stürzen möchte, um Macht über das Land zu gewinnen. Oder man müsse die Kapitalisten schröpfen, wo immer dies möglich ist, was teilweise zu ganz unvernünftigen unökonomischen Dekreten geführt hat.

Hoffentlich ist Ihr Optimismus gerechtfertigt.

Ponomarjow

Im großen und ganzen teile ich die Ansichten von Herrn Sobtschak und Herrn Markow. Mein Eindruck ist, daß voreilige Reaktionen westlicher Politiker uns mitunter insofern schaden, als sie die russische Führung zu unbedachten Handlungen veranlassen. Ich denke etwa an den Erlaß 1400, mit dem Präsident Jelzin die Tätigkeit des Obersten Sowjets Rußlands einstellen ließ. Damals hielt ich mich gerade in Washington auf und erlebte die große Aufregung im Kongreß, ob Jelzin jetzt eine Diktatur anstrebe. Später kamen Kongreßangehörige und andere westliche Politiker nach Rußland und stellten dort ebenfalls die Frage, ob Rußland eine Diktatur Jelzins drohe. Diese Reaktionen aus dem Ausland haben nicht zuletzt die übereilte Festlegung des Wahltermins auf den 12. Dezember beeinflußt. Es waren auch andere Termine in der Diskussion. So war zum Beispiel die Rede davon, am 12. Dezember das Verfassungsreferendum durchzuführen und die Wahlen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Heute kann man mit Sicherheit sagen, daß die Wahlen vom 12. Dezember nicht nur keine Mehrparteienwahlen waren, sondern sogar eine Verunglimpfung der Institution "Wahl" darstellten. Eine zentrale Rolle spielte dabei das Fernsehen, dessen Einfluß Ihnen im Westen bekannt ist, während wir in Rußland keinerlei Erfahrung mit der Nutzung des Fernsehens für politische Agitation hatten. Hinzu kommt, daß das Fernsehen bei uns in hohem Maße korrumpiert war. So machte man sich im Grunde über die Wahl lustig. Ich denke nur an die Peinlichkeit, daß jemand ins Parlament gekommen ist, der einer der größten Fraktionen angehört, gegen den jetzt wegen Verstoßes gegen das Gesetz, das Kriegspropaganda und Gewaltverherrlichung verbietet, ermittelt wird, ein Gesetz, das bereits vor den Wahlen veröffentlicht wurde. Das heißt, man hätte ein solches Strafverfahren bereits vor den Wahlen einleiten können und unbedingt müssen. Wenn es die übereilte Festlegung des Wahltermins nicht gegeben hätte, wäre der Betreffende sicher nicht gewählt worden.

Diese nervösen Reaktionen des Westens sind im Grunde immer noch anzutreffen. Ich denke etwa an den Besuch Nixons in Rußland, wo er bekanntlich Rudzkoj früher aufsuchte als Jelzin, ein Vorgang, der in vielen Massenmedien hochgespielt und gegen Jelzin ausgelegt wurde. Daß Nixon sich mit einem Oppositionspolitiker getroffen hat, ist natürlich in einer Demokratie nichts Besonderes. Darum geht es jedoch in diesem Falle nicht. Rudzkoj ist dem Gesetz nach kein Verbrecher: denn er wurde bisher von keinem Gericht verurteilt, obwohl er nachweislich verbrecherische Handlungen begangen hat. Das haben viele Millionen Menschen in Rußland an ihren Fernsehgeräten miterlebt. Daß er jetzt amnestiert wurde, läßt ihn fast wie einen Verbrecher erscheinen, und es ist völlig unmöglich, ihn als eine Art Oppositionsführer aufzuwerten. Jelzin mußte Nixons Besuch bei Rudzkoj als Signal verstehen.

Meiner Meinung nach droht Rußland die größte Gefahr, daß sich die Ereignisse vom 3. und 4. Oktober 1993 wiederholen könnten. Diese Ereignisse haben gezeigt, daß die Macht in Rußland tatsächlich instabil ist. Die Strukturen, die diese Macht verkörpern und sie stützen sollen, befinden sich im Stadium der Auflösung. Obwohl versucht wird, die staatlichen Institutionen zu stärken und zu reorganisieren, dauert das viel zu lange. Zunächst beschränkt man sich auf die Staatssicherheit, wobei offenbleibt, wie effektiv deren Reorganisation ausfallen wird, da bisher nur die höheren Ämter davon betroffen sind. Die Reorganisation der Armee hat praktisch noch gar nicht begonnen. Dort laufen komplizierte politische Prozesse ab. Bekanntlich haben die Armeeangehörigen größtenteils für Schirinovskij gestimmt. Das gesamte Propagandasystem in der Armee muß grundlegend reorganisiert werden. Damit hat man noch nicht einmal angefangen.

Wir haben also noch sehr viel Arbeit vor uns. Um in Ihren Augen aber nicht als Skeptiker zu gelten, möchte ich meiner festen Überzeugung Ausdruck geben, daß alles positiv verlaufen wird. In dieser Hinsicht spielt auch der Westen eine wichtige Rolle, und er sollte das, was in Rußland vorgeht, aufmerksam verfolgen. Sie müssen bedenken, daß der gesellschaftliche Organismus in Rußland schwer krank ist.

Kasmin

Ich möchte die Ausführungen von Herrn Sobtschak zur wirtschaftlichen Lage ergänzen durch das, was sich auf dem Gebiet der Finanzpolitik in Rußland tut, ohne daß ich dabei allzusehr auf die technischen Aspekte eingehen will.

Die Führung des Finanzministeriums, die darin auch von der Regierung unterstützt wird, geht davon aus, daß es in erster Linie vom Erfolg der Finanzpolitik abhängt, ob der Weg der marktwirtschaftlichen Reformen erfolgreich gegangen werden kann. Und der Erfolg der Finanzpolitik wird nicht zuletzt daran gemessen, inwieweit es gelingt, die Inflation zu bremsen. Ohne einen stabilen Rubelkurs ist soziale Stabilität in der Gesellschaft nicht zu erreichen. Daß sich dies auch auf die Außenpolitik und die internationale Sicherheit auswirken wird, erwähne ich nur am Rande.

Wenn ich eine kurze Bilanz der Finanzpolitik des Jahres 1993 ziehe und dabei die subjektiven Faktoren außer acht lasse, haben Herr Sobtschak und Herr Kokoschin sicher gute Gründe, die Finanzpolitik zu kritisieren. Ich möchte einige zentrale Punkte hervorheben, die für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1993 eine wichtige Rolle gespielt haben und auch zu Beginn des laufenden Jahres den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen.

Aus verschiedenen Gründen konnten die marktwirtschaftlichen Reformen in Rußland, die im Jahre 1992 mit der Liberalisierung des Handels und einer freieren Preisgestaltung begonnen wurden, nicht von einer aktiven Finanzpolitik begleitet werden. Das hat man Anfang 1992 versucht, aber nur für kurze Zeit. Die Folge war, daß Rußland Ende 1992 und Anfang 1993 am Rande einer Hyperinflation stand und beinahe den Weg der sogenannten Ukrainisierung der Wirtschaft gegangen wäre. Ich erinnere nur an ein Dokument, das Ende 1992 das Einfrieren der Preise forderte.

Die aktive Finanzpolitik, die mit dem Eintritt von Vize-Premierminister Fjodorow in die Regierung begann, führte zu folgenden Ergebnissen: Es gelang, die monatliche Inflationsrate von 30 Prozent zu Beginn des Jahres 1993 auf 15 bis 17 Prozent bis zum Jahresende zu senken. Die Gold- und Valutareserven Rußlands haben sich im gleichen Zeitraum um das 2 1/2fache erhöht. Erstmals seit fünf Jahren ist die Zahlungsbilanz wieder positiv. Es konnte ein einheitlicher Wechselkurs des Rubels und seine Konvertibilität, zumindest innerhalb der GUS-Staaten, erreicht werden.

Für viele unerwartet war der Wechselkurs in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 stabil und blieb über zwei, drei Monate nahezu unverändert. Es wurde wieder eine Kontrolle für die Geldemission eingerichtet und die unkontrollierte Gewährung von Krediten durch die Zentralbank gestoppt. Es wurden zudem Maßnahmen ergriffen, um staatliche Wertpapiere auf den Markt zu bringen. Daß dies gelang, sogar auf der Grundlage einer papierlosen Technologie, daran haben die amerikanischen Experten vor zwei Jahren noch nicht geglaubt.

Es wurde Ordnung in unsere Kreditbeziehungen mit den GUS-Staaten gebracht. Daß eine solche Ordnung bis dahin nicht bestand, war die russische Wirtschaft teuer zu stehen gekommen. Dafür möchte ich nur eine Zahl anführen: Im Jahre 1992 und im ersten Quartal 1993 betrug der Umfang der Finanzhilfe, der seitens Rußlands den GUS-Staaten gewährt wurde, 17 Milliarden US-Dollar, das heißt, weniger als Rußland aus seinen gesamten Auslandskrediten einschließlich der Umschuldungen erhalten hat.

Das Jahr 1993 war auf dem Sektor der Finanzpolitik gekennzeichnet durch die Aktivierung der Gespräche mit den Ländern der "Großen Sieben" und dem außerordentlich wichtigen Abschluß einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds über die Bereitstellung eines sogenannten Systemkredites (STF). Das eröffnete die Möglichkeit, erfolgreiche Verhandlungen über die Restrukturierung der Auslandsschulden Rußlands zu führen, die zur Zeit etwa 80 Milliarden US-Dollar betragen. Auf diese Weise erhielt Rußland eine wichtige Atempause.

Zurück zur Bilanz der Finanzpolitik des Jahres 1993. Nach den Wahlen vom 12. Dezember und dem Austritt der zentralen Reformer - Gajdar und Fjodorow - aus der Regierung war eine recht kritische Situation entstanden. Es stellte sich die ernste Frage, ob das eine Absage an den Reformkurs, also den Kurs einer gemäßigt straffen Finanzpolitik bedeuten würde. Auch rein subjektive Faktoren trugen dazu bei, daß die Situation im Januar 1994 wieder aus der Kontrolle hätte geraten können. Aber dank der Maßnahmen, die getroffen, und der Schritte, die eingeleitet wurden, gelang es uns, das Projekt eines realistischen, wenn auch sehr gestrafften föderalen Budgets vorzubereiten und ins Parlament, in die Staatsduma, einzubringen. Dieses Projekt wurde einer umfassenden Analyse durch Experten des Internationalen Währungsfonds unterzogen. Es wird darin das Ziel verfolgt, das Anwachsen der Inflationsrate in Rußland weiterhin zu senken, und zwar bis auf monatlich 7 Prozent zum Ende des Jahres 1994.

Wir wissen sehr wohl, daß diese Größenordnung nach westlichen Maßstäben ungeheuer hoch ist. Wenn man aber an die zweistelligen Inflationsraten am Anfang des Jahres 1993 denkt, muß man solche Ziele und die bereits erreichten Ergebnisse als großen Fortschritt bezeichnen. Darum wird der antiinflationäre Kurs der Finanzpolitik auch im Jahre 1994 beibehalten. Wir haben der Regierung und dem Parlament klarmachen können, wenn von der Antlinflationpolitik abgewichen wird, würde dies eine Abkehr vom Kurs der Wirtschaftsreformen bedeuten.

Wir sind aber weit davon entfernt, die Situation durch die rosarote Brille zu betrachten. Im vierten Jahr nacheinander sinkt in Rußland die Produktivität. Im Januar 1994 war sie um 24 Prozent niedriger als im Januar des Vorjahres. Das beunruhigt natürlich die Regierung und besonders das Finanzressort. Die Investitionen gehen weiter zurück. Deshalb kann ich auch der Meinung von Herrn Sobtschak nicht ganz zustimmen, wenn er sagt, daß Rußland wohl kaum ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit drohe.

Natürlich ist die einprozentige Arbeitslosenrate für 1993, die vom staatlichen Statistik-Komitee offiziell genannt wurde, sehr erfreulich. Aber wenn man den Umfang der verdeckten Arbeitslosigkeit hinzunimmt, den Produktionsstopp in vielen Betrieben, aufgrund dessen viele Arbeiter in monatelangen Zwangsurlaub geschickt wurden, dazu noch die offensichtliche Schwäche des neugegründeten Arbeitsamtes und seine begrenzten finanziellen Möglichkeiten, dann könnte gerade im Jahre 1994 eine erhebliche Verschärfung des Problems der Arbeitslosigkeit eintreten. Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß Ende 1993 sehr viele Unternehmen zum ersten Mal die echten Folgen der begrenzten Nachfrage zu spüren bekamen. Darum ist auch die Produktivität gesunken.

Die Unternehmen haben sich vom alten Verhaltensmuster abgewandt, nämlich die Produktion aufrechtzuerhalten, auch wenn die Produkte keinen Absatz fanden. Es wurde in den Versand gegeben, ohne daß eine Zahlungsgarantie vorlag. Jetzt erleben wir eine Verringerung der Produktion. Mit anderen Worten: Die strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft in Rußland hat begonnen. Bei einer Produktion, die im Wettbewerb nicht mithalten kann, weil es dafür keine Nachfrage gibt, ist diese Entwicklung trotz der damit verbundenen Kosten zu begrüßen. Denn es gibt keine Alternative zu dem Bestreben, Ballast aus der russischen Wirtschaft zu entfernen.

In diesem Zusammenhang möchte ich wiederholen, daß die Schwäche unseres Arbeitsamtes und unserer sozialen Sicherheitssysteme Finanzministerium und Zentralbank zwingt, dem Rechnung zu tragen - natürlich unter Beibehaltung der antiinflationären Politik. Anderenfalls könnte der Preis, den die gesamte Gesellschaft dafür zu bezahlen hätte, unverhältnismäßig hoch sein.

Wenn ich über die Senkung der Investitionen und die Verringerung der Produktion spreche, muß ich auch erwähnen, daß wir die Daten über die Entwicklung der wirtschaftlichen Regionen genau analysieren. Als Beispiel möchte ich anführen, daß zur Zeit in Rußland ein Boom auf dem privaten Bausektor zu beobachten ist. In einigen Gebieten Sibiriens baut jeder dritte Bewohner ein Wohnhaus oder ein Sommerhaus. Was die Steuerbehörden und das Finanzministerium in diesem Zusammenhang interessiert, ist, ob diese Leute Steuern zahlen und woher sie die Baumaterialien in solchen Mengen beziehen. Das gibt einen Hinweis auf die qualitativen Fehler unserer Statistik und die zweifellos vorhandenen Nachteile in unserem System der Steuerentrichtung. Nach Schätzungen des Zollkomitees ist der Umfang der nicht registrierten Export-Import-Geschäfte in Rußland ebenso groß wie das offizielle Außenhandelsvolumen.

Das sind die Fragen, an denen in der nächsten Zeit ernsthaft gearbeitet werden muß. Denn die Neigung der Leute, Steuern zu umgehen, macht es immer schwerer, eine antiinflationäre Politik zu betreiben. Man muß bedenken, daß es in Rußland keine effektive Gesetzgebung zur Steuereintreibung gibt. Von daher ist verständlich, daß das aus den genannten Gründen zu geringe Steueraufkommen zu Finanzierungslücken in den Sozialprogrammen führte mit allen sich daraus ergebenden negativen Folgeerscheinungen.

Des weiteren ist in der Finanzpolitik des Jahres 1994 eine Schlüsselfrage die Einführung eines Marktanpassungsmechanismus für Betriebe, deren Produkte keine Absatzmöglichkeiten finden.

Was die Außenfaktoren angeht, welche die finanzielle und wirtschaftliche Lage Rußlands beeinflussen, erwähne ich, daß die Gespräche, die über die Einräumung der Meistbegünstigungsklausel für Rußland im Handel mit den westlichen Ländern geführt wurden, leider nur in seltenen Fällen erfolgreich waren. Die Nicht-Öffnung westlicher Märkte für russische Exportwaren ist eine weitere Ursache für die unsichere Lage einiger Branchen in Rußland.

Als letztes Beispiel möchte ich die Einführung neuer Importtarife und Importzölle anführen, bei denen die Meinung des Finanzministeriums bei der endgültigen Beschlußfassung in vielen Positionen nicht berücksichtigt wurde. Ein ähnliches Beispiel ist die Zulassung ausländischer Geschäftsbanken zum Markt des Bankgewerbes in Rußland, was viel Staub aufgewirbelt hat. Auf der anderen Seite könnte ich viele Beispiele anführen, daß kleine - nach westlichen Maßstäben sehr kleine - russische Geschäftsbanken, die Zertifikate internationaler Überprüfungsfirmen (Audit) besitzen und über einen qualifizierten Mitarbeiterstab verfügen, seit zwei, drei Jahren keine Genehmigung erhalten, eine Repräsentanz in den USA, in Deutschland oder anderen westlichen Ländern zu eröffnen. Es geht um Repräsentanzen, nicht um Filialen. Die Lage der russischen Banken hat sich also im Vergleich zu den westlichen Geschäftsbanken, was den Zugang zum Bankgewerbe betrifft, zugespitzt. Als Kompromiß hat Präsident Jelzin im letzten Jahr ein sechsmonatiges Moratorium für die Neugründung von ausländischen Geschäftsbanken in Rußland unterschrieben. Man kann natürlich über eine solche Entscheidung streiten; aber solche Dinge dürfen keine Einbahnstraße sein, zumal wenn es sich um mächtige Finanzinstitute aus dem Westen handelt, die auf dem russischen Markt zugelassen werden. Für sie sind die kleinen russischen Banken auf den westlichen Märkten keine Konkurrenz.

Was schließlich die Erfahrung mit westlichen Krediten, die Rußland gewährt worden sind, zeigt, ist, daß sie nur dann eine Wirkung haben, wenn sie für ein bestimmtes Ziel eingesetzt werden, das heißt, wenn sie an ein konkretes Programm gebunden sind. Die wichtigsten Prioritäten, an denen wir bereits, besonders mit der Weltbank, arbeiten, sind der Wohnungsbau, die Errichtung eines modernen Bankensystems sowie ein Rechnungs- und Zahlungssystem, das internationalem Standard entspricht.

In diesem Zusammenhang gibt es noch Probleme, die einer zusätzlichen Untersuchung bedürfen. Ich möchte hier nur die Finanzierung der nördlichen Territorien, das Problem des fiskalen Föderalismus und die Unterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe nennen. Was den letzten Punkt angeht: Trotz vieler sehr positiver Entscheidungen auf der Ebene der "Großen Sieben" und einer Initiative zur Gründung einer Bank zur Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen, die in erster Linie von Herrn Waigel ausging, sind bisher nur allererste Schritte getan worden.

Meyer-Landrut

Herr Kasmin hat uns einen guten Überblick über die finanzpolitischen Probleme Rußlands gegeben, wobei die Frage, wie Sie zu einem vernünftigen Steuersystem kommen, sicher von besonderer Bedeutung ist. Zu den Export- und Importzöllen, die in letzter Zeit hier eingeführt wurden, wird es sicher Nachfragen geben. Denn sie stellen nach Meinung unserer Experten regelrechte Investitionshemmnisse dar, und zwar nicht nur für private Investoren, sondern auch für Einrichtungen wie die Europäische Entwicklungsbank, die dadurch sehr schockiert waren.

Auf der anderen Seite verweisen Sie zu Recht auf die ungenügende Öffnung der westlichen Märkte. Wir reden immer sehr vollmundig davon, daß wir uns für offene Märkte, für eine offene Weltwirtschaft einsetzen wollen und begehen in der Europäischen Union immer wieder große Sünden in dieser Hinsicht. Trotzdem hoffen wir, daß das jetzt anstehende Abkommen mit der Europäischen Union nun auch von russischer Seite zügig verhandelt wird. Denn da liegt manches im argen.

Gasteyger

Herr Kasmin verweist zu Recht auf das enorme Problem bei den Steuerzahlungen, sowohl was die einzelnen Bürger als auch was die Betriebe angeht. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren: Wie steht es im Rahmen der Selbstverwaltung um die Aufteilung der Steuern zwischen den Republiken und der Moskauer Zentrale?

Pain

Ich möchte ein Thema ansprechen, das hier noch nicht berührt wurde, ohne das man aber nicht über die Besonderheiten der politischen Situation in der Russischen Föderation reden kann. Das betrifft die Frage der Föderalisierung und der Gewaltenteilung zwischen dem Zentrum und den Regionen.

Bis zur Annahme der neuen Verfassung am 12. Dezember 1993 war die Russische Föderation nur ihrem Namen nach eine Föderation, beziehungsweise sie war eine Föderation nur für 22 ihrer 89 Körperschaften, nämlich für die nationalen Republiken. Sie hatten nicht nur ihre eigene Verfassung und wurden von einigen anderen als Staatsgebilde anerkannt; sie genossen auch relative Freiheiten in der Frage, welcher Steueranteil an das Zentrum abzuführen sei. Diese Rechte hatten die Regionen und Bezirke nicht, die zum Teil die Republiken an Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft übertrafen. Der Föderalisierungsprozeß wurde und wird immer noch von drei Widersprüchen begleitet: erstens der Widerspruch zwischen dem Zentrum und den selbständigen Teilen der Föderation, zweitens zwischen den Republiken und den Regionen und Bezirken und drittens zwischen den regionalen Organen und der örtlichen Selbstverwaltung.

Bis zum September 1993 hatten sich die Widersprüche zwischen dem Zentrum und den Gebietskörperschaften so verschärft, daß sich das Land am Rande eines totalen Zusammenbruches der Machtstrukturen befand. Das war einerseits auf die Unzufriedenheit der Regionen mit der Beibehaltung der zentralistischen Regierungsform zurückzuführen, andererseits auf den Konflikt zwischen zwei Gewalten, nämlich dem Präsidenten und dem Parlament, von denen jede um Verbündete kämpfte und dadurch das Anwachsen separatistischer Tendenzen auf der Seite der Gebietskörperschaften begünstigte.

Nach dem Oktober des vergangenen Jahres, als das Parlament aufgelöst wurde, hat sich die Situation verändert. Ich habe an allen Treffen zwischen dem Präsidenten und den Führern der Republiken im letzten Jahr teilgenommen. Dabei unterschied sich das letzte Treffen in Naltschik, das kurze Zeit nach den Oktober-Ereignissen stattfand, erheblich von den vorhergehenden. Der Umgangston und die

Stimmung in den Beziehungen zwischen beiden Seiten hatte sich grundlegend geändert. Wo zuvor in erster Linie Forderungen erhoben wurden, ordnete man sich jetzt der Zentralmacht loyal unter.

Was sind die Gründe dafür? Erstens spielten die Ereignisse vom Oktober 1993 eine Rolle, wenn man sie auch unterschiedlich bewerten kann. Die zentrale präsidentiale Macht hatte von ihren politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht, über die sie formal schon immer verfügte, zu deren Einsatz sie sich aber nie durchringen konnte, um der Parlamentsopposition keine weiteren Verbündeten in die Arme zu treiben. Zum anderen hat der Eindruck, diese Macht verfüge über eine gewisse Kraft, das Interesse an ihr verstärkt. Wenn zum Beispiel früher die örtlichen Gewalten in den Republiken des nördlichen Kaukasus sich vor einer radikalen nationalistischen Opposition hüten mußten - die man als Konföderation der Völker des Kaukasus bezeichnen kann;- , so fühlten sie nach den Oktober-Ereignissen, daß die Zentralmacht sie nicht im Stich läßt. Diese Überzeugung führte dazu, daß sie sich dichter um die Zentralmacht scharten.

Die zweite Ebene von Widersprüchen ist die zwischen den Republiken einerseits und den Bezirken und Gebieten andererseits. Diese Widersprüche resultieren daraus, daß die Republiken immer rechtliche Vorteile hatten und die gegenüber der politischen Konkurrenz in steigendem Maße durchsetzten. Das wiederum führte zu verstärkten Forderungen der Bezirke und Gebiete. Allerdings erhielten einige Republiken auch noch nach den Oktober-Ereignissen immer neue Vergünstigungen. Ein Beispiel dafür ist der Vertrag mit Tatarstan, in dem die Regierung der Föderation diese Republik als "Subjekt des internationalen Rechts" anerkennt und damit dem tatarischen Separatismus weitgehend nachgegeben hat. Ich möchte aber daran erinnern, daß durch diesen Vertrag das Schlimmste verhindert werden konnte, nämlich ein bewaffneter Konflikt zwischen Rußland und Tatarstan. Wenn man dieser Situation mit der in Rußland und Grusinien vergleicht, so hat Tatarstan keine höheren Forderungen an die Zentralmacht gestellt, als zum Beispiel Abchasien an Grusinien, ohne daß es dort zum Konflikt gekommen wäre. Ich meine, daß der Weg vertraglich geregelter Beziehungen, den die russische Führung gewählt hat, sicher erfolgversprechender ist als das Verhalten der grusinischen Machthaber, die ihre Truppen nach Abchasien geschickt haben. Überhaupt entwickeln sich positive Tendenzen in den Beziehungen zwischen der föderalen Macht und den Subjekten der Föderation sowie zwischen Subjekten verschiedener Typen innerhalb der Föderation.

Dennoch weise ich auf eine neue Entwicklung hin, die gefährlich werden könnte, mit der jedenfalls schwierig umzugehen ist. Es ist die Tatsache, daß die regionalen Führer ihre Macht noch verstärkt haben. Nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung konzentriert sich die Macht immer stärker in den Händen der Führer der Gebietsverwaltungen, die vom Präsidenten ernannt werden. Ein Grund dafür ist die verringerte Zahl von Deputierten in den lokalen Repräsentationsorganen. Mit der Machtkonzentration wachsen auch die wirtschaftlichen Strukturen zusammen. Die frühere Nomenklatura ist in der Führungsetage der Exekutivorgane - früher nannte man die Leiter Gouverneure - sehr stark vertreten. Jedenfalls sind einige Bereiche, mit denen ich von Berufs wegen zu tun habe - die Abteilungen für internationale Fragen;- , fast vollständig in den Händen der Vertreter der alten kommunistischen Machtstrukturen.

Ich stimme mit Herrn Sobtschak darin überein, daß diese alte Nomenklatura, die sich neuerdings mit dem privaten Unternehmertum verbündet, wohl kaum das kommunistische Regime in seiner alten Form wiederherstellen will. Sie hat aber ihre traditionell sowjetische Mentalität bewahrt und ihre Abneigung gegen die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft. Sie bildet das Potential an Autorität, das meiner Ansicht nach für die demokratische Entwicklung Rußlands eine beträchtliche Gefahr darstellt.

Wie werden sich diese Prozesse entwickeln? Droht Rußland eine Stärkung des autoritären Prinzips, oder kann die Zentralmacht mit ihren Verbündeten, der örtlichen Selbstverwaltung und den im Entstehen begriffenen Institutionen einer bürgerlichen Gesellschaft dieser Tendenz widerstehen? In welcher Konstellation diese Kräfte in der nächsten Zeit wirksam werden, ist heute schwer vorherzusagen. Darüber gibt es keine ausreichenden Informationen. Es ist überhaupt schwierig, angesichts der instabilen Gesellschaftsordnung in einer Übergangszeit Prognosen zu wagen.

Meyer-Landrut

Herr Pain hat unseren Blick in Richtung auf die Regionen, auf das Verhältnis von zentraler und regionaler Machtausübung erweitert. Das ist zweifellos ein sehr wichtiger Punkt, dem wir im Verlauf der Diskussion noch unsere Aufmerksamkeit zuwenden sollten.

Hahn

Wenn hier von der Hilfe des Westens für Rußland die Rede war, dann dürfte es sich dabei bisher um schätzungsweise über 90 Milliarden Dollar handeln. Die Frage ist: Wo ist das Geld geblieben? Sicher können wir auch einige Erfolge feststellen. Ich denke etwa an die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, wo sich die Lage gegenüber der Situation von vor drei, vier Jahren, als in jedem Winter eine Hungerkatastrophe drohte, der man mit umfangreichen Hilfsaktionen begegnen wollte, doch erheblich verbessert hat. In den letzten beiden Wintern war dergleichen jedenfalls nicht mehr zu vernehmen. Das ist nicht zuletzt wohl auch auf die Zusammenarbeit zwischen West und Ost in diesem Bereich zurückzuführen.

Natürlich haben wir inzwischen auch gelernt, in welcher Form die Zusammenarbeit auf finanzieller Ebene erfolgen sollte, wie Herr Kasmin deutlich gemacht hat. Es gibt jetzt Partner in Rußland, mit denen sich ernsthaft über die Dinge reden läßt. Es haben sich Schwerpunkte herausgebildet, und auch im Westen wird die Hilfe inzwischen besser koordiniert. Ich denke etwa an die Zusammenarbeit im Rahmen der G 24 für Zentral- und Osteuropa. Das sind die in der OECD zusammengeschlossenen Länder gemeinsam mit den internationalen Finanzinstitutionen. Es gibt detaillierte Listen darüber, wer was wo macht. Das heißt, wir verfügen jetzt über eine Art von Arbeitsteilung, die uns künftig die Aufgabe erleichtern soll, das Geld der westlichen Steuerzahler stärker zu mobilisieren. Dafür suchen wir noch den institutionellen Rahmen.

Vor zwei Jahren hat die EG-Kommission ein Mandat vom Ministerrat erhalten, ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland und den Nachbarstaaten auszuhandeln. Diese Verhandlungen haben wir in der vorigen Woche mit der Ukraine erfolgreich abgeschlossen. Ursprünglich war unsere Vorstellung, zuerst mit Rußland abzuschließen. Noch am 9. Dezember 1993 haben Präsident Jelzin, Jacques Delors und der belgische Ministerpräsident Jean-Luc Dehaene eine Absichtserklärung unterschrieben, die weitgehend den Inhalt dieses Partnerschafts- und Kooperationsabkommens festlegt. Es ist uns nicht ganz verständlich, warum die Verhandlungen ins Stocken geraten sind.

Ein Punkt betrifft die Gegenseitigkeit bei der Behandlung der Niederlassungen von Unternehmen. Das Kooperationsabkommen sieht vor, daß sich russische Gesellschaften in der gesamten Europäischen Union niederlassen können und umgekehrt das gleiche Recht für die Unternehmen der Europäischen Union besteht. Rußland sieht Schwierigkeiten mit der Zulassung ausländischer Banken. Diese Probleme müßten sich mit einigem guten politischen Willen lösen lassen. Mit dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hätte man dann auch einen Rahmen, in dem sich der Handel besser entwickeln kann. In diesem Rahmen ist beispielsweise eine weitgehende Zollfreiheit vorgesehen. Das Abkommen ist auch die Voraussetzung für eine künftige Freihandelszone Kaliningrad, die wir gern mit Rußland verhandeln würden. Das heißt, es ist eine Art von Türöffnung für Rußland, zu normalen wirtschaftlichen Beziehungen mit Westeuropa zu kommen. Ich möchte Sie einladen, durch diese Tür zu gehen.

Smyser

Vor kurzem habe ich eine Vorlesung an der Universität von Virginia gehalten, in der es um strategische Fragen im europäisch-atlantischen Zusammenhang ging. Bei dieser Gelegenheit habe ich das Haus von Thomas Jefferson in Monticello besucht. Daran mußte ich denken, als ich gestern durch die Eremitage ging: Das Haus von Jefferson könnte in einen einzigen Raum der Eremitage passen. Es hätte in der Tat in einem einzigen Raum jedes Palastes in Europa Platz - und doch haben seine Ideen alle diese Paläste zerstört. Der Grund für die Überlegenheit seiner Ideen war, daß sie dem Volk näher waren.

Ich wurde daran auch erinnert, als ich wieder über die frühe amerikanische Geschichte las, über das unglaubliche Chaos, das während der ersten Jahre und Jahrzehnte unserer Republik herrschte. Jefferson beklagte sich während seiner Präsidentschaft dauernd über all die Dinge, die falsch liefen, und er war nicht der einzige.

Die Gefahr für Rußland, wenn es heute auf Leute aus dem Westen hört, besteht darin, daß die westlichen Intellektuellen und Experten zwar von der Bedeutung einer freien Gesellschaft sprechen, ihnen aber manche Erscheinungen und Dinge mißfallen, die diese freie Gesellschaft hervorbringt. Ich stelle fest, daß auch Herr Sobtschak einiges davon mißfällt und insbesondere das, was eine freie Marktwirtschaft hervorbringt. Sie haben dafür mein volles Verständnis, wenn auch nicht meine Unterstützung; denn ich halte das zwar für eine unangenehme, nichtsdestoweniger aber normale Angelegenheit.

Sie brauchen sicher nicht noch von jemandem Ratschläge; aber ich werde Ihnen gleichwohl einen Rat geben aufgrund meiner Lektüre über die frühen Jahre der amerikanischen Geschichte. Was jetzt zählt, Herr Kasmin - so wie es nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland war;-, ist eine starke Währung

und eine freie Wirtschaft. Auch für die Vereinigten Staaten war in ihrer Anfangszeit eine freie Währung wichtig. Wir hatten übrigens keine gemeinsame Währung in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit.

Die anderen Dinge werden folgen, und sie werden auf chaotischen Wegen folgen. Aus dem Chaos erwächst merkwürdigerweise Wohlstand, und zwar auf eine Weise, die niemand je verstanden hat. Daraus entsteht dann echte Freiheit, was auch nie jemand verstanden hat.

Deswegen lautet mein Rat: Halten Sie die Währung stark, und was die anderen Dinge betrifft, legen sie eine gewisse Nachsicht an den Tag; denn es werden sehr merkwürdige und nicht so gute Dinge geschehen. Doch was schließlich dabei herauskommt, ist gut und gewiß besser als das, was zuvor war.

Ash

Ich war, wie Herr Smyser, gestern in der Eremitage und auch im Russischen Museum. Ich habe allerdings nicht an Thomas Jefferson gedacht, sondern an Peter den Großen, wie er in den Londoner Werften arbeitete und deutsche Berater nach St. Petersburg holte. Westliche Modelle, Institutionen, Berater haben seitdem in der russischen Politik, vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, stets eine Rolle gespielt.

Von daher möchte ich die Frage stellen, wie auf russischer Seite die Rolle der westlichen Berater und der beratenden, richtungsweisenden Institutionen in der russischen Politik in den letzten drei Jahren eingeschätzt wird.

Meyer-Landrut

Die grundsätzliche Frage ist, inwieweit westliche Hilfe überhaupt erwünscht ist, und wenn ja, welche Form von Hilfe und Zusammenarbeit.

Hornhues

Über all den Problemen, die wir zu erörtern haben, sollten wir eines der großen Wunder am Ende des 20. Jahrhunderts nicht vergessen. Ich hätte mir jedenfalls in meinen kühnsten Träumen nicht ausmalen können, als Abgeordneter des Deutschen Bundestages eines Tages in St. Petersburg zu sitzen - nicht in Leningrad - und über Demokratie, Marktwirtschaft und derartige Themen in einem internationalen Kreis mit Russen zu diskutieren. Dies sollten wir im Gedächtnis behalten, wenn wir uns mit der Entwicklung hier befassen, und nicht nur pessimistisch an die Dinge herangehen.

Dennoch kann ich natürlich auch meine Besorgnis in vieler Hinsicht nicht unterdrücken. Ich war vor kurzem in Moskau und habe mir von vielen Menschen dort sagen lassen: Demokratie sieht in der gesellschaftlichen Realität Rußlands so aus, daß diejenigen, die vorgeben, sie wüßten, wie man dem Volk helfen kann, sich in immer neue Gruppierungen aufspalten. Ob sie tatsächlich Präsident Jelzin stützen wollen, wie sie behaupten, läßt sich kaum ausmachen. Im Grunde sei Demokratie nur eine andere Art, das Volk zu betrügen, die zudem noch besonders verdächtig ist, weil sie vom Westen importiert wird. Sie haben die amerikanischen, deutschen und anderen westlichen Berater erwähnt, Herr Kasmin.

Das Zauberwort "Marktwirtschaft" verbindet sich für Millionen von Menschen in Rußland mit einer gesellschaftlichen Realität, in der man nicht mehr weiß, wovon man wie leben soll. Was gestern noch galt - so kritisch man in vielem dazu stehen mochte;- , zählt heute gar nichts mehr. Und Träger hoher Auszeichnungen aus dem Großen Vaterländischen Krieg müssen froh sein, wenn sie irgendwo am Stadtrand von Moskau noch ein Fleckchen Erde finden, wo sie ein paar Kartoffeln anbauen können, während einige wenige in Luxushotels wohnen, teure westliche Autos fahren und schnell ihre Millionen verdienen. Der Einfluß der Mafia greift um sich, und der Staat verfügt über keine Macht und strahlt keine Autorität mehr aus.

Von daher frage ich diejenigen, die die Demokratie hier aufbauen müssen: Wie sollen die nächsten Schritte aussehen, die sie einleiten wollen? Da beschäftigt man sich mit der Frage von übermorgen, etwa wer 1996 Präsidentschaftskandidat wird. Aber wie können sich bis dahin demokratische Parteienstrukturen entwickeln? Inwieweit kann der Westen dabei Hilfestellung leisten, oder wird das inzwischen als unerwünschte Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden? Sollen wir besser nicht mehr dazwischenreden? Ich erinnere mich an ähnliche Konferenzen 1991,1992, wo wir mit Anfragen überschüttet wurden, ob wir nicht dieses oder jenes tun könnten. Solche Anfragen bleiben mehr und mehr aus und sind eher einer gewissen Skepsis gewichen. Unsere Gesprächspartner reagieren zunehmend allergisch, wenn wir fragen, wo man helfen kann.

Meine Frage ist also: Wollen Sie unseren Rat und unsere Einflußnahme überhaupt noch, und wenn ja, wie könnte dies aussehen?

Herr Ponomarjow hat die Ereignisse des Putschversuches vom Oktober 1993 kurz angesprochen, der mit Waffengewalt und Schüssen auf das Weiße Haus niedergeschlagen wurde. Jetzt befinden sich die damals Verhafteten wieder auf freiem Fuß. Kann sich daraus eine Art nationale Versöhnung entwickeln, wie manche es hier wollen? Oder spaltet dieses Vorgehen die Öffentlichkeit und trägt zur Verschärfung der innenpolitischen Situation bei? Wenn ich richtig informiert bin, hat sich das Militär in jenen kritischen Tagen zunächst durchaus überlegt, aufweiche Seite es sich stellen sollte. Wie wird sich das weiterentwickeln, wenn sich die sozialen Konflikte noch verschärfen?

Herr Kasmin sprach von einem weiteren Rückgang der Industrieproduktion seit Beginn dieses Jahres von 20 bis 24 Prozent und sieht dennoch erste Anzeichen einer Gesundung. Ich möchte Ihnen das gerne glauben. Auf der anderen Seite müssen Sie in Zukunft wahrscheinlich mit dem Problem millionenhafter Arbeitslosigkeit fertig werden, die in dieser Form in Rußland bisher unbekannt war.

Morel

Erlauben Sie mir vier Bemerkungen. Erstens: Die Schwäche des Rechtsstaates halte ich für ein erhebliches Problem in Rußland. Es gibt zwar eine Verfassung und auch eine Rechtsordnung; aber das Recht ist Teil des politischen Lebens und nicht seine Grundlage. Das muß unbedingt geändert werden. Daraus folgt, daß die Juristen und Anwälte sehr wichtig sind, und man muß daran erinnern, welche bedeutende Rolle sie in der Geschichte gespielt haben. Herr Sobtschak hat an die Zeit Alexanders II. erinnert, dessen Reformen ohne die Gerichte nicht möglich gewesen wären. Damals bildeten die Gerichte ein Fundament, auf dem erst die Reformen durchgeführt werden konnten. Der heutige Justizapparat in Rußland ist schwach und muß schnell und wirksam gestärkt werden, auch wenn das vielleicht nicht so spektakulär ist.

Zweitens: Herr Kasmin verwies auf das marode Steuersystem. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Tatsache, daß sich der russische Staat schon zur Tatarenzeit nur dank seines Steuersystems festigen konnte. Das waren die ersten Beamten und Schatzämter. Sie begründeten das Finanzsystem der russischen Regierung. Auch jetzt wird es darauf ankommen, das bisher erst schwach entwickelte Steuersystem entscheidend zu stärken. Dabei müssen die Statistiker und andere Experten helfen.

Ich betone in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Gewaltenteilung in den Gebietskörperschaften, also die Frage der Dezentralisierung. Das System der Gewaltenteilung entwickelt sich in verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich. In einigen Regionen läßt sich überhaupt noch kein System der Machtverteilung erkennen; jede Region weist ihre eigene Mächtebalance auf. Dabei kommt der Rechtsordnung und dem föderalen Steuersystem ebenfalls eine äußerst wichtige Rolle zu, auch wenn sie noch nicht klar zu definieren ist. Dieses Element, das heißt, die Dezentralisierung scheint mir in dieser Phase der russischen Geschichte sehr wichtig zu sein.

Drittens: In wirtschaftlicher und politischer Hinsicht dürfte das Schicksal der Reformen unmittelbar davon abhängen, wie die Ausgestaltung und Akzeptanz der von der Regierung vorgelegten Budgets erreicht wird. Die größte Gefahr geht dabei, wie ich meine, von dem "Bund der Feudalen" aus. Dazu gehören die Gasproduktion, der militärisch-industrielle Komplex und die Landwirtschaft. Sie haben ernsthafte Gründe, sich gegen das rigide Budget zu wenden, nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern aus rein politischen Gründen. Der Ministerpräsident hat sich bisher fest entschlossen gezeigt. Aber wichtig ist, welche Kräfte ihn dabei unterstützen, eine mögliche Verbindung der Feudalen zu kompensieren.

Mein vierter Punkt betrifft mehr einen soziologischen Tatbestand, der mir aber für die politische Diskussion wichtig zu sein scheint. Ich meine den traditionellen Bruch in der russischen Kultur: auf der einen Seite die starke Kultur der Elite und auf der anderen Seite das, was man die Kultur des Volkes nennen könnte. Das ist schon immer so gewesen. Aber heute lebt die Elite unter sehr schlechten Bedingungen, und die Intelligenz kann möglicherweise ihre traditionelle Rolle nicht mehr spielen. Die Intelligenz, als Nachfolgeschicht der alten Aristokratie, stellte das führende Element der Gesellschaft in Wissenschaft, Kultur, Literatur und so weiter dar.

Die Lebensbedingungen für die Intelligenz haben sich erheblich verschlechtert, weil sich das gesamte System grundlegend verändert hat. Dazu hat auch wesentlich die Tatsache beigetragen, daß die kulturellen Grundlagen des Volkes unter dem Sowjetsystem geradezu einen Bruch erlitten haben. Das Problem ist heute, wie man den Konsens neu bestimmen kann. Das erklärt meiner Ansicht nach auch die Schwierigkeiten bei der Schaffung eines Mehrparteiensystems. Hier scheint mir ein wichtiges Element zur Bildung der politischen Kultur zu liegen.

Schließlich noch ein Wort zum gegenwärtigen Reformkurs. Ich meine, das Schicksal Rußlands ist heute offen und unbestimmt. 75 Jahre lang herrschte in diesem Land ein bestimmter strenger Kurs. Jetzt ist es umgekehrt. Natürlich ist es für uns Außenstehende, aber auch für viele Menschen in Rußland selbst, nicht zuletzt für die Demokraten, unangenehm, feststellen zu müssen, daß die Freiheit nicht besonders attraktiv und bequem ist. Gleichzeitig zeigt sich hier aber eine enorme Verantwortung für uns alle. Die Versuchung ist für Rußland groß, zu den alten Stereotypen zurückzukehren. Dies sollte unbedingt verhindert werden.

Höynck

Herr Eichwede hat zu Recht auf die fundamentalen Zielkonflikte hingewiesen und daraus die Schlußfolgerung angedeutet, daß es möglicherweise semiautoritärer Systeme bedürfe, um diese Kluft zu überwinden. So sehr ich in der Analyse mit ihm übereinstimme, frage ich mich doch, ob man nicht versuchen muß, nuanciertere Antworten auf diese Zielkonflikte zu finden. Ich füge hinzu, daß dies nicht nur die Entwicklung in Rußland betrifft, sondern in noch sehr viel stärkerem Maße für die anderen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gilt. Dabei halte ich es für besonders wichtig, in der Zusammenarbeit nicht nur größere Hilfsbereitschaft, sondern auch Verständnis für die enormen Schwierigkeiten des Übergangs zu zeigen. Dafür sollten besonders wir im Westen größere Geduld aufbringen und unseren Partnern auf der anderen Seite mehr Zeit geben, um mit den ungeheuren Übergangsproblemen fertig zu werden.

Dabei sollten wir auch einräumen, daß diese Länder sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen aufweisen und niemand von uns eine Antwort auf die Fragen weiß, die sich gewiß stellen. Dennoch müssen die Zielsetzungen klar bleiben. Das gilt ebenso für die Grundlagen von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als auch im Hinblick auf die Marktwirtschaft. Solange eindeutig ist, daß die Entwicklung in die richtige Richtung geht, können und müssen wir die stattfindenden Prozesse mit weiterer Hilfe unterstützen. Das schließt in starkem Maße den Dialog ein, der in Zukunft vielleicht weniger Belehrung bedeuten sollte. So habe ich auch den Hinweis von Herrn Ponomarjow verstanden, wenn er darum bittet, die Entwicklungen in Rußland aufmerksam zu verfolgen.

Rahr

Da es in Rußland bisher noch weitgehend an Strukturen fehlt, sind wir gezwungen, uns kurzfristig an Personen zu orientieren, obwohl wir langfristig davon abkommen müßten. In dieser Hinsicht stellen wir in der Tat eine enttäuschende und alarmierende Entwicklung in Rußland fest. Viele Reformer sind aus ihren politischen Ämtern ausgeschieden, in die sie seit 1990 durch demokratische Wahlen hineingewählt wurden. Die Radikalliberalen, die 1989 aus der interregionalen Gruppe von Jelzin mitbegründet wurden und die drei Jahre lang ein Motor der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen gewesen sind, scheinen mehr oder weniger aufgegeben zu haben. Die Reformer befinden sich erstmals wieder in Opposition zu Jelzin und der Regierung.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wer heute die politische Initiative trägt, die in den letzten Jahren bei den Demokraten lag. Gibt es heute einen Motor für Reformen? Oder kommt jetzt nach der Phase der Romantiker die der Pragmatiker, die die Reformen vielleicht doch weiterführen werden?

Dabei fehlt es meiner Meinung nach an zwei Dingen: Zum einen mangelt es Jelzin an einer starken Präsidentschaftspartei, um Reformen weiterzuführen; zum anderen kann er auf keine solide Mehrheit im Parlament bauen. Bei den letzten lokalen Wahlen sind nicht die liberalen Kräfte in die Parlamente gewählt worden, sondern die Macht ist an die Chefs der Administration übergegangen, die zwar teilweise noch von Jelzin eingesetzt wurden, die jetzt aber ihre eigene Politik verfolgen. Weder die Liberaldemokraten noch die sogenannten Zentristen haben tragfähige Organisationsstrukturen entwickelt - im Gegensatz zu Schirinovskij und den Kommunisten, die solche Strukturen aufbauen und über die Mehrheit im Parlament verfügen. Zwei Drittel der Duma sind heute von Personen besetzt, die eine zumindest zweifelhafte Haltung gegenüber Reformen einnehmen.

Was der Reformprozeß benötigt, ist ein erneuter Durchbruch, wie ihn Jelzin im Oktober 1991 angekündigt hatte. Dazu sind aber die entsprechenden Strukturen und Kader notwendig. Man braucht eine soziale Basis und finanzielle Unterstützung. Die Demokraten haben im Dezember den Fehler begangen, sich auf ihre Kontrolle über das Fernsehen zu verlassen. Das hat nicht gereicht, um die Wahlen zu gewinnen. Die Frage ist, ob Jelzin es schaffen kann, seine Position bis 1996 zu verbessern.

Der Westen wird die Entwicklung in Rußland in den nächsten Monaten sehr sorgsam verfolgen. Wie in der russischen Presse zu lesen war, ist Jelzins Dekret zur Aufhebung von vorgezogenen Neuwahlen

des Präsidenten noch in Kraft. Man kann also nicht ausschließen, daß die Präsidentschaftswahl nicht erst 1996, sondern vielleicht schon in wenigen Monaten stattfindet.

Gegenwärtig haben zehn, zwölf Kandidaten ihr Interesse an einer Kandidatur bekundet. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Radikaldemokraten und die Liberaldemokraten, wie Gajdar, in der Bevölkerung weitgehend abgelehnt werden. Die Machtfrage wird sich also möglicherweise bereits in wenigen Monaten stellen, und zwar zwischen den Zentristen auf der einen Seite, zu denen Tschernomyrdin und Luschkow zählen, und den Nationalisten und Kommunisten wie Schirinovskij und Rudzkoj auf der anderen Seite. Und eben diese Kräfte verfügen wie gesagt, über Strukturen, die die Demokraten bisher nicht aufgebaut haben.

Hier war von nationaler Versöhnung die Rede, die von bestimmten Kräften offensichtlich ins Spiel gebracht wird. In Wirklichkeit geht es den Jelzin-Gegnern nur darum, daß die Neuwahlen schon Ende 1994 oder Anfang 1995 durchgeführt werden. Das Verhalten der russischen Wähler läßt sich indes nicht prognostizieren. Im April 1993 haben sie entgegen allen Erwartungen für Jelzins Reformprogramm gestimmt, während sie im Dezember 1993 dagegen waren.

Pavlova-Silvanskaja

Ich möchte einige Ausführungen zum Mehrparteiensystem und zum Parlamentarismus in Rußland machen. Wenn ich mich nicht irre, hat Schiller den inhaltsschweren Satz gesagt: "Die Sprache denkt und dichtet für mich." Die politische Terminologie westlicher Demokratien beschreibt nur sehr unvollständig das politische System in Rußland. Es wird der Eindruck erweckt, als gäbe es eine gewisse Gesetzmäßigkeit der realen Vorgänge, die jedoch weder den entsprechenden Begriffen, noch der Semantik entsprechen. Und die falsche Benennung erweckt den Eindruck, als gäbe es in Rußland demokratische Strukturen, die denen in den Vereinigten Staaten von Amerika ähneln.

Die Versuche, das sowjetische System als ein parlamentarisches zu beschreiben, reichen bis in die 70er Jahre zurück. Man versuchte damit, dem sowjetischen System Respekt zu verschaffen, es "salonfähig" zu machen. Der Gebrauch falscher Begriffe führt jedoch zur Mythologisierung der russischen Realität, in der so viele unkontrollierte Prozesse vor sich gehen. Diese Prozesse mit den Verhältnissen im Westen gleichzusetzen oder von ihnen zu behaupten, sie würden von den Politikern kontrolliert, wäre allzu höflich, besonders wenn man in Rechnung stellt, daß etwa die Hälfte der russischen Wirtschaft, wie Andrej Kasmin gesagt hat, "nicht berücksichtigt wird".

Die falsche Beschreibung der Realitäten wird am deutlichsten, wenn Worte wie Diktatur und Autoritarismus verwandt werden, um eine an sich schwache Macht zu charakterisieren. Das gilt nicht minder für den Ausdruck "Verfassung". Für mich bedeutet das Inkrafttreten der russischen Verfassung keine wirkliche Wende, um so mehr, als kein nationaler Konsens im sozialen Bereich hinter dieser Verfassung steht. Michael Stürmer hat gefragt, wann dieser Konsens hergestellt sein wird. Ich glaube, daß dies ein langwieriger Prozeß sein wird. Es gibt in unserer Gesellschaft keine Übereinstimmung in so wichtigen Werten wie soziale Gerechtigkeit, Maßstäbe zur Anwendung von Gewalt, Kompromißfähigkeit und so weiter.

Die unterschiedlichen Mentalitäten verschiedener Gesellschaftsschichten zeigten sich bei den Wahlen am 12. Dezember. Man räumte Schirinovskij Sendezeit im Fernsehen ein in der Hoffnung, daß er sich selbst entlarven würde. Die Fernsehzuschauer aber reagierten ganz anders auf ihn, als man erwartet hatte. Dasselbe geschah, als kürzlich Berichte im Fernsehen ausgestrahlt wurden, die mit der Amnestie in Zusammenhang standen. Die Aufrufe der Gegner des Präsidenten zur Anwendung von Gewalt wurden von vielen Zuschauern ganz und gar nicht so aufgefaßt, wie die Politiker und Fernsehjournalisten, die sich zur Sendung dieser Bilder entschlossen hatten, angenommen hatten.

Wann kann man mit der Bildung eines nationalen Konsenses rechnen? Es gab bereits in der Anfangssituation der Perestroika Elemente der Übereinstimmung, deren Konturen jetzt verwischen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Faktor lenken, der hier noch gar nicht erwähnt wurde, nämlich das Aufkommen einer Arbeiterbewegung. Sie ist ein äußerst wichtiger Faktor, der auf die Schwäche oder gar das Fehlen eines nationalen Konsensus in sozialen Fragen verweist. Ebenso zeigt er, daß es bis heute keine politische Partei in Rußland gibt, welche die stärker werdende Arbeiterbewegung absorbieren könnte.

Ähnliches gilt für das Problem des Mehrparteiensystems. Es ist eigentlich ein Pseudomehrparteiensystem. Tatsächlich orientieren sich die Wähler nicht an Parteien und ihren Programmen, sondern an einzelnen Politikern. Das wäre an sich nicht einmal schlecht. In Niedersachsen zum Beispiel haben sich die Wähler auch stärker an der Person Gerhard Schröders orientiert als am Programm der SPD. In Rußland aber wird eine solche Orientierung an

Politikerpersönlichkeiten dadurch verstärkt, daß praktisch keine einzige Partei ein realistisches Programm anbieten kann, das einen Weg aus der Krise aufzeigen würde. Das Fehlen eines solchen Programmes ist eine objektive Tatsache, es ist nicht böser Wille der Politiker. Als Folge davon aber wird die reale politische Arbeit durch Wortkampagnen ersetzt. Ursache dafür ist nicht zuletzt die ungeheure zeitliche Diskrepanz zwischen den langwierigen Strukturprozessen und den Forderungen der Politiker nach kurzfristigen Veränderungen der Situation. Das führt zu reinen Wortgefechten und Phrasen, nicht aber zu einer realen Politik - was im übrigen nicht heißt, daß es in der russischen Gesellschaft keine Veränderungen gäbe. Es gibt sie, und sie verlaufen durchaus nicht überall langsam; auf einigen Gebieten geht es sogar schnell voran. Die Veränderungen werden aber nur teilweise von der politischen Klasse kontrolliert.

Zagorski

Sicher werden wir noch häufiger auf die Lehren des 12. Dezember zurückkommen. Eine der wichtigsten Lehren, die weder die russischen noch die westlichen Politiker bisher aus den Wahlen gezogen haben, ist die, daß es keiner Seite gelungen ist, die andere zu besiegen, daß es also weder Sieger noch Besiegte gibt. Nun ist die politische Kultur Rußlands leider durch ein Element gekennzeichnet: die Kompromißlosigkeit. Darauf, hat Frau Pavlova-Silvanskaja zu Recht hingewiesen. Wir hatten die Möglichkeit, im Sommer zu einer Übereinkunft zu gelangen; aber niemand war dazu bereit. Das ist die Ursache für die Tragödien vom September und Oktober.

Darum ist die Frage wichtig, ob die russischen Politiker nach den Wahlen zu diesem Schluß gekommen sind. Wenn wir heute von einem Akt nationalen Einverständnisses sprechen, so ist das sicher eine gute Idee. Mir stellt sich aber dabei sofort die Frage, ob dieser Akt Mechanismen zur ständigen Arbeit an einem solchen nationalen Einverständnis vorsieht, ob also Kompromisse erarbeitet werden können. Wichtig ist auch, ob die verschiedenen politischen Gruppierungen bereit sind, die Verabredungen einzuhalten, die ausgehandelt werden. Ich befürchte, daß unser politischer Pluralismus wieder einmal nach den bekannten Ritualen ablaufen wird: Ich höre mir an, was du sagst, und du tust, was ich dir sage. Und wenn du das nicht tust, brichst du das Übereinkommen.

Auch für den Westen enthält diese Entwicklung eine wichtige Lehre. Viele westliche Politiker gaben sich der Illusion hin, die Partei "Rußlands Wahl" werde gewinnen, und die Reformprozesse könnten beschleunigt vorangehen. Nach den Wahlen zeigte sich, daß diese Vorstellung trügerisch war. Der Westen zieht daraus jetzt meiner Ansicht nach die richtige Schlußfolgerung, indem er die politischen Kontakte und Beziehungen in Rußland diversifiziert. In diesem Sinne sehe ich auch den Besuch des früheren amerikanischen Präsidenten Nixon in Moskau als ein erstes Signal für den Aufbau politischer Kontakte an, gleichgültig, ob mir die Politiker, mit denen er zusammengetroffen ist, gefallen oder nicht. Übrigens hatte Nixon Jelzin zweimal in Amerika empfangen, als Gorbatschow noch an der Macht war. Das sollte man nicht vergessen.

Bei aller Kompromißunfähigkeit unserer politischen Elite stellen diese oft sehr aktiven, häufig auch aggressiven politischen Gruppierungen glücklicherweise nur Minderheiten dar. Die Ereignisse vom September und Oktober 1993 haben gezeigt, daß weder die eine, noch die andere Seite in der Lage ist, die Massen zu mobilisieren. Das werde ich zumindest als Symptom dafür, daß es in diesem Lande keinen Bürgerkrieg geben wird.

Sobtschak

Ich halte es für eine der wichtigsten Veränderungen in unserem heutigen politischen Leben, daß die Ära der starken Persönlichkeiten vorbei ist, welche die gesamte Politik dominiert haben. Noch vor ein, zwei Jahren stellte sich die Frage nach personellen Alternativen nicht. Wir stimmten für die Wahl von Präsident Gorbatschow, und nahezu alle, die sich an der Abstimmung beteiligten, sprachen sich unabhängig von ihren politischen Ansichten dahingehend aus, daß er die einzige politische Persönlichkeit sei. Eine andere war nicht vorstellbar. Ähnlich verhielt es sich bei der Wahl Jelzins.

Heute hat sich die Situation verändert. Die verschiedenen demokratischen Strömungen stehen vor dem Problem, eigene politische Führer hervorzubringen. Und auch für den Westen besteht jetzt die Notwendigkeit, sich breiter zu orientieren und sich nicht nur auf bestimmte Persönlichkeiten in Rußland zu konzentrieren, sondern auf unterschiedliche Bewegungen und ein breiteres politisches Spektrum, für das jedoch die entsprechenden Strukturen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens noch ungenügend ausgebildet sind, worauf schon mehrfach hingewiesen wurde. Das bringt ernsthafte Gefahren mit sich und charakterisiert die Periode, die wir gegenwärtig durchleben.

So haben wir zum Beispiel noch kein echtes Mehrparteiensystem und keinen richtigen Rechtsstaat. Mit der Annahme der Verfassung haben wir erst die Prioritäten eines Rechtsstaates umrissen. Bis zu ihrer Umsetzung im Leben ist es noch ein weiter Weg.

Herr Morel hat nach der Befindlichkeit der kulturellen Elite in Rußland gefragt und auf ihre ärmliche Lage verwiesen sowie auf die Probleme, die damit entstanden sind. Was man im Westen meist nicht richtig verstanden hat, ist, daß das kommunistische System die wissenschaftliche, kulturelle und kreative Elite ganz zielgerichtet ausgebildet hatte. Sie war zum größten Teil nur pseudowissenschaftlich und pseudokreativ. Daneben aber gab es eine große Zahl von Menschen, die eine echte Kultur besaßen und die wirklich wissenschaftlich arbeiteten. Sie hatten jedoch keinen sicheren Status und gehörten nicht zur Elite.

Die gegenwärtige Krise darf man also nicht einseitig sehen; denn der Reinigungsprozeß war meiner Meinung nach unumgänglich. Wenn Sie sich nur vergegenwärtigen, daß es 1990 in Rußland über 300.000 wissenschaftliche Kandidaten, Doktoren, Spezialisten für die Geschichte der KPdSU und den wissenschaftlichen Kommunismus sowie für die politische Ökonomie des Marxismus gab. Das ist eine ungeheure Zahl von Pseudogelehrten, die an eine absolut dogmatische Denkweise gewöhnt waren und zum Beispiel die Lehren von Marx oder die Beschlüsse der Parteikongresse und Plenarsitzungen mit leichter Hand reproduzierten. Heute sind sie ohne Beruf und leben wirklich in ärmlichen Verhältnissen. Von diesen Pseudogelehrten gibt es Hunderttausende und ebenso Zehntausende von Pseudoschriftstellern und Pseudokünstlern. Das ist ein enormes Problem für unsere Kultur.

Es ist ein schwieriger und zum Teil schmerzhafter Prozeß, einerseits die alten russischen Kulturtraditionen wiederzuerwecken und neue Kulturschichten herauszubilden, andererseits das Verschwinden der ganzen offiziellen Kultur zu verkraften. Viele von diesen Menschen haben kreative Fähigkeiten und sind in der Lage, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen. Andere sind aber dazu nicht imstande. Daraus zu schließen, Herr Morel, daß es zu einem Kollaps kommen wird, halte ich für falsch. Ich meine, es sind positive Prozesse im Gange.

Eine weitere Frage scheint mir für unsere politische Zukunft von größter Bedeutung zu sein, nämlich die nach den Demokraten der ersten Stunde, welche die politische Arena inzwischen verlassen haben, etwa diejenigen, die zur interregionalen Gruppe Sacharow-Jelzin gehörten. Das ist eine Tatsache, die meiner Meinung nach eher negative als positive Folgen haben wird. Leider hat dieser Prozeß die Vereinigung der demokratischen Kräfte sehr behindert. Ich glaube aber nicht, daß dieser Prozeß bereits abgeschlossen ist. Denn heute beginnt nicht nur das, was Sie die Epoche der Pragmatiker nennen und was bei uns die Epoche der Technokraten heißt. Es entstehen darüber hinaus neue politische Organisationen und Bewegungen, die besonders von Leuten ausgehen, die noch recht jung sind, etwa um die 30 Jahre. Sie beteiligen sich aktiv an der Politik und werden schon bald eine führende Rolle spielen.

Soll der Westen Rußland helfen, oder wäre es besser, sich nicht einzumischen? Ist diese Hilfe überhaupt notwendig, wurde hier gefragt. Das ist in der Tat eine wichtige Frage, von deren Beantwortung, insbesondere was die Haltung des Westens angeht, sehr viel abhängt im Hinblick auf unsere gegenseitigen Beziehungen und auf die Gestaltung Europas im 21. Jahrhundert. Soll also der Westen die Zusammenarbeit und aktive Hilfe bei der Bildung eines neuen politischen, staatlichen und rechtlichen Systems in Rußland einstellen unter dem Vorwand - aus russischer Sicht;- , man brauche diese Hilfe gar nicht; das sei Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten und würde die Gefahr des Nationalismus heraufbeschwören?

In Wirklichkeit sind hier andere Überlegungen maßgebend, zum Beispiel politische: Je länger Rußland in dieser chaotischen Lage bleibt, um so weniger wird es dem Westen bedrohlich sein können. Das sind jedoch vergebliche Hoffnungen. Auch im Westen gibt es Unwillen darüber, der postkommunistischen Welt bei der Lösung ihrer schwierigen Probleme behilflich zu sein; denn in westlichen Ländern gibt es genügend eigene Probleme.

Deshalb sollten wir besser von gegenseitiger Zusammenarbeit sprechen und nicht von Hilfe. Es ist zwar auch Hilfe nötig, aber in erster Linie geht es um Zusammenarbeit, und zwar nicht nur auf staatlicher Ebene; sie muß auch die Ebene der politischen Parteien und der demokratischen Bewegungen einschließen und sich ebenso auf die verschiedensten Verbände und Organisationen der Wirtschaft erstrecken. Solche Kräfte können sehr viel effektiver die Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Rußland positiv beeinflussen.

Ich spreche bewußt von gegenseitiger Zusammenarbeit, wenn es dabei sicher auch Elemente gibt, die man als Hilfe bezeichnen kann. Um so mehr möchte ich daraufhinweisen, daß unsere Nationalisten, das heißt die Bewegung, die von Anfang an destruktive Züge trägt, ganz besonders Herr Schirinovskij,

eine recht bedeutende finanzielle Unterstützung vom Westen erhalten hat, damit er seine Wahlkampagne durchführen konnte. Mir geht es nicht darum, unsere politischen Parteien wirtschaftlich zu unterstützen. Im Gegenteil: Die enge gegenseitige Zusammenarbeit der westlichen liberalen, sozialdemokratischen und christdemokratischen Parteien und grundlegenden demokratischen Strömungen im Westen mit den entsprechenden Strömungen im politischen Spektrum des heutigen Rußlands können zu einem systembildenden Faktor werden, der uns hilft, unser politisches Leben zu ordnen. Die Zukunft Rußlands hängt meiner Meinung nach davon ab, wie schnell der Prozeß der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturierung der neuen demokratischen Gesellschaft verläuft.

Kasmin

Herr Stürmer hat gefragt, wie lange die Periode der Restrukturierung der Wirtschaft dauern wird und wie groß die Toleranz der Völker ist, die in der Russischen Föderation leben. Inzwischen haben alle begriffen, daß die Situation, die bis ins Jahr 1993 bestand, als die offiziellen Arbeitslosenzahlen noch außerordentlich beruhigend aussahen, so nicht bleiben wird. Wir Finanzbeamten wollen uns zwar nicht in die allgemeine politische Diskussion hineinziehen lassen, aber wir rechnen damit, daß wir es im Jahre 1994 mit deutlich verstärkten Streikaktivitäten zu tun haben werden. Dafür gibt es bereits eine Reihe von Anzeichen. Es wird darauf ankommen, daß die verschiedenen staatlichen Exekutivorgane ihre Reaktionen auf solche Streiks abstimmen. Bisher war die Koordinierung nur sehr unzureichend.

Als beispielsweise im Sommer 1993 endlich der Beschluß gefaßt wurde, den Kohlepreis freizugeben, worauf die Bergarbeiter selbst bestanden, mußten zunächst die Repräsentanten der Bergwerkskollektive darüber informiert werden, welche finanziellen Folgen diese Aktion haben würde. Eine Konsequenz war eine Überproduktionskrise in der Kohleindustrie. Niemand wollte mehr die geforderten Preise zahlen, und die Lage der Kohleindustrie, die auch vorher nicht gerade rosig war, wurde zunehmend kritisch. Obwohl praktisch alle Kohlegruben selbständig und unabhängig vom Staat sind, handelten die Repräsentanten nach dem klassischen Muster, das für die Periode der staatlich gelenkten Wirtschaft typisch war: Der Staat mußte die geförderte Kohle bezahlen, obwohl er die geringste Schuld daran trägt, daß die Kohlearbeiter keinen Lohn erhielten. Noch ist nicht festzustellen, daß die Regierung bei Forderungen solcher Art die notwendige Festigkeit aufbringt. Das ist ein sehr beunruhigendes Symptom, wenn man an die Folgen und Möglichkeiten einer antiinflationären Politik denkt.

Das Beispiel zeigt, wie ein Industriezweig vorgehen muß, wenn er ein möglichst großes Stück des immer kleiner werdenden finanziellen Kuchens erhäschen will. Wenn solche Maximalforderungen immer erfüllt werden, kommen nach den Bergwerksarbeitern die Eisenbahner, die Metallarbeiter und so weiter und stellen ebenfalls Maximalforderungen. Unter diesen Bedingungen eine konsequente Finanzpolitik zu betreiben, ist unmöglich. Statt dessen brauchen wir eine gemäßigt restriktive Finanzpolitik, die zugleich beharrlich und einleuchtend ihre Ziele und Aufgaben erklärt. Denn selbst die Bergarbeiter fordern schon konkrete Pläne, wann welcher Schacht geschlossen werden soll, wo Umschulungskurse angeboten werden, welche Sozialunterstützung eine Bergmannsfamilie erhält und so weiter. Leider sind die Verwaltungsorgane der einzelnen Branchen nicht auf solche Fragen eingestellt. Sie ziehen es vor, den Weg zu gehen, den sie bisher immer gegangen sind. Sobald es zu sozialen Härten zu kommen droht, richten sie alle Hoffnungen darauf, daß aus dem föderativen Budget eine neue Geldzuwendung kommt. Das kann in Zukunft nicht mehr funktionieren.

Wenn aber eine Wirtschaftspolitik in dieser Hinsicht beharrlich verfolgt wird, wie ich sie dargelegt habe, dann bedarf es einer Übergangszeit von mindestens 7 bis 8 Jahren, damit die notwendigen Veränderungen im Produktionsprozeß durchgeführt werden können. Hier stehen wir vor ungeheueren Problemen. Wir sollten nicht vergessen, daß Ende der 80-er Jahre für 25 Prozent der Produktion in der Sowjetunion sogar nach offiziellen Statistiken kein Markt vorhanden war, bei 50 Prozent war die Qualität schlecht und die Auswahl zu gering. Mit einer solchen Erblast müssen wir die strukturpolitischen Veränderungen durchführen. Natürlich kann das nicht innerhalb von 500 Tagen, wie es viele gern gewollt hätten, auch nicht in zwei, drei Jahren geschehen.

Was die abnehmende Nachfrage auf dem Binnenmarkt betrifft, verursacht durch geringere Kaufkraft der Bevölkerung, so ist dies kein einseitiger Prozeß. Während die Kaufkraft des größten Teils der russischen Bevölkerung gering ist und die meisten sich wirklich nur das Notwendigste leisten können, nähern sich die Preise allmählich dem internationalen Niveau an. In einigen Fällen liegen die Binnenmarktpreise sogar höher als auf dem Weltmarkt. Entsprechend erhöht sich aber auch das Realeinkommen der Bevölkerung, was sich auf die Kaufkraft des Rubels und auf eine gemäßigt restriktive Finanzpolitik positiv auswirkt. Während die Preise im Jahre 1993 um das 9fache gestiegen

sind, haben sich die Realeinkommen der Bevölkerung fast um das 10fache erhöht. Im Februar 1994 wuchsen die Realeinkommen um 11 Prozent, während die Inflationsrate 10 Prozent betrug. Von daher hat sich also die Nachfrage auf dem Binnenmarkt nicht verringert.

Umfragen zeigen, daß im Gegensatz zur Situation im Jahre 1992 Ende 1993 der Warenmangel in den Geschäften nur für ein Prozent der Bevölkerung ein soziales Problem darstellte. Deshalb hat die relative Verringerung der Nachfrage bei gleichzeitiger Festigung der Kaufkraft des Rubels möglicherweise eine gewisse kompensatorische Wirkung. Gleichzeitig beginnt sich auch die Struktur des Warenangebotes zu ändern. Es ist kein Geheimnis, daß viele Unternehmen vor allem darum bemüht sind, die Ansprüche der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten zu befriedigen. Das mag für eine kurze Zeitlang möglich sein. Auf längere Sicht wird aber die Nachfrage des Durchschnittsverbrauchers die Unternehmen zwingen, ihr Angebot entsprechend anzupassen. Nach den teuren und sehr kostspieligen Waren werden auch solche zu mittleren und niedrigen Preisen auf den Markt kommen.

Herr Gasteyerger hat das wichtige Problem des fiskalen Föderalismus angesprochen. Im Jahre 1994 hat tatsächlich die Budget- und Steuerreform begonnen, die weitergeführt wird. Durch sie soll ein vernünftiger Kompromiß bei den Problemen der Steuerverteilung erreicht werden. Es wurde bereits erwähnt, daß Rußland Mitte 1993 am Rande eines Kollapses der Exekutiven stand aufgrund der starken Widersprüche zwischen der Zentralmacht und den Regionen. Die Folgen hat das Finanzministerium stärker zu spüren bekommen als andere Ministerien. Im Spätsommer und im Herbst wurde offen von einem Steuerkrieg der Regionen gegen das Zentrum gesprochen. Wir wollen auf jeden Fall vermeiden, daß sich diese Situation wiederholt, aus der wir uns erst Ende 1993 unter großen Mühen befreien konnten. Deshalb enthält ein Gesetzesprojekt zum Staatshaushalt 1994 ganz neue Prinzipien zur Steuererhebung, das den lokalen Behörden sehr viel mehr Rechte einräumt.

Herr Morel hat zu Recht daraufhingewiesen, daß ein effektives Steuersystem und ein wirksames Rechtssystem unverzichtbare Voraussetzungen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft sind. In dieser Hinsicht werden bei uns große Anstrengungen unternommen, um den Mangel an Spezialisten und das Fehlen der Infrastruktur zu beheben. Dafür veranschlagt man mindestens 4 bis 5 Jahre, um Spezialisten auszubilden, die mit dem völlig neuen Wirtschafts- und Finanzrecht umgehen können. Gegenwärtig versuchen wir zunächst die Zahl der Menschen, die im Justiz- und im Steuersystem beschäftigt sind, sehr schnell zu erhöhen. So sind in der staatlichen Steuerverwaltung Anfang 1994 bereits 100.000 Menschen beschäftigt - im Vergleich zu 18.000 im Jahre 1992. Die neugeschaffene Steuerfahndung hatte bei ihrer Gründung nicht mehr als 4000 Mitarbeiter, während es Mitte 1994 bereits 40.000 sein werden. Die Folgen hiervon sind bereits spürbar, was sich an der Zahl der registrierten Betriebe, der Zahl der abgegebenen Steuererklärungen, der Einkünfte aus dem privaten Wirtschaftssektor ablesen läßt.

Eine Frage in diesem Zusammenhang betrifft die Qualität der Ratschläge, die Rußland von westlichen Wirtschaftsberatern angeboten werden. Das ist ein wichtiger Faktor. Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Ausbildung von Spezialisten für diese Schlüsselbereiche. Vielleicht sind derartige Maßnahmen nicht so spektakulär wie die früherer Fernsehauftritte meist eher unbekannter Personen, die bei CNN dann als persönliche Wirtschaftsberater von Präsident Jelzin angepriesen wurden. Oder es wurden Fotos von frisch gekürten "Wirtschaftsberatern der Russischen Föderationsregierung" in Zeitungen veröffentlicht - gewöhnlich vor dem Hintergrund der Basiliuskathedrale. Da stellten sich manche Fragen.

In einigen Fällen kamen Experten aus verschiedenen Ländern nur deshalb nach Rußland, um ihr Prestige im Ausland zu erhöhen. Zur Zeit arbeiten wir jedoch mit ausländischen Beratern in einer ganzen Reihe von Projekten eng zusammen, die nach außen nicht so stark in Erscheinung treten, die uns aber sehr bei der praktischen Arbeit helfen. Mit der deutschen Seite bewegt sich die Zusammenarbeit auf sehr hohem Niveau, beispielsweise mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die uns bei der Gründung einer Bank für kleine und mittlere Betriebe hilft und ihre Arbeit in diesem Jahr aufnehmen wird.

Positiv entwickelt hat sich auch die Arbeit im Rahmen eines russisch-schwedischen Kooperationsprojektes zwischen den Finanzministerien beider Länder. Dabei lernen unsere Experten, wie man ein transparentes Steuersystem aufbaut, wie die Steuerzahler erfaßt werden und andere eher technische Dinge, wie zum Beispiel die Organisation des staatlichen Wertpapiermarktes unter Einsatz von Computertechnologie, etwas, das in Rußland vor zwei Jahren noch undenkbar gewesen ist.

Wir konzentrieren uns also in der Zusammenarbeit mit westlichen Experten in erster Linie auf praktische Projekte, die den Interessen beider Seiten entsprechen. Je schneller diese Hilfe Früchte trägt, desto eher wird die russische Wirtschaft sich den Weltstandards anpassen.

Meyer-Landrut

Wir wollen uns jetzt Fragen der Sicherheitspolitik zuwenden. Wir alle rechnen zwar nicht mit größeren Spannungen in der nächsten Zeit, aber wir wissen natürlich, wie viele schwierige lokale und regionale Probleme sich in den letzten Jahren bis zu Schießkriegen entwickelt haben. Es ist nicht allein Jugoslawien; wir brauchen ja nur nach Moldawien und Afghanistan oder nach Tadschikistan, Ossetien und Abchasien zu blicken.

Da stellt sich natürlich die Frage an unsere Politiker: Wie kann man das in den Griff bekommen? Wie kann man hier neue Kooperationsformen und Strukturen aufbauen, nachdem sich der Warschauer Pakt aufgelöst hat, die NATO aber weiterbesteht? Die einzige übergreifende Organisation, die wir zur Zeit haben, ist die KSZE, deren Generalsekretär unter uns ist.

Darf ich zunächst Herrn Ruhe um sein Referat bitten.

Rühe

Es ist gut und notwendig, über das Thema "Rußland und der Westen" freimütig miteinander zu reden. Denn es ist offenkundig, daß das Potential für Mißverständnisse und Fehlperzeptionen auf beiden Seiten gewachsen ist. Zugleich ist der Reformprozeß in Rußland eher schwieriger als leichter geworden, so daß wir über praktikable Lösungen und Möglichkeiten der Hilfe neu nachdenken müssen.

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist dafür das richtige Forum, und Sankt Petersburg ist der richtige Ort. Hier verknüpft sich der Wille zum Aufbruch und die russische Öffnung für Europa mit der guten Tradition eines Dialogs, der sich schon auf Rußland konzentriert hat, als andere noch gar nicht gemerkt hatten, daß wir seit 1989 ein politisches Erdbeben auf unserem Kontinent erleben.

I.

Angesichts der schwierigen Lage, in der sich das östliche Europa und vor allem Rußland befindet, wird leicht vergessen, was schon alles erreicht ist. Es gibt irreversible Entwicklungen, die elementare Voraussetzungen für europäische Stabilität, für Frieden und Freiheit und auch für bessere Lebensbedingungen geschaffen haben.

Die über Jahrzehnte zum Greifen nahe Gefahr der nuklearen Apokalypse ist weit in den Hintergrund gerückt. Die ideologisch und militärisch bestimmte Konfrontation zwischen Ost und West im kalten Krieg ist Geschichte. Die unnatürliche Teilung Europas ist überwunden. Die Grenzen zwischen den Staaten unseres Kontinents sind wieder offen. Alle Staaten Europas haben sich auf dieselben Prinzipien friedlichen Zusammenlebens geeinigt, auf territoriale Integrität, auf Demokratie und Menschenrechte; bei allen geht es, wenn auch differenziert, in Richtung der Entwicklung von marktwirtschaftlichen Strukturen und freierem Handel.

Der Westen hat dem Osten mit Beginn des Umbruchs in Europa die Hand gereicht zu tätiger Hilfe. Allen war und ist klar, daß der Erfolg des Reformprozesses für die Zukunft Europas und für die Stabilität unseres Kontinents von entscheidender Bedeutung ist und bleiben wird. Deshalb hat der Westen die Reform- und Transformationsprozesse in Rußland von Anfang an nachhaltig gestützt und gefördert.

Diese grundsätzliche Ausrichtung westlicher Politik zieht sich wie ein roter Faden durch die Chronologie der politischen Ereignisse seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Ich nenne nur vier Meilensteine:

- Der NATO-Gipfel von London 1990 markierte den historischen Wendepunkt weg von der Konfrontation und hin zur Kooperation.
- Die Europäische Gemeinschaft hat den Bürgern Rußlands - gerade in dieser Stadt im harten Winter 1991/1992 tatkräftig geholfen.
- Die Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 und Tokio 1993 haben umfassende finanzielle Mittel für Rußland mobilisiert.
- Der NATO-Gipfel im Januar dieses Jahres hat mit der Initiative "Partnerschaft für den Frieden" ein umfassendes Angebot für vertiefte Kooperationen vorgelegt.

Deutschland hat an all diesen internationalen Initiativen maßgeblichen Anteil. Wir sind aus Gründen europäischer Stabilität und auch in dem Bewußtsein, daß es uns selbst auf die Dauer nur gutgehen wird, wenn es unseren Nachbarn im Osten nicht auf Dauer schlecht geht, bis an die Grenze der Belastbarkeit mit unserer Hilfe für den Osten gegangen. Transferleistungen und Kreditgarantien summieren sich auf knapp 90 Milliarden DM.

Ein wichtiges Element der Leistungen ist der Betrag von 12 Milliarden DM, den wir für die Wiedereingliederung der russischen Truppen in ihr heimatliches Gefüge bereitgestellt haben. Das große Wohnungsbauprogramm mit über 33 000 Wohnungen ist ein besonders gutes Beispiel zielgerichteter und erfolgreicher Hilfe.

II.

Ich finde es richtig - bei allem Hinweis auf die bestehenden Probleme;-, daß in der Diskussion auch deutlich geworden ist, welche unstrittig positiven Veränderungen der letzten Jahre Rußland unter schwierigsten Bedingungen zuwege gebracht hat. Rußland hat sich für Demokratie und Freiheit, für Marktwirtschaft und Pluralismus entschieden. Rußland hat einen durch freie Wahlen legitimierten Präsidenten, der den Reformprozeß gegen antidemokratische Kräfte verteidigt hat. Rußland hat sich am 12. Dezember 1993 eine demokratisch geprägte Verfassung gegeben. Gleichzeitig wurden die ersten freien Parlamentswahlen abgehalten.

Rußland hat mit den USA eine weitreichende und verantwortungsvolle Abrüstungspolitik ins Werk gesetzt, die zu radikaler nuklearer Abrüstung führt und alles weit in den Schatten stellt, was seit 40 Jahren versucht wurde, und die mithilft, die konventionellen Potentiale in Europa drastisch zu reduzieren, zu kontrollieren und Vertrauen zu schaffen. Rußland hat mittlerweile den überwiegenden Teil seiner Truppen auf eigenes Territorium zurückgezogen; der Abzug aus Deutschland verläuft planmäßig, problemlos und in bester Abstimmung.

Mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ist ein Instrument regionaler Sicherheit entstanden. Die Ergebnisse des Treffens der Außenminister der Gemeinschaft am 16. März in Moskau unterstreichen dies. Rußland hat sich konstruktiv und verantwortungsvoll für den Friedensprozeß auf dem Balkan und im Nahen Osten engagiert. Das zeigt Früchte. Rußland hat sich für die Zusammenarbeit mit dem Westen im Rahmen des Programms "Partnerschaft für den Frieden" entschieden. Der russische Außenminister wird zur Unterzeichnung im April nach Brüssel kommen.

Die Haltung Rußlands ist von zentraler Bedeutung für das Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen; denn Rußland ist eine entscheidende Bezugsgröße für Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus. Um so wichtiger ist die Frage: Wie geht es weiter?

III.

Die Frage gewinnt deshalb besondere Bedeutung, weil Fehler gemacht worden sind und dies auf beiden Seiten. Nicht nur in der ökonomischen Hilfeleistung oder unterlassener Hilfe, sondern auch in Fragen der Sicherheit gibt es Irritationen. Sie müssen im beiderseitigen Interesse tunlichst ausgeräumt werden.

Am liebsten würden wir im Westen natürlich sehen, daß sich die ökonomische Situation in Rußland bald stabilisiert und sich zugleich der Lebensstandard der Menschen deutlich bessert, sich der Rechtsstaat festigt, so daß Kriminalität und Korruption keine Chance haben, sich russischer Patriotismus als Motor der Erneuerung auswirkt und nicht Nationalismus außenpolitischen Ehrgeiz steuert, sich Rußlands Nachbarn im Süden ruhig und friedlich verhalten, damit sie keinen Anlaß zur Abwehr akuter Gefahren bieten.

Aber es macht wenig Sinn, den russischen Reformprozeß zu überfordern und die Welt nicht so zur Kenntnis zu nehmen, wie sie ist. Europa ist eben noch kein Hort der Stabilität und keine Insel des Friedens in einer unruhigen Welt. Es schält sich immer deutlicher heraus: Der Westen hat die Lage in Rußland häufig falsch eingeschätzt und beginnt erst jetzt, diese Sicht zu korrigieren.

Wir müssen uns mehr Mühe geben zu verstehen, was Rußland ist, aber auch was es nicht ist. Was es sein will, und was es nicht sein will und kann. Ein einfaches Übertragen westlicher Maßstäbe geht am Kern der Sache vorbei. Wir müssen die objektiven Probleme Rußlands bei der Formulierung unserer Politik klarer im Auge behalten.

Nur Rußland selbst kann den Spagat zwischen Verwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft aufheben. Es hat wenig Sinn, für Rußland das politisch Wünschbare zu formulieren und gleichzeitig das wirtschaftlich Notwendige und Machbare allein an westlichen Maßstäben auszurichten.

Was wir anbieten können, das ist die Analyse der Wirtschaftsprobleme, wie sie sich aus unserer Sicht darstellen. Dann muß gemeinsam versucht werden, einen für Rußland gangbaren und für westliche Hilfe akzeptablen Weg zu finden. Notwendig ist dazu ein vertrauensvoller Dialog. Dies gilt gleichermaßen, wenn nicht noch mehr, für Fragen der europäischen Sicherheit.

Mit Alarmsignalen und unbegründeten Unterstellungen kommen wir nicht weiter. Es ist aber unübersehbar, daß in Moskau von manchem politische Vorstellungen vertreten werden, die nicht unbedingt beruhigend wirken.

Hier liegen aber Perzeptionen zugrunde, die weder von der Wirklichkeit in Europa noch von der Politik der NATO oder der Europäischen Union oder ihrer Mitglieder gedeckt werden. Nur wenige Beispiele. Immer häufiger wird dem Westen die eigentliche Schuld an der wirtschaftlichen Misere in Rußland zugeschoben. Wir hören den Vorwurf, Rußland werde von den europäischen Prozessen ausgeschlossen und eine Erweiterung der euro-atlantischen Institutionen sei nichts anderes als eine neue Einkreisungspolitik. Wir hören den Vorwurf, daß der Westen die reale Bedrohung russischer Grenzen nicht zur Kenntnis nimmt. Zugleich aber sehen wir, daß im Zusammenhang damit Konzepte entwickelt werden, die Rußland im "nahen Ausland" besondere Rechte und Einflußmöglichkeiten sichern sollen.

Falsche Propheten findet man allerdings überall. Nicht nur in Rußland, auch im Westen werden Fehlperzeptionen verbreitet und finden Gehör. Falsche Tone verstärken sich aber gegenseitig. So eine Entwicklung ist nur zu verhindern, wenn wir uns über die Positionen, die unsere Politik bestimmen, völlig im klaren sind.

IV.

Vor diesem Hintergrund lassen Sie mich einige Anmerkungen über die Zukunft unserer Beziehungen machen. Grundsätzlich gilt: Der Westen braucht Rußland als politisch, ökonomisch und strategisch handlungsfähigen Partner. Rußland ist kein Gast in Europa. Diesen Satz von Präsident Jelzin möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Kokoschin

Drei Prozent.

Rühe

[Forts.] Diese letzten drei Prozent hoffen wir dann in Brüssel zu erfahren.

Wir müssen allerdings darauf achten, daß die besondere Qualität der Partnerschaft zwischen NATO und Rußland nicht den Integrationsprozeß anderer in die westlichen Institutionen erdrückt. Denn wir wollen beides, weil beides im Interesse aller Europäer ist. Das heißt, die Integration der Staaten, die auf dem Wege in die Europäische Union sind, und Kooperation mit einem Partner wie Rußland müssen in der richtigen Balance gehalten werden.

Rußland hat sich stets als ein Teil Europas verstanden. Seine Beziehungen zu Deutschland waren immer von besonderer Bedeutung. Die deutsch-russische Freundschaft ist ein wichtiger Pfeiler für die gegenwärtige Stabilität und die künftige Sicherheitsordnung in Europa.

Am 31. August dieses Jahres wird der letzte russische Soldat Deutschland verlassen. Ich bin mir mit Minister Gratschow darin einig, daß nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland die Fortentwicklung unserer verteidigungspolitischen Beziehungen von besonderer Bedeutung ist. Ich habe daher mit meinem russischen Kollegen beschlossen, in diesem Jahr noch eine gemeinsame Marineübung im deutschen Teil der Ostsee durchzuführen, der 1995 eine deutsch-russische Stabsrahmenübung in Rußland und 1996 ein deutsch-russisches Manöver in Deutschland folgen werden.

Verteidigungsminister Gratschow und ich haben zum Abschluß seines Besuches in Deutschland am 9. März 1994 eine gemeinsame Erklärung herausgegeben. Wir stimmen überein, daß die Herstellung und Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der Stabilität und Sicherheit in Europa ist.

Dazu wollen wir die Beziehungen auf militärischem Gebiet vertiefen und einen wichtigen Beitrag zur Transparenz und Berechenbarkeit leisten. Die Festigung der deutsch-russischen Verhältnisse ist ein konstruktives Element für die Entwicklung Europas. Deutlicher kann man den gemeinsamen Willen von Russen und Deutschen im Hinblick auf die zukünftige Sicherheitsordnung für ganz Europa nicht zum Ausdruck bringen.

Meyer-Landrut

Nach dieser Einleitung von Herrn Ruhe zur sicherheitspolitischen Lage und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit im europäischen Rahmen darf ich jetzt Herrn Kokoschin um seine Stellungnahme bitten.

Kokoschin

Ich habe die Ausführungen von Herrn Ruhe mit großem Interesse aufmerksam verfolgt, und ich möchte in meinem Beitrag auf eine Reihe von Problemen eingehen, die Herr Ruhe angesprochen hat. Gleichzeitig werde ich aber auch einige Probleme benennen, denen sich Rußland heute in Fragen seiner eigenen Sicherheit gegenüber sieht.

Am ernstesten wird die russische Sicherheit heute im Inneren unseres Landes bedroht aufgrund der zugespitzten wirtschaftlichen und sozialen Lage. Daß wir bisher noch keine Massenarbeitslosigkeit haben und noch keine Massenschließungen von Betrieben erfolgt sind, bedeutet nicht, daß dies nicht schon in allernächster Zeit so kommen kann, mit allen Folgeerscheinungen, die sich daraus ergeben. Wir sollten jedenfalls den Grad der Bedrohung für unseren Reformkurs und für das demokratisch politische System, das wir aufbauen wollen und das trotz aller Erfolge noch überaus zerbrechlich ist, nicht unterschätzen.

Wenn wir im Verteidigungsministerium die Sicherheitsprobleme Rußlands untersuchen, analysieren wir natürlich in erster Linie die Bedrohung von außen, und zwar nicht zuletzt auch im Hinblick auf Faktoren, welche die Situation im Inneren unseres Landes beeinflussen.

Die Aufgabe der russischen Streitkräfte besteht darin, im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch aktive Maßnahmen einerseits und entschlossene Zurückhaltung andererseits den einschneidenden Reformprozeß in unserem Lande zu schützen. Es gibt Bedrohungen Rußlands von außen, die nach innen wirken. Wir haben mit ihnen zu tun. Es gibt mittelfristige und längerfristige Probleme, über die wir aber heute schon nachdenken müssen. Einen Teil unserer dürftigen Reserven müssen wir auf den Schutz unserer Sicherheit verwenden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist die Stabilität der Prozesse, die in unserem Land ablaufen. Dazu gehören gute Beziehungen zum Westen, auch zu den NATO-Staaten. Aber wir haben einen ganzen Katalog von weiteren Fragen zum Beispiel zur Lage in Fernost, in Asien insgesamt, und natürlich der sehr schmerzliche Komplex Mittelasien.

Wir betreiben eine aktive Politik. Wir sind dazu in Jugoslawien, auf dem Balkan, gezwungen, um die gesamteuropäische Stabilität und unsere Sicherheit zu gewährleisten. Das gleiche gilt für Mittelasien und das Kaukasus-Gebiet. Außerdem tragen wir zum Frieden in der Moldaurepublik bei. Ich kann Ihnen versichern, daß das enorme Anstrengungen aller Kräfte und einen erheblichen materiellen Aufwand erfordert. Als Beispiel dafür erwähne ich das Jahr 1992, wo es in bestimmten Situationen notwendig war, größere Truppenkontingente sehr schnell in die eine oder andere Region zu verlagern. Wir haben praktisch die gesamte Transportkapazität der Luftwaffe innerhalb von 24 Stunden mobilisiert und unseren Auftrag erfüllt: Der Krieg im Nord-Kaukasus konnte verhindert werden.

Die konkreten Probleme, die sich uns stellen, haben ihre Besonderheiten, die in unserer Gesellschaft in verschiedenen Gruppierungen unterschiedlich bewertet werden. Viele Fragen werden wesentlich von der emotionalen Seite her gesehen. Das betrifft auch die Lage in den Staaten, die wir jetzt das "Nahe Ausland" nennen. Natürlich sind nicht alle diese Probleme von staatspolitischer Tragweite. Vielfach geht es um Stimmungen und Meinungen von großen Teilen der Bevölkerung, die immer wieder Mittel und Wege finden, ihrer Meinung auch unter Umgehung der staatlichen Organe Ausdruck zu verschaffen. Diejenigen, die an der Spitze des Staates stehen, dürfen diese Faktoren nicht außer acht lassen.

Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit, als die Frage der deutschen Vereinigung gelöst wurde. Da rechneten die Politiker und Staatsmänner in Deutschland, Rußland, Frankreich und den USA mit einem bestimmten Prozeß, in dem die Veränderungen vonstatten gehen würden. Aber die Bevölkerung Ostdeutschlands hat dafür gesorgt, daß alles ganz anders abgelaufen ist. Diese Lehre sollten wir nicht vergessen.

Das gilt auch für die Ereignisse auf dem Territorium der damaligen Sowjetunion. Möglicherweise kommt ein Volk in irgendeinem Teil der zerfallenen Sowjetunion zu einem anderen Entschluß, als wir dies vorhersehen; denn jetzt bestimmt es selbst das politische Handeln. Vor solchen Möglichkeiten darf man die Augen nicht verschließen. Hier sind durchaus Überraschungen nicht auszuschließen.

Nimmt man die derzeitigen Problemherde - Mittelasien, das Kaukasus-Gebiet, den Balkan und die Moldaurepublik, die allerdings zur Zeit weniger aktuell ist - und betrachtet man die

Sicherheitsprobleme in diesen Gebieten unter militärpolitischen Gesichtspunkten, dann muß man auf mittlere Sicht verstärkt mit weiteren Problemen rechnen. Ich betone, daß daran nicht irgendwelche Strategien der Führung Rußlands oder anderer Länder schuld sind, sondern dies durch das Verhalten breiter Bevölkerungsschichten verursacht wird.

Wenn Sie etwa den Vertrag für die kollektive Sicherheit nehmen, den die GUS-Staaten in Mittelasien geschlossen haben, der tektonische Verschiebungen in Mittelasien und Kasachstan verhindern soll - dann könnten bestimmte Aktivitäten in den beteiligten Staaten dazu führen, daß diese Prozesse völlig aus dem Ruder laufen.

Zu den längerfristigen Problemen gehört zum Beispiel die militärpolitische Dimension der Sicherheit. Nachdem die von uns sogenannte bipolare Welt zusammengebrochen ist, fühlten sich eine ganze Reihe von Staaten dazu verleitet, die politische Weltkarte umzugestalten. Ein solcher Versuch wurde am Persischen Golf unternommen; ich meine die Aggression des Irak gegen Kuwait. Hier besteht nach wie vor die potentielle Gefahr, daß derartige Versuche von sehr viel größeren Staaten unternommen werden. Dann wird keine Zeit bleiben, um die militärischen Kräfte in der Form zu konzentrieren, wie es die USA und Saudi-Arabien am Persischen Golf geschafft haben. Dann werden auch die Bedingungen nicht mehr so ideal sein wie in diesem Fall, als es den vereinten Kräften gelang, unter relativ geringen Verlusten die irakische Armee zu zerschlagen.

Ich bin davon überzeugt, daß die Gefahr großer Konflikte nicht vollkommen gebannt ist, auch wenn Europa davon aller Wahrscheinlichkeit nach nicht direkt betroffen sein wird. Diese Gefährdungen sehe ich in erster Linie in Asien. Aber die Konflikte dort könnten ein solches Ausmaß annehmen, daß jenes Weltgebäude, das wir nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben, insgesamt erschüttert wird. Dabei haben wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf Europa gerichtet. Ich nenne in diesem Zusammenhang aber die Lage auf der koreanischen Halbinsel, die nicht nur von lokaler Bedeutung ist. Des weiteren geht es um die längst noch nicht geklärten Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, die sich besonders auf die nationalen indischen Probleme auswirken. Hinzu kommt die Lage in Afghanistan, dessen staatliche Einheit bedroht ist. Eine Reihe benachbarter asiatischer Staaten liebäugeln bereits mit der Aufteilung Afghanistans zumindest in Einflußbereiche. In Europa hört man fast nichts von diesen Vorgängen, da wir hier mehr als genug mit unseren eigenen Problemen zu tun haben.

Von daher sehe ich in einer "Partnerschaft für den Frieden" zumindest einen wichtigen Kompromiß, was die Entwicklung der Sicherheitsbeziehungen in Europa angeht. Aber das ist erst das Fragment eines komplizierteren Gemäldes der europäischen Sicherheit. Ich möchte jedoch betonen, daß dies für uns - so paradox es klingen mag - nur von eingeschränkter Bedeutung ist. Für Rußland ist die Ausrichtung auf Europa nicht in erster Linie aus Sicherheitsgründen relevant - etwa weil die europäische Sicherheit in Frage steht und wir massive Konflikte befürchten;- , sondern der Weg nach Europa bedeutet für uns die Aufnahme in die Phalanx der hochentwickelten Staaten, und zwar unter annehmbaren Bedingungen.

Peter der Große, der diese Stadt gegründet hat, versuchte ja zunächst, Rußland den Weg nach Süden zu bahnen, wobei er durchaus einige Erfolge zu verzeichnen hatte. Später jedoch begriff er, daß der historische Weg Rußlands nach Europa führt. Deshalb mußte er das schwedische Imperium zerschlagen. Das kostete uns ungeheure Anstrengungen. Aber die Schweden sollten uns vielleicht sogar dankbar dafür sein; denn es geht ihnen heute weitaus besser als uns.

In Europa sind unsere Beziehungen zu zwei Staaten besonders wichtig: zu Frankreich und Deutschland. Es ist für Rußland von eminenter Bedeutung, daß Frankreich und Deutschland ihre Jahrhunderte andauernden Gegensätze und Streitereien überwunden haben. So stehen wir nicht mehr vor dem Dilemma, uns entweder für eine Allianz mit Frankreich oder mit Deutschland entscheiden zu müssen. Ohne die deutsch-französische Freundschaft würden sich hier für die praktische Politik große Probleme ergeben.

So wichtig unsere Beziehungen zu den USA, China und Indien auch sein mögen, in Fragen der europäischen Sicherheit würde ich unseren Beziehungen zu Frankreich und Deutschland unbedingt Priorität einräumen. Sicherheit hat, wie wir wissen, viele Dimensionen, und Waffen sind das letzte Argument. Jemand hat einmal gesagt, Waffen seien das Argument unfähiger Politiker. Ein guter Politiker wird es nie so weit kommen lassen, daß Waffengewalt angewendet wird. Es gibt aber Situationen, wo keine andere Möglichkeit bleibt. Ob wir wollten oder nicht, in Tadschikistan blieb uns keine andere Wahl. Den Krieg, der dort ausgebrochen ist, haben wir nicht zu verantworten. Aber wir versuchen, so wenig Waffen wie möglich einzusetzen - angesichts der bitteren Lehren aus dem Afghanistan-Krieg.

Wenn es um Sicherheit im weitesten Sinne geht, so ist die Zusammenarbeit zwischen Rußland und Europa zweifellos von größter Bedeutung. Dazu gehören intensive kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen und die Kooperation bei der Entwicklung von Hochtechnologien. Wir können auch auf die Erfahrungen in Deutschland und Frankreich zurückgreifen, wenn es um Aufbau demokratischer Institutionen geht.

In diesem weitgefaßten und fundamentalen Sinne sehen wir Europa. Nicht erst seit Peter dem Großen, sondern schon viel früher war dies eine führende Richtung in Rußland. Dies wird auch so bleiben, ungeachtet der Tatsache, daß wir seinerzeit natürlich auch ganz kräftig nach Osten marschiert sind, vielleicht sogar zu weit. Immerhin sind wir bis in die Mandschurei vorgedrungen und wären möglicherweise noch weitergegangen. Heute aber kehren wir in das Gebiet zurück, das unsere Großmacht begründet hat. Es gab eine Zeit, in der der Großfürst Jaroslaw der Weise eine Partnerschaft mit praktisch allen Königshäusern Europas einging. Damals war die Einheitlichkeit der europäischen Kultur weitaus größer als am Ende des kalten Krieges.

Wenn man also unsere Situation in einer historischen Dimension betrachtet, dann werden schon aus geschichtlichen Gründen jene starken Impulse verständlich, die auf die Wiederherstellung eines einheitlichen europäischen Kulturraumes abzielen. Dabei sind die Russen, wie mir ein italienischer Botschafter, der zugleich Professor war, sagte, Europäer in Asien. Wir haben natürlich sehr viele Interessen in Asien, und ich erinnere unsere europäischen Freunde immer wieder daran, daß wir unsere Aktivitäten in den Beziehungen zu Europa mit den möglichen Folgen für unsere Interessen in Asien in Einklang bringen müssen. Das ist nicht immer einfach. Es gibt koloniale Interessen und gleichzeitig nationale Interessen. Das sollte immer bedacht werden, wenn es um Überlegungen geht, die zum Beispiel unsere Zusammenarbeit mit der NATO und mit bestimmten Mitgliedsländern dieses Paktes betreffen.

von der Gablentz

Heute mittag habe ich gesprächsweise gelernt, daß man Jagdflugzeuge baut, die nur durch Software stabilisiert werden. So ähnlich verhält es sich auch mit der Sicherheitspolitik. Denn unsere Sicherheit wird weniger durch die militärischen Systeme, als vielmehr in den Köpfen der Menschen, der Software gewissermaßen, stabilisiert. Wohingegen eine Destabilisierung unserer Systeme durch das Instrument der Feindbilder, der Bedrohungsszenarien und anderer Dinge stattfindet. Davon haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten viel erfahren, etwa im Zusammenhang mit der Debatte über die NATO-Erweiterung oder mit den Wahlen in Rußland und den westlichen Reaktionen darauf.

Ich frage mich, wie man diese Software in den Köpfen der Menschen einsetzen kann, um das, was Herr Ruhe und Herr Kokoschin an stabilisierenden Elementen genannt haben, auch politisch zu stabilisieren. Das ist immer wieder auf zwei Wegen versucht worden. Das eine Stichwort heißt Transparenz, daß wir also möglichst auf militärische Geheimnisse verzichten. Darum hat man sich in der KSZE und in anderen Institutionen ständig bemüht. Vielleicht sind wir beim Aufgeben von militärischen Geheimnissen heute schon viel weiter, als auf beiden Seiten zugegeben wird. Dann sollten wir das einmal festschreiben, damit sich dieser Tatbestand auch in der Öffentlichkeit durchsetzt.

Zweitens: Zur Transparenz gehört vor allem gegenseitiges Vertrauen der Menschen. Dabei spielt ein Instrument eine große Rolle, das zwar seit langem eingesetzt wird, aber ständig Schwierigkeiten bereitet, nämlich der Austausch von Militärs. Je mehr die Militärs einander kennen, desto eher können beide Seiten auf Geheimnisse verzichten.

Bedrohungspereptionen, die zum Beispiel in Osteuropa gegenüber Rußland eine große Rolle spielen, und Feindbilder können auf diese Weise abgebaut und die instabilen Systeme durch Software etwas stabilisiert werden.

Meyer-Landrut

Was die Unsinnigkeit militärischer Geheimnisse angeht, Herr von der Gablentz, erinnere ich mich an ein Gespräch, das ich 1987 mit dem damaligen russischen Außenminister Gromyko führte. Ich hatte mich darüber geärgert, daß beim Anflug auf Moskau auch in der Lufthansa-Maschine stets daraufhingewiesen wurde, daß das Fotografieren auf dem Flughafen verboten sei. Gab es doch seit etlichen Jahren Satellitenphotos, die gewissermaßen jeden Quadratzentimeter des Moskauer Flughafens aufnehmen konnten. Das heißt, diese Maßnahme zur militärischen Geheimhaltung war durch die technische Entwicklung längst überholt. Gromyko fand meine Bemerkung übrigens ausgesprochen unpassend.

Gasteyger

Natürlich können wir sie nur begrüßen, wenn mehr Transparenz eingeführt wird; sie ist sicher eines der wichtigsten Mittel, um Mißtrauen abzubauen. Die Forderung nach zuviel Transparenz kann allerdings auch wieder verdächtig sein, solange es nicht oder nur unzureichend möglich ist, die offengelegten Daten zu verifizieren.

Herr Ruhe hat zu Recht das Thema "Mißtrauen abbauen" angesprochen - eine Forderung, die für beide Seiten gilt. In diesem Zusammenhang habe ich ein Problem mit der Formulierung "nahes Ausland", die Rußland für jene Staaten benutzt, die früher zur Sowjetunion gehörten. Rußland bewegt sich zwischen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Westen und einer an sich legitimen Behauptung eigener nationaler Interessen. Die Schwierigkeit beginnt genau da, wo es um die graue "Zwischenzone" dieses "nahen Auslands" zwischen diesen beiden Bereichen geht.

Vergleicht man die Erklärungen von Außenminister Kosyrew in den letzten Jahren, dann stellt man einen deutlichen Wandel in der Akzentsetzung der russischen Außenpolitik gegenüber dieser Zwischenzone fest. Zunächst herrschte eine vom Westen natürlich begrüßte prowestliche Orientierung vor; seit etwa einem Jahr dominiert jedoch die wesentlich stärkere Betonung der russischen nationalen Interessen. Ich halte das für unvermeidlich und auch für legitim. Daß sich Rußland wieder stärker als eigenständige Großmacht zur Geltung bringt, ist etwas, womit wir zweifellos rechnen müssen. Man müßte sogar mißtrauisch werden, wenn dem nicht so wäre.

Auf der anderen Seite führt dies allerdings Rußland zu einer Gratwanderung zwischen einer demokratisch kontrollierten Außenpolitik und der Rückkehr zu imperialen Traditionen. Letzteres mag dann auch als Ersatz für eine fehlende innenpolitische Legitimität der Regierenden dienen als Instrument, um innenpolitische Gruppen in eine gemeinsame Politik einzubinden. Das ist zwar verständlich, aber nicht ungefährlich.

Damit stellt sich die für uns sehr wichtige, aber schwer zu beantwortende Frage nach Rolle und Einfluß der Militärs in der russischen Politik gerade auch bei der Formulierung außenpolitischer Ziele. Herr Kokoschin hat auf die Ereignisse in Zentralasien, in Moldawien und anderswo hingewiesen. Ob die 14. Armee in Moldawien tatsächlich als Friedenshalter aufgetreten ist, wie Herr Kokoschin meinte, darüber gibt es sehr verschiedene Ansichten wie auch darüber, was die russische Armee in Abchasien und in Georgien getan hat. Die Frage ist doch nicht ganz unberechtigt, wie weit die Militärs dort mehr oder weniger in eigener Regie vorgegangen sind, ohne daß die Moskauer Zentrale darüber immer genau informiert wurde - oder es vielleicht auch nicht so genau wissen wollte. Sind dies Vorläufer einer Wiederherstellung und Sicherung einer russischen Vormachtstellung im "nahen Ausland", oder ist es lediglich eine vorwiegend selbstlose Hilfe zur Befriedung und Stabilisierung ehemaliger "Familienangehöriger"?

Was ich jenseits dieser Fragen außerordentlich ermutigend finde, ist, in Herrn Kokoschin den ersten zivilen stellvertretenden Verteidigungsminister begrüßen zu können. Ich verfolge Ihre Karriere, Herr Kokoschin, seit vielen Jahren mit großer Bewunderung; in Ihrer Berufung zu diesem Amt sehe ich einen Fortschritt in Richtung einer "Zivilisierung" der russischen Militärpolitik. Vielleicht wird der nächste russische Verteidigungsminister selber auch nicht mehr ein Militär sein, sondern, wie Herr Ruhe, ein Zivilist.

Noch ein Wort zur Ukraine. Die Frage nach ihrem künftigen Schicksal stellt sicher eine der großen wirtschaftlichen, vor allem aber geopolitischen Sorgen nicht nur Rußlands, sondern ganz Europas dar. Ich meine, in Moskau sollte man eine stärkere Unterstützung des Westens für die Aufrechterhaltung der ukrainischen Unabhängigkeit nicht als unfreundlichen Akt gegen Rußland betrachten, sondern als einen Beitrag zur Erhaltung der Stabilität in ganz Europa.

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Kokoschin fragen, wie er den von Herrn Ruhe erwähnten Terminus "Mitentscheidung" oder "Mitsprache" Rußlands im Falle seines Beitritts zu der von der NATO angebotenen "Partnerschaft für den Frieden" operationell versteht? Wie soll sich eine russische Sonderstellung in diesem größeren Rahmen der "Partnerschaft für den Frieden" gestalten? Gibt es dann umgekehrt auch Minderberechtigte?

Herr Ruhe hat am Schluß seiner Ausführungen auf die gemeinsamen deutsch-russischen Manöver hingewiesen, die für die kommenden Jahre geplant sind. Sie sind politisch und psychologisch sehr wichtig. Meine Frage ist indes: Werden solche Manöver in einen weiteren europäischen Rahmen eingebettet? Es wäre schön, wenn Sie dem zustimmen würden; denn sie selber wissen um die Empfindlichkeit der Nachbarn Deutschlands, wo der Verdacht eines zu starken deutsch-russischen Zusammengehens aufkommen könnte.

Zagorski

Herr Ruhe hat zu Recht die widersprüchlichen Entwicklungen der russischen Außenpolitik in der GUS erwähnt. Ich muß zugeben, daß meine eigene Analyse der GUS-Entwicklungen und der russischen GUS-Politik mitunter nicht weniger düster aussieht als die meiner Kollegen aus dem Westen. Aber der Schlüssel für diese Entwicklungen ist nicht so einfach zu erkennen.

Ich würde zum Beispiel nicht von einer imperialen Politik Rußlands sprechen, Herr Gasteyger, sondern zwischen Integration und Reintegration unterscheiden. Es ist klar festzustellen, daß die russische Politik zur Zeit auf die Reintegration ausgerichtet ist. Allerdings ist auch nicht zu übersehen, daß die meisten GUS-Staaten wirtschaftlich an einer zumindest kurzfristigen Reintegration interessiert sind, weil sie in einer tiefen Wirtschaftskrise stecken. Auch die westliche Politik hat in den letzten beiden Jahren einiges zur Reintegration der GUS beigetragen, ohne daß ich dem Westen dafür die Schuld in die Schuhe schieben will.

So ist sicher richtig, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen zunächst von völlig überzogenen Erwartungen der GUS-Staaten ausgegangen ist, die natürlich unerfüllt blieben - sehr zur Enttäuschung der GUS-Länder. Der Westen kann diesen Staaten nicht entscheidend helfen, um die Wirtschaftskrise zu überwinden. Da müssen sie sich an Rußland wenden und auch die entsprechenden politischen Konsequenzen ziehen.

Was die Friedenssicherung in der GUS angeht, so ist da zwar viel durch die KSZE und durch die UNO geleistet worden. Doch das reicht meiner Meinung nach nicht aus. Hier ist die durchaus legitime Frage: Wenn Ihr nicht genügend tut, was sollen wir dann machen? Mein Eindruck ist, daß der Westen durch zuviel Passivität dazu beigetragen hat, daß es zur Zeit diese Tendenzen in der GUS-Politik Rußlands gibt. Macht der Westen sich Gedanken darüber, was er über Deklarationen und Mahnungen hinaus tun kann, damit die Entwicklung in eine andere Richtung geht?

Stürmer

Kann man eigentlich so sicher sagen, daß es einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen demokratischer Außenpolitik und imperialer Tradition gibt? Wir brauchen dabei nicht auf Rußland zu blicken, sondern nur den Blick auf Amerika zu lenken, wo sich demokratische Verfassung und imperiale Außenpolitik mitunter hervorragend miteinander zu vertragen scheinen. Auch in der Geschichte Frankreichs oder Großbritanniens ist das nicht gerade ein tiefer Gegensatz. Liegen wir also mit dieser theoretischen Prämisse, auf die der Westen ganze Luftschlösser baut, wirklich richtig? Ich weiß, daß diese Frage sozusagen nicht "politisch korrekt" ist, möchte sie aber trotzdem stellen.

Auch der Begriff "nahes Ausland" schillert in vielen Farben. Warum soll Rußland zu seinem Umfeld, das über viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte mit ihm wirtschaftlich und politisch eng verbunden war, nicht wieder in einem freundschaftlich nachbarschaftlichen Verhältnis leben - so wie es die Amerikaner mit Mexiko und Kanada, die Luxemburger mit Frankreich und Deutschland haben? Es bilden sich auch anderswo große Wirtschaftszonen. Was ist so falsch daran, wenn Rußland dies ebenfalls versucht? Ich sehe dies nicht als verkehrt an. Es gibt aber eine Grenze, über die wir ernsthaft und realistisch reden müssen, damit keine Mißverständnisse aufkommen.

Ich sehe zur Zeit, wie Herr Gasteyger, das europäische Sicherheitsproblem Nummer eins in der Ukraine. Denn hier überlagert sich eine Fülle von Problemen: ein offenkundig in sich instabiles Land, das sich in einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation befindet; energiepolitisch weitgehend abhängig von Rußland, ohne in der Lage zu sein, seine Energierechnungen zu bezahlen, aber auch ohne die Bereitschaft, beispielsweise die Flotte, die Nuklearwaffen oder die Krim nach alter Sitte zu verpfänden. Wenn man nicht zahlen kann, muß man verpfänden. Das war zu allen Zeiten so.

Hier baut sich ein immer größeres Konfliktpotential auf, das sich nach den nächsten Wahlen in der Ukraine noch verschärfen kann. Da drohen Mißverständnisse auf allen Seiten. Über diese Frage kann man gar nicht offen genug miteinander reden - übrigens unter Einbeziehung der Ukrainer, die selbst bisher wenig getan haben, um aus ihrer mißlichen Lage herauszukommen.

Es gibt zweifellos ein starkes Interesse des Westens an der Stabilität Rußlands. Dabei sollten wir uns hüten, unsere Maßstäbe von Demokratie, Föderalismus und anderen schönen Dingen unbesehen auf Rußland zu übertragen und es daran zu messen. Rußland wird im besten Falle seine eigene demokratisch-föderale, rechtsstaatliche Struktur bekommen, im schlimmsten Falle weder das eine noch das andere. Aber es wird in keinem Falle Amerika oder Deutschland folgen.

Bei allem Interesse an der Stabilität Rußlands und der Integration des östlichen Wirtschaftsraumes müssen wir uns gleichzeitig die tiefen Gegensätze und Konfliktmöglichkeiten bewußtmachen. Wenn

ich es recht sehe, haben Herr Kokoschin und Herr Kosyrew vor kurzem Formulierungen gebraucht, und zwar in der New York Times, die erklärungsbedürftig sind. Da hieß es, Rußland werde niemals irgend jemandes kleiner Bruder sein. Ja, wer verlangt dies denn von Rußland? Und Kosyrew hat kurz darauf geäußert, es sei naiv zu glauben, die Interessen von Weltmächten wie Rußland und Amerika könnten immer harmonisch abgestimmt sein, nein, sie stünden aggressiv gegeneinander, und es komme darauf an, für diese Gegensätze Kompromisse zu finden.

Die Interessenlage der beiden Mächte ist mit anderen Worten zwar nicht unversöhnlich, aber doch gegensätzlich. Ich frage mich: Was ist eigentlich der Anlaß für solche Erklärungen? Wenn das der Rauch ist, wo ist dann das Feuer? Was bringt die Führer der russischen Außen- und Sicherheitspolitik dazu, gerade jetzt eine solche Demarkationssprache zu gebrauchen? Wird uns da eine Warnung gegeben, die wir noch nicht ganz verstehen? Oder ist gemeint: In allem, was in Jugoslawien oder im Nahen Osten passiert, wollen wir einbezogen sein? Aber man ist doch einbezogen; es geschieht nichts gegen den Willen Rußlands. Noch einmal die Frage: Was veranlaßt zwei so wichtige Persönlichkeiten wie Außenminister Kosyrew und den stellvertretenden Verteidigungsminister Kokoschin, an prominenter Stelle solche Erklärungen abzugeben?

Reiter

Herr Hornhues meinte vorhin, für ihn sei es ein eigenartiges Gefühl, in dieser Stadt, in diesem Kreise reden zu können. Sie werden verstehen, daß dieses Gefühl für mich als Pole noch seltsamer ist. Ich kann mich noch gut an den Bergedorfer Gesprächskreis 1992 in Tallinn erinnern, der eine leidenschaftliche Debatte zwischen Teilnehmern aus Rußland und aus einigen Ländern brachte, die kurz zuvor noch zur Sowjetunion gehört hatten. Ich war damals froh, daß ich mich nicht in einer Situation befand, ebenso leidenschaftlich gegen die Russen polemisieren zu müssen. Daran möchte ich auch heute unbedingt festhalten; doch das muß dann ebenso für die andere Seite gelten.

Herr Sobtschak sprach von der postkommunistischen Welt, für die Rußland repräsentativ sei. Ich halte das für einen irreführenden Begriff. Es gab zwar die kommunistische Welt, aber sie war nie eine echte Gemeinschaft, sondern wurde künstlich durch Macht zusammengehalten. Wenn man heute von der postkommunistischen Welt oder vom ehemaligen Ostblock oder gar vom "Osten" schlechthin spricht, sind dies Begriffe, die sich auf den Status quo ante beziehen, aber mit der heutigen Realität nichts zu tun haben. Dabei ist es nicht nur eine Frage der Wahrnehmung, sondern vor allem auch der Politik. Denn wenn man die Realität falsch beschreibt, kann man daraus keine richtige Politik ableiten.

Ich halte es für völlig falsch, eine gemeinsame Politik für diesen nur negativ definierten Raum konzipieren zu wollen. Das würde bedeuten, alle Länder auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu drücken. Wem sollte das aber helfen? Im Interesse der Entwicklung - und das heißt ja auch der Stabilisierung;- , liegt das gewiß nicht.

Herr Kokoschin begrüßte, daß die russische Politik nicht mehr vor dem Dilemma steht, entweder mit Deutschland oder mit Frankreich zusammenzugehen. Auch wir in Polen können nur froh darüber sein, daß es diese Alternative nicht mehr gibt. Das sogenannte Weimarer Dreieck, das heißt die Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, ist etwas in der Geschichte dieser drei Länder völlig Neues.

Aber ich möchte noch ein anderes Dilemma aufgehoben sehen, nämlich das polnische Dilemma: mit Deutschland gegen Rußland oder mit Rußland gegen Deutschland. Ich sehe dieses Dilemma für Polen heute nicht. Wenn wir eine Einbindung in die westliche Integration suchen, dann hat das mit der alten nationalen Bündnispolitik nichts zu tun.

Das heißt, es ist keine Entscheidung für Deutschland und gegen Rußland. Wer das nicht begreift, der versteht nichts von den Veränderungen, die in Europa in den vergangenen 40 Jahren eingetreten sind.

Die Integration bedeutet freilich keine Aufhebung der nationalen Interessen, aber sie bietet Mittel, diese zu harmonisieren. Ich wünsche mir, daß dieses Modell, das gewiß kein vollkommenes ist, nach Ostmitteleuropa ausgedehnt wird. Ich wünsche es mir als Pole auch im Interesse guter polnisch-russischer Beziehungen. Wenn die russische Politik die Aufhebung des deutsch-französischen Gegensatzes als segensreich empfindet, dann kann sie doch nichts dagegen haben, daß Polen denselben Weg wie diese beiden Länder gehen will.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß es für Rußland ein Verlust wäre, wenn seine mitteleuropäischen Partner, die sogenannte Visegrader Gruppe, in die Disziplin der europäischen oder auch der transatlantischen Gemeinschaft eingebunden werden. Die Alternative, die ich völlig falsch finden würde, wäre zum Beispiel ein Zusammenschluß der früheren Satelliten der Sowjetunion, eine Art

Integration, die sie aus dem Gefühl der gemeinsamen Bedrohung heraus zustande brächten. Denn in irgendeiner Form müßten sie doch versuchen, die enorme Machtüberlegenheit Rußlands auszubalancieren, wenn sie ihrem eigenen Schicksal überlassen würden.

Ich habe heute in der Diskussion gehört, man wisse, was Rußland heute in Mitteleuropa wolle. Ich weiß es nicht. Ich glaube zwar zu wissen, was Rußland in Mitteleuropa nicht will, aber ich weiß wirklich nicht, welche positiven Ziele es sich in dieser Region setzt. Auf die Gründe will ich nicht näher eingehen. Wenn man aber in russischen Reaktionen manchmal den Reflex alter Gewohnheiten erkennt, dann liegt es auch daran, daß positive Ziele fehlen. Für die dauerhafte Verständigung zwischen den Völkern dieser Region und Rußland ist das nach meiner Meinung ein Handicap.

Vor zwei Tagen habe ich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Bericht über die Bedenken eines russischen Politikers gegen die Assoziierung der mitteleuropäischen Länder mit der WEU gelesen. Die Assoziierung, hieß es, sei nur ein Versuch dieser Länder, durch eine Hintertür in die NATO hineinzukommen. Wird das in Rußland wirklich so gesehen? Das wäre ein beunruhigendes Signal. Denn dieselben Bedenken könnten auch gegen die Annäherung der mitteleuropäischen Länder an die Europäische Union vorgetragen werden. Das würde aber das Kernelement der Politik Polens und der anderen Länder der Visegrader Gruppe treffen und zwischen diesen Ländern und Rußland eine tiefe Kluft entstehen lassen.

Schmidt-Häuer

Herr Stürmer hat zu Recht gesagt, wir dürften unsere westlichen Vorstellungen und Maßstäbe nicht einfach auf Rußland übertragen. Genau das hat aber im Grunde seit dem 8. Dezember 1991 unser Verhältnis zu Rußland bestimmt, wenngleich daran Herr Jelzin und Herr Kosyrew selber nicht ganz unschuldig waren.

Herr Reiter sagte eben, er wisse nicht, was Rußland in Mitteleuropa wolle. Mein Eindruck ist, die russische Führung wußte nach dem Zerfall der Sowjetunion zunächst überhaupt nicht, was denn russische Außenpolitik sein sollte. Die Ablösung Gorbatschows und die Auflösung der Sowjetunion waren pragmatische Machtpolitik ohne jeden Gedanken an eine künftige Außenpolitik. Erst allmählich hat sich dann wieder eine stark russisch betonte Außenpolitik herausgebildet, nachdem im Vertrag zwischen Rußland, der Ukraine und Weißrußland zunächst nur das Ende der Sowjetunion konstatiert worden war.

Zur neo-patriotischen Entwicklung hat auch der Westen seinen Teil beigesteuert. Zunächst haben wir Herrn Kosyrew sehr gelobt, weil er anscheinend alles das befürwortete, was wir auch im Westen gut fanden. Seit er jedoch eine andere Politik verfolgt, warnen wieder alle vor ihm. Ein großer Teil der westlichen Presse kommentiert nun wieder einseitig, Kosyrew sei ein nationalistischer Außenminister im alten hegemonialen Sinne.

Ich halte das für eine ungerechte Beurteilung. Denn Demokraten und Reformer stehen in Rußland unter dem Druck einer nationalistischen Entwicklung, die durch die inneren sozialen Nöte verstärkt wird. Sie sind auf der verzweifelten Suche nach einer nationalen, neue Identität stiftenden Vision für das zukünftige Rußland. Das gelingt nicht, ohne daß man an die Selbstdarstellung einer Großmacht wieder anknüpft. Da kann man nicht einfach und bescheiden die Außenpolitik einer Mittelmacht anbieten.

Wir haben im Westen auch versäumt, klar dazustellen, unter welchem Druck sich die russischen Bevölkerungsteile im sogenannten nahen Ausland befinden. Sicher, ihr Schicksal wird heute in Rußland von vielen Gruppierungen instrumentalisiert, die ihr eigenes Süppchen kochen wollen. Aber im Westen macht man sich keine deutliche Vorstellung von dem, was dort geschieht. Nicht nur in Tadschikistan, auch in Kasachstan und in Usbekistan sehen sich Hunderttausende von Russen einem rassistischen Druck ausgesetzt. Zum Teil zahlt man ihnen das heim, was sie früher selbst gegenüber den einheimischen und anderen Nationen praktiziert haben. Aber der jetzige Druck bedroht diese russische Bevölkerung in ihrer Existenz. Die Folge ist ein wachsender Strom von Umsiedlern und Flüchtlingen aus jenen Republiken nach Rußland. Wo aber soll Rußland mit diesen Menschen hin, für die nicht irgendein westliches Land Wohnungen baut, wie Deutschland es für die abziehenden russischen Soldaten tut?

Auch mit der Ukraine verhält es sich nicht so, daß nur der lange Arm der bösen Russen dieses Land wieder heimholen will. Im Donbass in der Ukraine ist die Mehrheit der Bevölkerung russisch. Die russischen Bergarbeiter erhalten dort nur die Hälfte des Lohnes, den sie jenseits der Grenze in Rußland, etwa in Rostow am Don, verdienen können.

Meyer-Landrut

Viel weniger als die Hälfte.

Schmidt-Häuer

Wenn sie aber als Gastarbeiter übergehen, stehen sie dort nicht unter Tarifschutzbedingungen. Diese Leute wollen gern einen russischen und einen ukrainischen Paß haben. Das gleiche gilt für einen großen Teil der Bevölkerung auf der Krim. Aber sowohl die Russen im Donbass als auch die Russen auf der Krim haben noch vor zwei Jahren für die ukrainische Souveränität gestimmt. Die sozialen, wirtschaftlichen und auch die politischen Bedingungen - die Fortsetzung des alten kommunistischen Trotts durch Präsident Krawtschuk und andere - führten jedoch dazu, daß die russische Bevölkerung in der Ukraine heute für Rußland optiert. Das wird natürlich von vielen politischen Gruppierungen in Rußland ausgenutzt.

Ich meine, im Westen müßten wir diese komplizierten Bedingungen sehr viel gründlicher als bisher analysieren und darstellen.

Ponomarjow

Ich bin sehr froh, daß die für uns sehr schmerzliche Flüchtlingsproblematik von Herrn Schmidt-Häuer aufgegriffen wurde und nicht von russischer Seite. Das zeigt, daß diese Probleme auch auf westlicher Seite gesehen werden. Hunderttausende von Menschen sind plötzlich heimatlos geworden - nicht aufgrund eigenen Verschuldens. Sie leben praktisch ungeschützt in einem rechtsfreien Raum.

Gerade die Flüchtlinge haben heftige Konflikte verursacht, nicht in Rußland, aber ich denke nur an Aserbaidschan, wo es schwere, blutige Auseinandersetzungen gegeben hat. Deshalb kann Rußland diese Entwicklung nicht ignorieren, auch wenn es ihr lange Zeit nur geringe Bedeutung beigemessen hat. Die Sorge um unsere Landsleute ist auch kein Zeichen für eine neo-imperialistische Politik. Ich wäre froh, wenn unsere westlichen Kollegen dies allmählich erkennen würden.

Herr Kokoschin hat von den friedentiftenden Aktionen unserer Armee gesprochen, denen man im Westen kaum Rechnung trägt, obwohl Rußland auf diesem Gebiet über Erfahrungen verfügt. Ich denke nur an die Aktionen in der Dnjestr-Republik und in Nordossetien, wo sich die Lage trotz aller Anstrengungen noch längst nicht stabilisiert hat. Die Hoffnung ist jedenfalls verfrüht, daß die Unruhen dort in nächster Zeit beendet sein werden, auch wenn im Augenblick wenigstens kein Blut fließt, was vor allem dem umsichtigen Verhalten der russischen Armee zu verdanken ist. Dieser Erfolg ist angesichts der angespannten innenpolitischen Lage in Rußland, wo Politiker von links und von rechts Einfluß auf die Armee zu nehmen versuchen, um so höher zu bewerten. Ich meine, auch der Westen sollte verstehen, was Rußland hier erreicht hat.

Natürlich zielt die russische Politik nicht darauf, auf Dauer solche friedentiftenden Aktionen allein durchzuführen. Das könnte dann in der Tat als neo-imperialistische Politik verstanden werden. So hat Kosyrew kürzlich gesagt, wir seien bereit, bei solchen Konflikten eine internationale Beteiligung zu erwägen. Rußland bemühe sich bereits um ein UNO-Mandat für friedentiftende Maßnahmen, damit diese Konflikte nicht als rein innerrussische Angelegenheit verstanden werden. Das würde den Vorwurf einer neo-imperialistischen Politik entkräften. Auf diese Weise könnte auch die finanzielle Bürde, die Rußland für diese Aktionen tragen muß, verringert werden.

Am akutesten stellt sich die Situation zur Zeit in Grusinien dar. Je schneller dort eine internationale Beteiligung an friedentiftenden Maßnahmen zustande kommt, desto eher kann dieses Problem gelöst werden. Wir sollten hier keine Zeit verlieren; denn jeden Augenblick kann es dort zu neuem Blutvergießen kommen. Rußland könnte auch mit der UNO verabreden, daß rein symbolisch UNO-Soldaten gemeinsam mit russischen Truppen eingesetzt werden. Das wäre schon ein großer Schritt vorwärts.

Meyer-Landrut

In der Tat hat jetzt eine deutsche militärische Mission im UNO-Rahmen in Georgien ihre Tätigkeit aufgenommen. Das hat bisher aber nur symbolischen Charakter.

Rühe

Zur Zeit sind es zwei Soldaten; gedacht ist an sechs Soldaten. Aber nicht die Quantität entscheidet in diesem Falle, sondern die Tatsache, daß die Deutschen überhaupt beteiligt sind.

Höynck

Herr Stürmer hat zu Recht betont, daß Rußland legitime Interessen außerhalb seiner Grenzen hat, diese Interessen aber nicht unbeschränkt wahrnehmen darf. Die beste Lösung wäre hier sicher eine Internationalisierung der Maßnahmen, was aber im Rahmen der Vereinten Nationen zum Teil aus strukturellen Gründen schwierig ist. Denn als friedenserhaltende Maßnahmen der Vereinten Nationen werden Operationen, die Rußland in Staaten führt, die zur GUS gehören, nicht ohne weiteres akzeptiert.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist in diesem Punkte sehr zurückhaltend; ebenso der Sicherheitsrat. Wir diskutieren diese Frage auch im Rahmen der KSZE intensiv und sind einer Lösung schon recht nahe gekommen, um von Fall zu Fall einen internationalen Rahmen bieten zu können. Dazu würde dann auch gehören, daß sich andere Staaten, insbesondere Nicht-GUS-Staaten, mit kleineren Kontingenten an einer solchen Operation beteiligen.

In diesem Zusammenhang ist jetzt für Georgien, und zwar in Abchasien, eine UN-Debatte angelaufen. Die KSZE hat in Ossetien eine Mission stationiert, der auch Militärs angehören. Wir sind gerade dabei, in guter Zusammenarbeit mit der in Ossetien dislozierten Peacekeeping-Truppe, die aus Russen, Südosseten und Georgiern besteht, ein größeres KSZE-Kontingent beizuordnen, um hier einen internationalen Rahmen herzustellen.

Ich halte jedenfalls die Internationalisierung, über die jeweils im konkreten Fall entschieden wird, für die beste Möglichkeit, um solche Operationen in einer für alle Beteiligten akzeptablen Weise durchzuführen.

Pain

Herr Kokoschin hat daraufhingewiesen, daß bei Fragen der Sicherheit durchaus nicht alles davon abhängt, was Jelzin oder Krawtschuk oder irgendein anderer politischer Führer will, beziehungsweise welche Interessen oder Absichten einzelne Staaten verfolgen. Ich möchte von Prozessen sprechen, die für Rußland ein Problem darstellen und den Weg zur gesamteuropäischen Sicherheit behindern.

Nach weitgehender Überwindung der bipolaren Welt stellt sich nicht nur für die europäischen Staaten die Aufgabe, die bisherige Sicherheitskonzeption zu verändern. So haben wir es bei der Lösung lokaler Konflikte nicht mehr mit einem bestimmten Feind mit klar erkennbaren Interessen zu tun, sondern wir treffen auf instabile Gruppen, die sich verändern oder sogar zerfallen können und die keine fest definierten Ziele verfolgen. Es ist schwierig, diese Gruppierungen klar zu benennen. Wer kämpft zum Beispiel in Tadschikistan gegeneinander? Am Anfang meinte man, Kommunisten würden gegen Demokraten kämpfen. Dann sprach man von islamischen und nicht-islamischen Kräften, und schließlich hieß es, es handele sich um Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Sippen. Die Wirklichkeit ist noch komplizierter; denn an allen drei Ansichten ist etwas dran.

Statt klarer Ziele und Objekte, auf die rivalisierende Parteien ihre Raketen richten können, gibt es bewegliche Basen und wechselnde Standorte, die sich kaum lokalisieren lassen. Anstelle der bisherigen Militärblöcke entstehen jetzt neue Machtgruppierungen, etwa die Wiedergeburt mittelalterlicher ethnischer oder konfessioneller Vereinigungen. Wir erleben bereits eine islamische Solidarisierung in Bosnien und Tadschikistan; in Rußland spricht man von einer slawisch-orthodoxen Solidarisierung.

Abchasen und Adygejen bilden heute ein Bündnis gegen Grusinien, mit dem die grusinischen, aber auch die russischen Machthaber rechnen müssen. Sehr gefährlich werden kann - ich meine potentiell, nicht aktuell - auch der russische Hang zur Gewaltanwendung. Das gilt vor allem für die russische Bevölkerung auf der Krim und in Nordkasachstan. In geringerem Maße besteht auch eine gewisse Bedrohung durch gewaltbereite Gruppen zum Beispiel im Baltikum. Derartige Bedrohungen könnten auf der Krim akut werden. Sie könnten sogar die gesamte politische Lage in Rußland selbst destabilisieren und der Entwicklung eines russischen Nationalismus Vorschub leisten.

Bisher konnten größere Konflikte auf russischem Boden vermieden werden, weil die russische Bevölkerung an keinem der bestehenden Konflikte ein unmittelbares eigenes Interesse hatte. Zudem hat sich der russische Nationalismus im Vergleich zum Nationalismus anderer Völker Rußlands wie auch anderer GUS-Staaten als relativ schwach ausgeprägt erwiesen. Doch die Situation kann sich ändern, wenn das nationale Selbstbewußtsein wieder stärker wird oder wechselnde Gruppierungen größere Konflikte entfachen, indem sie das Nationalgefühl der Massen schüren. Ich denke etwa an Kosaken, Flüchtlinge, Heimatlose oder das Lumpenproletariat. Die Situation kann sich zuspitzen, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und die soziale und wirtschaftliche Lage im Lande sich verschlechtert.

Rußland kann also zu einer Bedrohung für die ganze Welt werden, wenn es den Weg zur Demokratie verläßt und von der Krankheit des Nationalismus befallen wird. Eine europäische Sicherheit ohne Rußland kann es heute jedenfalls nicht geben, besonders dann, wenn es um die Beilegung ethnischer Konflikte etwa im Kaukasus oder in Grusinien geht. Diese Konflikte können ohne den friedentiftenden Einfluß Rußlands nicht gelöst werden. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz von Soldaten; ich meine den politischen Einfluß Rußlands.

In Genf werden seit einigen Monaten Gespräche zwischen Grusinien und Abchasien unter der Führung der KS ZE geführt. Sie können noch weiß Gott wie lange dauern. Ein Ergebnis ist aber nur dann zu erwarten, wenn die politischen Bedingungen geschaffen sind, die beiden Seiten eine Übereinkunft ermöglichen oder sie dazu zwingen. Aber wer kann diese Bedingungen schaffen? Nur Rußland, von dessen wirtschaftlicher Hilfe die eine wie die andere Seite abhängt; nur Rußland, mit dessen Waffen beide Seiten kämpfen; nur Rußland, an dessen politischem Patronat beide Seiten interessiert sind. Die geografischen und historischen Tatsachen drängen Rußland diese Rolle auf und machen es für die europäische Sicherheit so ungeheuer wichtig. Wenn der Westen diese Zusammenhänge begreift, muß er in der Lage sein, einen eventuellen Mißbrauch friedenschaffender Maßnahmen zu verhindern, was auf verschiedene Weise möglich wäre. Diese Gefahr besteht im übrigen überall; auch in England, in Frankreich oder irgendeinem anderen Land könnte es dazu kommen.

Ich will damit nicht sagen, daß in Rußland die Neigung zu solchen Handlungen zunimmt. Wir alle sollten jedoch bei den Sicherheitsproblemen und der Zusammenarbeit zwischen Rußland und dem Westen, besonders im Hinblick auf die Beilegung lokaler Konflikte, diesen Aspekt berücksichtigen.

Weisser

Herr Kokoschin hat in seiner strategischen Analyse zu Recht daraufhingewiesen, daß die Gefahr großer Konflikte weiterhin besteht und vor allem in Asien zu globalen Erschütterungen des heutigen internationalen Systems führen kann. Er hat dabei insbesondere Korea genannt. Ein Nordkorea, das über nukleare Waffen verfügt, würde in der Tat die strategische Balance zwischen Japan, China und Korea aus den Angeln heben. Die Folgen lassen sich sicher nicht auf dieses regionale Dreieck beschränken.

Zugleich würde damit das Unvermögen der Vereinten Nationen offenbar werden, die Proliferation von nuklearen Waffen und die Entstehung neuer Nuklearmächte zu verhindern. Das hätte weitreichende Wirkungen auch auf andere Staaten, insbesondere an der Peripherie Rußlands, aber ebenso in der weiteren europäischen Peripherie.

Was wir in diesem Zusammenhang erkennen müssen, ist, daß den strategischen Herausforderungen, die sich hier auftun, nur gemeinsam begegnet werden kann. Das gilt gleichermaßen für Westeuropa und die Vereinigten Staaten sowie für Osteuropa und Rußland.

Demgegenüber ist die Frage, wie die gegenwärtige Instabilität in Osteuropa überwunden werden kann, von völlig anderer Qualität. Da sollte man nicht mehr von Bedrohung sprechen, sondern nach effektiven Kooperationsstrukturen fragen, die auch im Sinne einer Krisenvorbeugung funktionieren können.

Morel

Unser Gespräch macht einmal mehr deutlich, daß Rußland seine nationalen Interessen noch nicht klar definiert hat. Daher kommen verschiedene Erklärungen, die uns im Westen erstaunen. Vielleicht haben wir in dieser Hinsicht von Rußland zu viel erwartet. Solche Prozesse brauchen Zeit und müssen auch die internationalen Beziehungen berücksichtigen.

Früher war das bipolare System das Fundament für die Sowjetunion; jetzt gibt es eine multipolare Welt, und Rußland tut sich noch schwer, sich die Existenz eines neuen internationalen Systems klarzumachen - wenn es ein solches überhaupt schon gibt. Wenn es keines gibt, steht lediglich fest, daß die USA die einzig verbliebene Weltmacht sind. Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat Rußland seine Rolle in der Welt noch nicht wiedergefunden. Dieser Umstand birgt gewisse Gefahren in sich. Dabei sollten sich beide Seiten bemühen, die bestehende Unsicherheit besonders auf russischer Seite nicht noch zu verstärken. Dafür ist der multilaterale Prozeß wichtig.

Die Mitwirkung der KSZE ist sehr wichtig. Die Prinzipien sind an sich klar; nur in methodischer Hinsicht gibt es im heutigen Europa Defizite. Ich meine, wir müssen unsere Anstrengungen im Rahmen der KSZE noch verstärken. Das betrifft zum Beispiel die Fragen der Minderheiten. Es gibt jetzt zwar einen Minderheitenkommissar, aber es stellt sich eine Reihe praktischer Probleme, etwa bei der Frage einer

doppelten Staatsangehörigkeit, die gegenwärtig in Rußland diskutiert wird. Welche Bedingungen sollten dabei erfüllt sein und welche Konsequenzen sind damit verbunden? Wie lange haben wir in Europa an dem Thema Anerkennung und Unverletzlichkeit der Grenzen gearbeitet? Wohl an die zwanzig Jahre. Im Gegensatz dazu stellt sich die Frage einer Respektierung von Minderheitsrechten erst seit kurzem.

Natürlich war es gefährlich von Rußland, eine doppelte Staatsangehörigkeit in der GUS zu fordern, ohne die Bedingungen vorher diskutiert zu haben. Denn dabei gibt es erhebliche juristische und politische Probleme zu bedenken. In Turkmenistan zum Beispiel ist das relativ unproblematisch; für andere Länder ist das weitaus schwieriger. Und wenn es eine doppelte Staatsangehörigkeit gibt, wird der Minderheitenschutz um so wichtiger. Diese Problematik weist viele Facetten auf. Deshalb sollte sie in einem multilateralen Rahmen bearbeitet werden. Außer der KSZE sehe ich dafür keine andere Plattform, die sich dafür eignen würde.

Hier ist mehrfach zu Recht die besondere Situation der Ukraine angesprochen worden. Alle Bemühungen um diese Problematik sind bisher ergebnislos verlaufen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die Übertragung von Schulden der ehemaligen UdSSR, worum sich der Pariser Club monatelang, wenn nicht jahrelang bemüht hat. Schließlich hat man einen komplizierten multilateralen Vertrag zustande gebracht, in dem die Bedingungen im einzelnen festgelegt waren. Um kein anderes Land hat sich der Pariser Club so sehr bemüht wie um die Ukraine. Wenn andere Länder um eine Umschuldung nachsuchen, müssen sie für gewöhnlich nach Paris fahren. In diesem Falle waren die zuständigen Direktoren persönlich in Kiew, um Präsident Krawtschuk zu überzeugen, was ihnen dann schließlich auch gelungen ist.

Ein weiteres Beispiel im Zusammenhang mit der Ukraine betrifft die Atomwaffen und die Ratifizierung des Vertrages über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen. Wir alle erinnern uns noch daran, als vor zwei Monaten ein dreiseitiges Abkommen in Moskau unterschrieben wurde. Das war ein historisches Ereignis. Zwei Jahre hat die Vorbereitungsphase gedauert, um diese komplexe Problematik in den Griff zu bekommen.

Wenn wir die Bedingungen in der Ukraine generell betrachten, etwa auf dem Wirtschaftssektor, können wir vielleicht ermessen, wieviel da noch zu tun bleibt. Selbst bei den oben erwähnten klar definierbaren Problemstellungen hat es ungeheurer Anstrengungen bedurft, um zu positiven Ergebnissen zu gelangen. Dazu war in jedem Falle ein multilateraler Ansatz notwendig.

Im Anschluß an die Ausführungen von Herrn Ruhe halte ich es in der Tat für sehr wichtig, daß sich Rußland und Westeuropa nicht gegenseitig in ihren Fehlern verstärken. Es gibt keine Feinde und keine Feindbilder mehr, aber es ist offensichtlich schwer, gemeinsam aktiv zu werden. Dabei werden leicht Fehler gemacht. Ich nenne als Beispiel das Ultimatum der NATO an die bosnischen Serben. Diese radikale Vorgehensweise war zweifellos unausweichlich. Die Situation eskalierte, aber Rußland war in Bosnien nicht völlig engagiert. Deshalb waren besondere Anstrengungen notwendig, um Rußland davon zu überzeugen, daß in dieser Situation ein gemeinsames Handeln notwendig ist. Es gab zwar politische Aktivitäten Rußlands, das aber nicht genügend voraussah, wie sich konkret in Bosnien die Dinge entwickelten, inwieweit auch die UNO-Resolutionen nicht beachtet wurden. Was unsere Truppen ertragen mußten, war nicht vorherzusehen. Vielleicht hat das Ultimatum Rußland überfordert. Tatsache ist jedenfalls, daß jeder Mitspieler nicht ausreichend über den anderen informiert wurde.

Ganz anders stellte sich die Situation bei den schwierigen Gesprächen in den baltischen Ländern dar, wo sehr viele Emotionen im Spiel sind, weil da die Vergangenheit noch einen so großen Einfluß ausübt. Westeuropa sieht hier die russischen Aktivitäten eher negativ.

Ich erwähne diese Beispiele, um zu zeigen, wie wir unter den allgemein akzeptierten Bedingungen eines neuen Europas praktisch jeden Tag Gefahr laufen, einer Sache nicht genügend Beachtung zu schenken oder Fehler zu machen. All diesen Ansätzen bei der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen müssen wir mit größter Aufmerksamkeit begegnen. Wir fangen erst allmählich an zu lernen, wie wir gemeinsam handeln können und inwieweit wir dabei die Belange des Partners beachten müssen.

Putin

Hier ist angeklungen, daß die Politik von Präsident Gorbatschow die Liquidierung des sowjetischen Imperiums bewußt angestrebt habe, und die heutige russische Führung ihre Prioritäten nicht definieren könne. Ich halte diese Meinung für vollkommen abwegig. Die Politik des Zentralkomitees der KPdSU mit Gorbatschow an der Spitze war auf ganz andere Ziele gerichtet, nämlich auf die

Erhaltung der Kommunistischen Partei und der UdSSR. Daß sie mit ihren ungeschickten Handlungen dann tatsächlich den Zerfall der Sowjetunion herbeigeführt haben, ist ein anderes Problem.

Was die veränderte Prioritätensetzung und die Verlagerung der Akzente in der Sicherheitspolitik der heutigen russischen Führung betrifft, so teile ich die Ansichten von Herrn Pain. Zu den Schwierigkeiten mit einer doppelten Staatsangehörigkeit und den Problemen der russischsprachigen Bevölkerung in den ehemaligen Sowjetrepubliken möchte ich nur anmerken, daß diese Gruppen nicht, wie hier behauptet wurde, in die Republiken der ehemaligen Sowjetunion eingedrungen sind, sondern eingedrungen ist seinerzeit die Sowjetmacht. Insofern sind die Russen ebenso ein Opfer der Sowjetmacht, wie auch die anderen Völker, die die Sowjetunion besiedelten. Die Deutschen zum Beispiel, die jetzt Kasachstan verlassen, sind dort doch nicht eingedrungen; sie wurden dorthin zwangsweise umgesiedelt, wie unsere deutschen Kollegen sehr wohl wissen.

Eine doppelte Staatsangehörigkeit kann natürlich nicht von heute auf morgen eingeführt werden. Wenn Rußland aber mit diesem Thema jahrelang konfrontiert werden sollte, verstehe ich die russische Führung, wenn sie dem nicht zustimmt. Schließlich hängt dieses Problem mit anderen territorialen Fragen zusammen. Vergessen Sie nicht, daß Rußland im Interesse der allgemeinen Sicherheit und des Friedens in Europa freiwillig riesige Territorien an die ehemaligen Republiken der Sowjetunion abgegeben hat; darunter auch solche Territorien, die historisch immer zu Rußland gehört haben. Ich denke dabei nicht nur an die Krim oder an Nordkasachstan, sondern beispielsweise auch an das Kaliningrader Gebiet.

Die Folge ist, daß jetzt plötzlich 25 Millionen Russen im Ausland leben, und Rußland kann es sich einfach nicht leisten - allein schon im Interesse der Sicherheit in Europa;-, daß diese Menschen willkürlich ihrem Schicksal überlassen bleiben. Es gibt in der neueren Geschichte ja andere Beispiele für eine doppelte Staatsangehörigkeit, etwa in Israel. Solange aber die Weltgemeinschaft die berechtigten Interessen des russischen Staates und des russischen Volkes als einer großen Nation nicht achtet, werden in diesem Land, in dieser Nation immer wieder solche Kräfte auftauchen, die die Stabilität in Rußland bedrohen. Ich gebe denen recht, die davon sprachen, daß ein stabiles Rußland wahrlich im Interesse aller liegt.

Eichwede

Wenn meine Betrachtungen in Rußland in den beiden letzten Jahren zutreffen, dann wird der Zerfall der Sowjetunion, das Ende des Imperiums, doch sehr viel schwerer verkräftet, als man 1991 angenommen hat. Damals fiel in einer Diskussion in Moskau die Formulierung: "Rußland geht in seinen geographischen Grenzen zurück nach Osten, um in seiner politischen Welt nach Westen zu kommen." Dieser Westen aber hat seither an Attraktivität für den neuen Staat verloren. Einerseits waren die Erwartungen zu überspannt, andererseits die Leistungen (ich spreche nicht von Deutschland) zu gering. 1994 sieht sich das Land stärker als 1992 auf sich selbst verwiesen. Im Rahmen der russischen Reformpolitik zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab, ohne daß Reformpolitik insgesamt aufgegeben wird.

Auf westlicher Seite wird sich ein stabiles Rußland gewünscht, ein Rußland aber, das militärisch schwächer ist als die frühere Sowjetunion. Mag auch die offizielle westliche Politik aus diplomatischem Anstand dementieren: Die Gewinnung ökonomischer Stabilität erfordert die Reduktion militärischer Macht. Meinen Beobachtungen nach bereitet es den politischen Eliten in Moskau Schwierigkeiten, diesen Tatbestand zu akzeptieren. Der Eindruck besteht, im Grunde würde der Westen ein insgesamt geschwächtes Rußland vorziehen.

So wird in der russischen Öffentlichkeit registriert, daß man auf westlicher Seite wohl den einheitlichen Wirtschaftsraum der früheren Sowjetunion erhalten möchte, gleichzeitig aber die strategischen Interessen Rußlands Zug um Zug zurückdrängt. Da überrascht es nicht, daß die Diskussion um "nationale Interessen" an Heftigkeit gewinnt.

Die Problematik freilich liegt in zwei Punkten: zum einen in der Vorstellung, für das Territorium der früheren Sowjetunion sei so etwas wie eine russische Monroe-Doktrin zu entwerfen. Offen oder versteckt klingen bei vielen meiner russischen Kollegen solche Gedanken an. Die Muster und Gewohnheiten einer Hegemonialmacht sind nicht so einfach abzustreifen. Auch aus westlicher Sicht ist es nicht gänzlich abwegig, Rußland als Ordnungsmacht in Regionen wirken zu lassen, in denen man selbst nicht in der Lage oder Willens ist, diese Funktion zu erfüllen. Zwingende Voraussetzung wäre allerdings, die Integrität der Anrainerstaaten zu achten und die internationalen Normen ziviler Streitregulierung anzuerkennen. Eben darin können Probleme liegen.

Denn - zum anderen - ist nicht zu übersehen, daß das Bemühen Rußlands, sich neu zu definieren, mit dem Anwachsen antiwestlicher Akzente verbunden ist. In der Rolle einer "friedenstiftenden Ordnungsmacht" verbirgt sich Konfliktstoff- sie kann leicht in den Anspruch auf Dominanz umschlagen. Insofern sind die Zitate, die Herr Stürmer anführte, unüberhörbar. In Klammern sei angemerkt, daß die antiwestlichen Töne häufig gegenüber Deutschland abgeschwächt werden. Auch Deutschland sei keine westliche Macht. Historische Muster geistern um. Es wäre gut, wenn von russischer Seite eine Klarstellung erfolgen könnte.

Ein Moskauer Politikwissenschaftler, der zugleich das Verteidigungsministerium berät, antwortete mir kürzlich auf die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Visegrad-Staaten, und dabei insbesondere im Hinblick auf Polen: "Das werden wir nicht zulassen." Seine Argumentation: Da wir Polen nicht bedrohen, besteht für Polen kein Anlaß, in die NATO zu gehen. Wenn wir aber Polen bedrohen würden, würden wir es erst recht nicht zulassen. Also besteht keine Notwendigkeit, diese Frage zu diskutieren. Polen kann im ersten Fall beruhigt sein, im zweiten stellt sich die Frage gar nicht. Vielleicht kann Herr Kokoschin darauf eingehen. Herr Ruhe hat hierzu ja eine balanciert europäische Konstruktion entworfen.

Rühe

Sie sagen, Herr Eichwede, wir wünschten uns ein nicht mehr so starkes Rußland. Dem kann ich nicht zustimmen. Im Gegenteil, ich wünsche mir ein stabiles und starkes Rußland. Ich erinnere mich an einen Bergedorfer Gesprächskreis in den 80er Jahren in Moskau, wo Helmut Schmidt im Hinblick auf die Sowjetunion vom "Obervolta mit Raketen" gesprochen hat. Das ist genau der Punkt: Die Sowjetunion war eine eindimensionale Weltmacht; ihre Stärke lag allein im Militärischen. Auf allen anderen Gebieten war sie außerordentlich schwach.

Ihre Formulierung impliziert also, Stärke habe vornehmlich etwas mit militärischer Stärke zu tun. Das ist aber nicht der Fall, wie die Geschichte jetzt wieder gezeigt hat. Deshalb wünsche ich mir ein Rußland mit größeren Stärken, als die Sowjetunion sie hatte, die allerdings politisch und wirtschaftlich wesentlich mehr ausbalanciert sein müssen, damit Rußland auch seine internationale Rolle konstruktiv wahrnehmen kann. Das wäre eine größere Stärke als sie die eindimensionale Weltmacht Sowjetunion besessen hat, die eine Gefahr für andere darstellte, weil sie nur militärisch stark war.

Staaten mit ausbalancierten Stärken sind nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch als Nachbarn viel positiver. Deshalb wehre ich mich gegen eine Formulierung, wir wünschten uns ein schwaches Rußland. Ein Rußland, das auf Dauer politisch und ökonomisch instabil ist, wäre auch für uns gefährlich. Ich wünsche mir ein Rußland, das sein Selbstbewußtsein nicht von Interkontinentalraketen herleitet.

Eichwede

Ich wollte nicht so verstanden werden, Herr Ruhe, daß ich für ein schwaches Rußland eintrete. Ich hatte im Blick die ökonomische Stabilität einerseits und militärische Schwächung im Vergleich zum Machtanspruch der früheren Sowjetunion andererseits. Das ganze Problem liegt darin, daß die militärische Macht, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg darstellte, letztlich eine Ursache ihrer ökonomischen Instabilität war.

Wer die ökonomische Stabilität Rußlands will, kann nicht dafür eintreten - das ist auch ein Appell an unsere russischen Freunde und Kollegen;- , daß sich Rußland militärisch an den nicht einholbaren Vereinigten Staaten mißt. Gerade weil wir an Stabilität interessiert sind, müssen wir das Land bei der Ökonomisierung seiner Gesellschaft, das heißt umgekehrt, bei der Entmilitarisierung seines Denkens lebhaft unterstützen. Amerikas Weltmachtrolle basiert weniger auf seinen Raketen als auf der Ausstrahlungskraft seines "way of life". Es war das Markenzeichen von "Coca-Cola", das die Welt erobert hat, nicht Panzer. Selbst zu ihren stärksten Zeiten war die Sowjetunion immer eine Weltmacht zweiten Ranges, eine Weltmacht ohne Zenit, da ihre ökonomischen Potenzen hinter den militärischen Ansprüchen zurückblieben.

Rühe

Herr Höynck hat daraufhingewiesen, daß das Thema Friedenssicherung in den GUS-Staaten ein Schwachpunkt des Westens ist. Hier müssen wir uns in differenzierter Weise stärker für eine Internationalisierung öffnen. Das würde auch Legitimierung bedeuten, soweit das für die UNO möglich ist. Wir können uns jedenfalls nicht auf den Standpunkt stellen: Was Ihr macht, ist unanständig; aber wir sind nicht bereit, uns an diesen Prozessen zu beteiligen. Diese offene Flanke des Westens müssen wir versuchen, in konkreten Fällen zu schließen. Dann wird sich auch zeigen, ob die

russische Seite bereit ist, den UNO-Regeln zu entsprechen, die bestimmen, daß ein Land im Höchstfall nur ein Drittel der Truppen stellen darf. Zugleich wäre dies ein Test, ob Rußland wirklich bereit ist, Transparenz zu schaffen, indem sich dort auch andere Staaten militärisch engagieren.

Herr Zagorski meinte, statt von Neo-Imperialismus sollte man besser von Reintegration sprechen. Soweit es die wirtschaftliche Integration betrifft, hat niemand etwas dagegen. Das gibt es schließlich auch in Westeuropa, und niemand wird etwa die Souveränität von Luxemburg in Zweifel ziehen - von anderen ganz zu schweigen. Da läßt sich vieles miteinander machen. Wir betreiben zum Beispiel Flugzeuge gemeinsam mit zwölf Staaten. Aber die Souveränität und die territoriale Integrität dieser Staaten steht außer Frage.

Zur Ukraine wurde gesagt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen sei enttäuschend. Darauf würde ich antworten: Dazu gehören immer zwei. Die Voraussetzungen der Zusammenarbeit mit der Ukraine sind jedenfalls sehr viel schlechter als mit Rußland. Die Ukraine verfügt kaum über Reformer, und auch die politische Klasse hat sich noch keineswegs so entwickelt wie in Rußland. Was sich in dieser Hinsicht in Rußland in kurzer Zeit getan hat, finde ich bemerkenswert. Ich kenne ja die Schwierigkeiten, die es in Ostdeutschland bereitet, eine neue politische Klasse heranzubilden. Da ist in Rußland Erstaunliches geschehen. Nichts Vergleichbares gibt es in der Ukraine.

Die Mitgliedschaft in der "Partnerschaft für den Frieden" müssen in der Tat die Staaten selbst bezahlen; sie geben ohnehin Geld für militärische Zwecke aus. Davon müssen sie dann einen kleinen Teil abgeben. Das hält sich durchaus in Grenzen. Es besteht nicht die Vorstellung, daß die sich nun Phantomjäger oder ähnliches Gerät anschaffen. Gemeinsame friedenserhaltende Maßnahmen kann man auch mit relativ wenig Geld durchführen.

Schließlich noch ein Wort zu Herrn Gasteyer. Die deutsch-russischen Manöver sind hier etwas über die Alpen geragt, weil ich jetzt nur über deutsch-russische Beziehungen gesprochen habe. Wir machen das natürlich eingebettet in ein ganzes Geflecht von Beziehungen, übrigens auch im Zusammenhang mit der "Partnerschaft für den Frieden". In diesem Jahr machen wir allein mit Polen an die achtzig gemeinsame Veranstaltungen. Es liegt eine Einladung der polnischen Seite vor, daß deutsche Soldaten an einer gemeinsamen Übung in Polen teilnehmen, sowie Polen, Dänemark und Deutschland eine gemeinsame Übung in der Ostsee machen.

Wenn hier verschiedentlich die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich positiv für andere hervorgehoben wurde, so war es für mich wichtig, daß auf Einladung Frankreichs der französische, deutsche und polnische Verteidigungsminister in Paris konkrete Maßnahmen besprochen haben, unter anderem eine Teilnahme an Übungen der deutsch-französischen Brigade. Dieser qualitative Sprung, den wir in Westeuropa erreicht haben, fasziniert die Mittel- und Osteuropäer in besonderer Weise.

Herr Eichwede hat Herrn Kokoschin noch um eine Stellungnahme zu NATO und WEU gebeten. Ich nehme an, Herr Kokoschin wird sich dazu noch äußern. Ich halte es aber für falsch zu meinen, das Anstreben eines bestimmten Status in der WEU sei der Versuch, indirekt in die NATO hineinzukommen. Die Sache läuft vielmehr andersherum, was in Rußland noch nicht richtig verstanden wird. Polen und andere osteuropäische Länder werden mit Sicherheit eines Tages in die Europäische Union hineinkommen. Nun kann man aber keine Integration von Wirtschaft und Währung auf die Dauer wollen, aber die Sicherheitspolitik einfach ausklammern mit dem Hinweis: da müßt ihr schon für euch selber sorgen.

Durch den historischen Prozeß der Länder, die auf dem Weg in die Europäische Union sind, ist die Entwicklung in Richtung WEU und - soweit das gewünscht wird - auch in Richtung NATO vorgezeichnet. Die Öffnung der NATO ergibt sich somit aus dem Integrationsprozeß in die Europäische Union.

Kokoschin

Es gibt eine Version des Nachlasses von Peter dem Großen, die kaum bekannt ist, aber um so interessanter ist. Danach hat Peter der Große vor seinem Tode seinen engsten Mitstreitern gesagt, wie er sich Rußlands Zukunft vorstelle. Er hatte nicht damit gerechnet, so bald zu sterben. Sinngemäß soll er etwa folgendes gesagt haben: "Möge Rußland dereinst von Archangelsk bis Astrachan reichen, von Polen bis zum Ural - es sollte hier alles so sein wie in Holland." Dies als Anmerkung zur Frage der nationalen Interessen.

Ich habe mich sehr über die Worte meines Freundes Volker Rühle gefreut, und ich glaube, daß er es ehrlich meint, wenn er sagt, er wünsche sich ein Rußland, das noch stärker sein möge, als es die Sowjetunion war.

Ich bin auch der Meinung, daß Macht nicht nur an militärischer Stärke gemessen wird. Unsere Militärmacht war einfach zu groß, wie auch meine Arbeitskollegen, die Generäle, nicht bestreiten. Dabei fiel vieles unter den Begriff "Armee", was eigentlich die Armee gar nicht betraf. Da waren die Interessen einzelner Industrieller ebenso im Spiel, wie die Ambitionen von Konstrukteuren aus der Rüstungsindustrie. Was in der Tat höchstes nationales Interesse Rußlands ist: ein wirtschaftlich und sozial starker Staat zu werden. Das bedeutet zur Zeit in erster Linie für uns den Zugang zu den Weltmärkten im Bereich der Hochtechnologie. Hier muß unsere Rüstungsindustrie zu einer konkurrenzfähigen zivilen Industrie werden, in der modernste Technologiesysteme produziert werden.

Rußland gehört zu den wenigen Staaten - allenfalls fünf oder sechs weltweit;- , die äußerst komplizierte Systeme herstellen können. Zwar produziert selbst Thailand heute High-Tech-Waren; aber sogar Japan ist nicht imstande, bestimmte hochtechnisierte Systeme herzustellen, zu deren Produktion Rußland in der Lage wäre. Und diese Fähigkeit werden wir mit aller Kraft weiterentwickeln. Dabei werden wir uns weiter um eine Stabilisierung des Rubels und um einen Ausgleich unserer Zahlungsbilanz bemühen.

In diesem Bereich sehe ich übrigens ein erhebliches Potential für die Zusammenarbeit in Europa; denn diese hochtechnisierten Systeme werden immer komplizierter und verlangen ganz neue Strukturen langfristiger strategischer Allianzen. Wir treten in dieses Spiel mit erheblicher Verspätung ein, da wir unsere Anstrengungen lange in die falsche Richtung gelenkt haben. Aber wie dem auch sei: Es bleibt zu hoffen, daß sich unsere Beziehungen zu den führenden Westmächten jetzt in Form gleichberechtigter Zusammenarbeit entwickeln werden. Denn davon wird abhängen, wie aggressiv Rußland in den nächsten Jahrzehnten seine Rolle auf dem Weltmarkt spielen wird.

Ich halte unser Volk nicht für so dumm, daß es sich noch einmal für die Idee eines Machtimperiums begeistern wird, das ausschließlich auf militärischer Macht aufbaut. Aber ein übertriebener Nationalismus ist bei uns durchaus möglich. Ich fände es gut, wenn sich bei uns ein gesunder nationaler Egoismus herausbilden würde, wie er mehr oder weniger in allen hochentwickelten Ländern aktiv ist. Er hat ihnen geholfen, eine moderne Zivilisation und Alltagskultur auf hohem Niveau aufzubauen. Ein übermäßiger Nationalismus dagegen kann Aggressivität hervorbringen. Ich schließe nicht aus, daß die russische Industrie in bestimmten Entwicklungsphasen aggressiver als die der Japaner sein wird. Bei uns reift eine neue Unternehmerklasse heran, und man sollte die Möglichkeit nicht verpassen, weitreichende Partnerschaften anzuknüpfen, die bis ins 21. Jahrhundert hineinreichen.

Es gab viele Fragen zu unserer Rolle im angrenzenden Ausland und zu unseren Absichten in Zentral- oder Osteuropa. In der Tat ist unsere Position hier noch nicht klar definiert. Aber wir wissen genau, was wir dort nicht wollen: Niemand - auch der überwiegende Teil des Generalstabes nicht - will den Warschauer Pakt wiederherstellen. Zugleich besteht in weiten Teilen der Gesellschaft ein instinktives starkes Mißtrauen gegen die NATO. Das ist politische Realität. Bedeutende Verschiebungen in der Weltpolitik gehen oft unbewußt vor sich. Den Eierköpfen gelingt es längst nicht immer, das Bewußtsein und viel weniger das Unterbewußtsein breiter Massen der Bevölkerung zu durchdringen. Darum spielt der sozialpolitische Instinkt, der sich in Jahrhunderten herausgebildet hat, weiterhin eine wichtige Rolle.

Ein großer Teil der Bevölkerung unseres Landes erwartete, daß mit der Auflösung des Warschauer Paktes auch die NATO aufgelöst werden würde, die ja zu dem Zweck gegründet worden war, die Sowjetunion im Zaum zu halten, die deutsche Frage und den türkisch-griechischen Konflikt zu lösen. Aber die meisten meiner Landsleute haben die NATO immer als ein Instrument zum Kampf gegen unser Land angesehen. Deshalb muß die Frage einer Zusammenarbeit zwischen Rußland und der NATO sehr behutsam angegangen werden, wie Herr Eichwede zu Recht betont hat.

Unsere Geschichte hat nicht den Weg genommen, den Peter der Große in seinem Vermächtnis für sein Land gewünscht hatte. Er selbst hatte Expeditionen nach Mittelasien geschickt, und zu seiner Zeit haben die Kosaken am Amur Fuß gefaßt. Schon damals wurden wir eine euro-asiatische Großmacht. Von daher stehen wir in der Tat mit einem Bein in Asien und mit einem Bein in Europa. Aber unser Gesicht ist vorerst Europa zugewendet, und ich wiederhole, daß unser höchstes nationales Interesse darin liegt, möglichst bald einen angemessenen Platz in der Hierarchie der hochentwickelten Länder einzunehmen. Wir machen uns dabei keine Illusion. Das ist bestimmt kein leichter Weg. Es bedarf ungeheurer Anstrengungen, und wir werden hart kämpfen müssen.

Wir haben mit großem Respekt gesehen, wie Deutschland nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wieder einen Spitzenplatz in der Welthierarchie der hochentwickelten Länder einnimmt. Wir haben große Achtung vor den Leistungen der Gallier, die Frankreich wieder in die Reihen der Großmächte zurückführte. Einen ähnlichen Weg wird Rußland gehen müssen. Die Frage ist nur, mit welchen

wichtigen Partnern Rußland diesen Weg gehen wird. Ich hoffe sehr, daß es die europäischen Staaten mit einer hochentwickelten Demokratie sein werden. Es gibt natürlich auch andere Möglichkeiten der Partnerschaft.

Die Entwicklung demokratischer Institutionen und leistungsfähiger Wirtschaftssysteme ist in den letzten Jahrhunderten besonders in Europa vorangeschritten. Sicher mögen das einige Vertreter Asiens ungern hören. Aber das ist die vorherrschende Grundtendenz, natürlich mit vielen Variationen. Es ist nicht auszuschließen, daß auf einer der folgenden Etappen diese Werte durch andere abgelöst werden. Das ist für uns sicher unangenehm, vielleicht sogar tragisch, Europa aber würde es um so härter treffen.

Der Untergang Europas wurde des öfteren vorausgesagt. Ich denke nur an Oswald Spengler und die bei der europäischen Intelligenz nach dem Ersten Weltkrieg vorherrschende Stimmung, die ihren Ausdruck in den Werken von Remarque und Ehrenburg fand. Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte Weltuntergangsstimmung. Gott sei Dank haben sich die Prognosen von damals nicht bewahrheitet.

Was Rußland angeht, denke ich, daß es sich in seinen jetzigen Grenzen noch nicht recht eingerichtet hat. Der Vizebürgermeister von St. Petersburg, Herr Putin, hat zu Recht gesagt, der Westen müsse sich diesen Prozessen gegenüber aufgeschlossener zeigen. Rußland hat in der Tat auf viele Territorien freiwillig Verzicht geleistet, der durch nichts kompensiert wurde. Deshalb kann das Pendel der öffentlichen Meinung zur anderen Seite ausschlagen. Das darf man nicht als Wiedergeburt irgendwelcher Großmachtsideen deuten.

An dem Pendelausschlag sind vielleicht nicht strategische Überlegungen, sondern ganz natürliche kulturelle oder wirtschaftliche Erwägungen schuld. Man darf dabei die Besonderheiten der modernen Industriegesellschaft angesichts der technologischen Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion nicht außer acht lassen. Es gibt nun einmal technologische Verkettungen, die mit rein wirtschaftlicher Terminologie nicht zu erfassen sind. Sie verbinden Rußland mit Weißrußland und der Ukraine, aber es bestehen auch Bindungen an Litauen und Lettland, die jetzt weitgehend zerstört sind. Ob sie wiederhergestellt werden oder nicht, ist eine andere Frage. Hier gibt es keine soziale Vorgabe. Dies ist jedenfalls ein wichtiger Faktor, der die gegenwärtigen Prozesse der Reintegration beeinflusst.

Aus diesem Grunde möchten wir einerseits wie Holland sein; andererseits müssen wir mit dem rechnen, was sich über Jahrhunderte herausgebildet hat, und was einer unserer Gelehrten, der unlängst verstorbene Lew Gumiljow, "Superethnos" genannt hat. In unserem Land, im russischen Imperium und später in der Sowjetunion, ist wirklich ein russisches Superethnos entstanden, der ein gewaltiges Territorium einnahm. Er war geprägt durch ein Netz von Städten, die viele Gemeinsamkeiten aufwiesen. St. Petersburg ist dabei eine Ausnahme. Ansonsten sind die Städte in der Sowjetunion von Usbekistan bis Murmansk, von Brest bis Wladiwostok, sehr einförmig. Aus diesem Grund sind die Denktraditionen und Verhaltensweisen sehr vereinheitlicht. Wir standen dem sehr negativ gegenüber, aber diese Idee bestimmt unsere Kultur und unser Leben für die nächsten Jahrzehnte.

Rußland wird nicht versuchen, jemanden mit Gewalt zurückzuholen; aber die Russen werden darauf achten, daß die Menschenrechte in den angrenzenden Ländern geachtet werden. Was die Reintegration betrifft, so gibt es weniger in Rußland als vielmehr in den umliegenden Ländern, darunter auch in der Ukraine, den Wunsch zur Wiedervereinigung mit Rußland. Diese Bestrebungen können eine Richtung nehmen, die der Entwicklung in Deutschland entspricht, als alle Prognosen von Analytikern und Politikern durch die Macht der Massenbewegung auf den Kopf gestellt wurden.

Ich möchte nochmals unterstreichen, daß vieles sich entgegen den Voraussagen der Eierköpfe und der Politiker entwickeln kann. Darauf müssen wir gefaßt sein.

Meyer-Landrut

Wir sollten uns jetzt verstärkt dem dritten Aspekt unserer Konferenz, der Außenpolitik, die ja bereits immer wieder angesprochen wurde, zuwenden. Ursprünglich sollte an dieser Stelle der Erste stellvertretende russische Außenminister Anatoli Adamishin eine Einführung geben. Aber er ist auf einer Auslandsreise erkrankt und mußte kurzfristig absagen.

Ich schlage vor, daß wir zunächst aus deutscher, dann aus amerikanischer und schließlich aus russischer Sicht diesen Komplex angehen.

Hornhues

Wenn man als deutscher Politiker gefragt wird, wie man die russische Außenpolitik gern hätte, dann ist die Antwort an sich einfach: so, daß sie unsere Ziele möglichst unterstützt. Deshalb will ich zunächst sagen, was wir selbst wollen, damit deutlicher wird, was wir uns von Rußland erhoffen.

Die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit war bestimmt von einem Credo, das nach wie vor Gültigkeit hat: Wir wollen unseren Platz in Europa nicht mehr im Gegeneinander, sondern im Miteinander behaupten, um gemeinsam Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu schaffen. Dazu gehörte für die Bundesrepublik vor allem die Aussöhnung mit Frankreich - dem "Erbfeind von gestern", wie es meine Großeltern noch in der Schule gelernt haben. Worauf es uns ankam, war, das Miteinander zu vernetzen und verzahnen, so daß eine Struktur entstehen konnte, die ein kriegerisches Gegeneinander undenkbar machte. Das ist in den letzten 40 Jahren gelungen.

Nach der Wende 1989/90 in Europa und dem Ende des kalten Krieges ergab sich für unsere Außenpolitik die Chance, dieses Konzept des Miteinanders nach Osten auszudehnen. Das war übrigens schon sehr viel früher die Vision von Charles de Gaulle gewesen, der Europa bekanntlich vom Atlantik bis zum Ural sehen wollte. Von daher sagt die deutsche Außenpolitik ein klares Ja zur Integration unserer östlichen Nachbarn - Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, der Slowakei, Bulgarien, Rumänien - in die Europäische Union. Es gibt bereits entsprechende Assoziierungsverträge nicht zu jedermanns Freude, aber immerhin.

Volker Rühle hat daraufhingewiesen, daß diese Integrationsprozesse nicht nur ökonomisch zu verstehen sind, sondern gleichzeitig starke außen- und sicherheitspolitische Komponenten haben. Ob dabei der Weg über die NATO, die WEU oder aufweiche Weise sonst der richtige ist, halte ich nicht für den zentralen Punkt, entscheidend ist, daß wir diese umfassende Integration hinbekommen.

Ob dieses Konzept realistisch ist und verwirklicht werden kann, das hängt nun nicht zuletzt von der Einstellung und der Rolle Rußlands ab. Herr Rühle hat deutlich gemacht, daß sich all dies nicht gegen Rußland richten darf. Rußland muß also diesen Integrationsprozeß bejahen und unterstützen. Ich meine, daß das auch Herr Kokoschin klar zum Ausdruck gebracht hat, indem er sagte: Wir wollen mit euch zusammen. Das muß dann aber gestaltet werden. Wir erhoffen uns von der russischen Außenpolitik, daß sie es damit wirklich ernst meint, während wir auf unserer Seite die Schwierigkeiten zu berücksichtigen haben, die sich aus der innenpolitischen Situation für die russische Außenpolitik ergeben.

Um es noch einmal klar zu sagen: Das angestrebte Miteinander mit Rußland darf die Integrationsprozesse mit unseren übrigen Nachbarn nicht behindern. Ich meine auch, daß dies bei nüchterner Betrachtung in wechselseitigem Interesse liegt. Bei einigem guten Willen auf allen Seiten dürfte es mehr Möglichkeiten geben, als bisher sichtbar geworden sind. Dazu gehört, daß wir uns weniger an der Vergangenheit orientieren, sondern bereit sind, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.

Natürlich müssen wir Verständnis dafür haben, daß - wie Herr Kokoschin sagte - das Stichwort NATO für russische Ohren keinen guten Klang hat. Denn für die Menschen hier war die NATO jahrzehntelang der Hauptfeind, und es fällt den Menschen sicher schwer, in der NATO von heute auf morgen nun einen Freund zu sehen - eine schwierige politische Aufgabe. Auch bei uns fällt es den Menschen übrigens nicht so leicht, zwischen der Sowjetunion von gestern und dem Rußland von heute so klar zu trennen, wie Herr Putin es uns nahelegen möchte. Auch unsere Köpfe sind noch befangen in der Vergangenheit. Das wird in ausgefeilten Kommuniqués meist nicht so deutlich. Darüber muß immer wieder gesprochen werden, um jene Vorbehalte, die auf beiden Seiten durchaus noch vorhanden sind, allmählich abzubauen, damit nicht Befürchtungen entstehen können, die zu politischem Fehlverhalten führen.

Zweifellos ist Rußland für uns der eigentliche Nachfolger der Sowjetunion. Entsprechend war es nie eine Frage, wer nach der Sowjetunion den Sitz im Weltsicherheitsrat einnimmt. Rußland ist für uns Atommacht, und wir bedrängen die Ukraine und andere Nachfolgestaaten, ihre Atomwaffen Rußland zu überlassen, damit wir es mit einem Partner zu tun haben. Mit anderen Worten: Rußland ist für uns der eigentliche Nachfolger der Sowjetunion - so wie sich Rußland auch selbst sehen möchte. Dies kann mitunter zu politischen Irritationen führen.

Das Miteinander haben wir gemeinsam in der KSZE-Charta von Paris formuliert, gewissermaßen als Hausordnung für Europa. Daran sollten wir unsere Politik ausrichten. Vielleicht schaffen wir es dann auch, schneller zu einer Einigung zu kommen, wenn sich -wie zum Beispiel in Jugoslawien - konkrete Probleme stellen. Dabei müssen wir wechselseitig akzeptieren, daß die Positionen durchaus unterschiedlich sein können. Das Recht auf Mitsprache bedeutet aber zugleich die Pflicht zur Mitverantwortung.

Von daher müssen wir uns gegenseitig darum bemühen, einander besser zu verstehen. Das setzt einen intensiven Dialog auf allen Ebenen voraus, vor allem zwischen den politisch Handelnden.

Ich will nicht verhehlen, daß wir gegenüber der russischen Politik hellwach sind, wenn es um die Frage der Unabhängigkeit und Souveränität der neuen Staaten geht. Wir hingegen müssen bereit sein, auch die Probleme zu verstehen, die sich für die russische Politik in Europa insgesamt stellen.

So können wir uns nicht auf der einen Seite über den Begriff "nahes Ausland" beschweren und dies politisch noch verstärken und instrumentalisieren, wenn wir auf der anderen Seite nicht bereit sind, unsere eigenen Vorstellungen überzeugend darzulegen, welchen Beitrag wir denn leisten wollen, um beispielsweise die Lage im Kaukasus zu befrieden. Als der Präsident von Georgien, Eduard Schewardnadse, im vergangenen Jahr in Deutschland war und mit einer entsprechenden Bitte um Unterstützung an uns herantrat, ist uns außer einigen verlegenen, wohlmeinenden Sprüchen nicht sehr viel mehr eingefallen. Aber wir regen uns auf, wenn Rußland sich einmischt, das den Westen vorher gebeten hatte, sich um die Lösung dieser Probleme mitzubemühen.

Wir wünschen uns von Rußland also eine Außenpolitik, die es erlaubt, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Das bedeutet jedoch zugleich, daß wir auch bereit sind, uns mit den Problemen Rußlands auseinanderzusetzen. Es ist schön und gut, wenn mein Freund Horst Waffenschmidt durch Rußland reist und sich mit Herrn Schachrai gemeinsam um die Rußlanddeutschen bemüht. Dann müssen wir uns aber auch anhören, wenn uns von russischer Seite berichtet wird, daß quasi über Nacht Millionen von Russen plötzlich heimatlos geworden sind, zumindest sich so fühlen, und daß dies auch Probleme für die russische Politik schafft.

Meyer-Landrut

In den Ausführungen von Herrn Hornhues ist deutlich geworden, daß es nach der Beendigung des kalten Krieges noch eine Fülle von losen Enden gibt, die sich nicht von selbst verknüpfen, sondern die unser aller Verständnis und Mithilfe bedürfen. Und es sind auch Gegensätze vorhanden, die wir nicht einfach überkleistern dürfen. Das hat sich bereits in der Diskussion über die Sicherheitsfragen gezeigt. Inwieweit reißen eine eventuelle Ausdehnung der Integrationsprozesse auf Osteuropa und die Frage der NATO-Mitgliedschaft neue Gräben auf und erschweren die Verständigung mit Rußland?

Wie es gelingen kann, Osteuropa in ein westeuropäisches Sicherheitssystem zu integrieren und dabei nicht sofort in einen Gegensatz zu Rußland zu geraten, ist eine ungelöste Frage.

Darf ich jetzt Herrn Smyser bitten, uns etwas über die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik zu sagen.

Smyser

Gestern abend habe ich mit Curt Gasteyger noch darüber diskutiert, ob ich gegenüber unseren russischen Freunden ehrlich oder höflich sein sollte. Wir kamen überein, es sei das beste, ehrlich zu sein und ihnen zu sagen, daß es in außenpolitischen Dingen manchmal ebenso schwierig, mitunter sogar schwieriger ist, ein Freund der Vereinigten Staaten zu sein, als ein Feind.

Das ist so, weil die amerikanische Außenpolitik auf sehr seltsame Weise gemacht wird und im Grunde auf einem unkalkulierbaren Gemisch von zwei Dingen beruht: Zum einen werden häufig moralische Prinzipien postuliert, und zum zweiten haben die Amerikaner einen ausgeprägten Sinn für nationale strategische Interessen - damit meine ich politische, militärische und wirtschaftliche Interessen. Diese beiden Faktoren mischen sich so, daß es schwer ist, sie auseinander zuhalten.

Sie vermischen sich überdies mit zwei Elementen, die die Außenpolitik zusätzlich komplizieren. Zum einen zollt man der Innenpolitik hohe Aufmerksamkeit, was sich in dieser Form nur Supermächte erlauben können. Das zweite betrifft einen bürokratischen Prozeß, der so komplex ist, daß dagegen das Labyrinth in den großen Pyramiden ein Kinderspiel zu sein scheint. Der einzige, der jemals versucht hat, diesen Prozeß zu beschreiben, war Henry Kissinger im ersten Band seiner Memoiren. Als ich ihn einmal fragte: "Henry, Sie haben diesen Prozeß viel einfacher dargestellt, als er in Wahrheit ist." Seine Antwort: "Wenn ich die Wahrheit gesagt hätte, würde es niemand geglaubt haben." Das genau ist das Problem, und zwar sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für unsere Freunde. Die Amerikaner bringen ihre Verbündeten und Freunde und sich selbst zur Verzweiflung, auch wenn dieser Prozeß von Zeit zu Zeit etwas Positives hervorbringt.

Was wollen die Amerikaner jetzt? Ich will damit beginnen, daß ich auf zwei Elemente hinweise, die für Amerika kennzeichnend sind. Das erste: Amerika ist eine Weltmacht; es denkt in globalen Zusammenhängen. Die NATO ist nur ein Bündnis Amerikas; es gibt daneben andere Bündnisse mit

anderen Ländern. Das wichtigste ist das mit Japan, das in die entgegengesetzte Richtung geht. Die alles überwölbende Struktur des amerikanischen Globalsystems ist die Institution der G 7.

Das zweite für Amerika typische Element ist, daß es eine Seemacht ist. Das hat Vorzüge und Nachteile. Der Hauptvorteil ist, daß Amerika nicht in den Fluch einer Kontinentalmacht gerät, der darin besteht: wenn du zu schwach bist, wollen die Nachbarn dein Land haben, und wenn du zu stark bist, dann verbünden sie sich gegen dich, weil du versucht sein könntest, ihnen ihr Land zu nehmen. Die Amerikaner mußten sich darum niemals Sorgen machen, so wie die Deutschen, die Franzosen und die Russen dies tun mußten. Aber es gibt für eine Seemacht einen großen Nachteil, nämlich die Tatsache, daß der angrenzende Raum niemals völlig besetzt werden kann, weil er aus Wasser besteht. Deshalb läßt sich nicht garantieren, daß man ihn halten kann. Jeder kann ihn sich aneignen, wenn er über eine bessere oder stärkere Flotte verfügt. Timothy Garton Ash mit seiner Kenntnis der englischen Geschichte kann darüber gewiß mehr sagen als ich; aber die Amerikaner denken in dieser Hinsicht ähnlich wie die Engländer.

Aus diesem Grunde brauchen die Amerikaner einen Verbündeten auf der anderen Seite des Ozeans. Wo immer sie Wasser erblicken, das ihre Küsten mit anderen verbindet, wünschen sie sich jemanden auf der anderen Seite des Meeres, der ihr Freund ist: sei es Japan oder seien es die Philippinen, sei es Australien, England oder Deutschland. Um eine starke strategische Position zu haben, benötigen sie einen Stützpfeiler, ein Fundament, ein befreundetes Land auf der anderen Seite des Ozeans. Im Deutschen sagt man dazu "Festlandsockel".

Erstens sollte dieser Festlandsockel groß genug sein, damit er gehalten werden kann, welche Kräfte immer auch notwendig sein mögen, um die andere Seite des Ozeans zu sichern. Zweitens sollte er stabil und zuverlässig sein.

Drittens schließlich, vielleicht das wichtigste: Er sollte keine eigenen Interessen haben, die so sehr von den amerikanischen abweichen, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk sie nicht mehr mittragen können. Die Amerikaner wollen nicht in die Kriege anderer Völker hineingezogen werden. Und wenn sie doch hineingezogen werden, versuchen sie entweder den Krieg zu beenden oder ihn in eigene Regie zu nehmen. Beides ist nicht unbedingt eine gute Idee.

Typisch für eine Seemacht ist indes, daß sie sich nicht allzuweit vom Wasser weg ins Land hinein begeben möchte. Berlin war die weiteste Entfernung, die die Amerikaner jemals von ihren Ozeanen aufs Land genommen haben. Man sollte nicht erwarten, daß sie darüber hinaus gehen. Das einzige andere Beispiel, wo eine Seemacht weiter ins Land hineinging, war England in Indien. Aber dort waren die Verhältnisse andere. Amerika tut alles, um solche Engagements zu vermeiden. Der Golfkrieg ist der klassische Fall, wie Amerika einen Krieg führen will: Man setzt die Marine und die Luftwaffe ein, begibt sich aber erst dann an Land, wenn der Sieg absolut sicher ist. Das war für Stalin höchst frustrierend während des Zweiten Weltkrieges. Wie Sie wissen, beklagte er sich beständig darüber. Aber Roosevelt war durch nichts zu bewegen, Streitkräfte dort einzusetzen, wo er meinte, daß sie verlieren würden. Verzeihen Sie, daß ich es so philosophisch darstelle, aber dies ist das Kennzeichen amerikanischer Macht und Politik.

Was bedeutet das für die jetzige amerikanische Politik? Was insbesondere würden die Amerikaner gern in Europa sehen, natürlich auch, wie unser Thema lautet: in Rußland? Dabei sollten wir uns immer bewußt sein, daß es in beiden Fällen nicht die Amerikaner sind, die die letzten Entscheidungen treffen. Zum einen wollen sie Stabilität - so wie es Herr Hornhues von Deutschland sagte. Zum zweiten möchten sie sich auf andere Dinge konzentrieren und nicht nur auf die Außenpolitik.

Strobe Talbot, der neue Staatssekretär im Außenministerium, hat dem Senat die amerikanische Politik in sechs Punkten aufgelistet:

Erstens: Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit unserer Nation. Beachten Sie, daß dies der erste Punkt ist!

Zweitens: Unterstützung Rußlands und der anderen neuen unabhängigen Staaten. Drittens: Erneuerung der NATO im Sinne einer neuen Rolle.

Der vierte Punkt betraf Asien, der fünfte den Nahen Osten, und der sechste ging darum, die Weiterverbreitung von Kernwaffen in den Griff zu bekommen.

Wie funktioniert das alles bislang? Die Amerikaner sind an der NATO nach wie vor als transatlantische Brücke sehr interessiert. Einige meiner deutschen Freunde wissen, daß ich ein Buch darüber geschrieben habe mit dem Titel: "Deutschland gegen Amerika?" Denn man war in Amerika besorgt, daß die Franzosen die WEU benutzen könnten, um die europäische Komponente der NATO gegen

amerikanische Interessen zu wenden. Dies ist aus vielen Gründen, einschließlich technischer Gegebenheiten, noch nicht geschehen; aber die Amerikaner bleiben besorgt.

Zweitens wollen die Amerikaner die NATO öffnen, aber nicht erweitern. Lassen Sie mich das noch einmal wiederholen: Sie wollen die NATO öffnen, aber nicht erweitern. Sie sind auch an einer Arbeitsteilung mit den Europäern interessiert, so daß die einen Aufgaben von den Europäern, die anderen von den Amerikanern übernommen werden. Wenn notwendig, können wir darauf näher eingehen, aber ich denke, es ist klar, was ich meine. Die Amerikaner würden auch liebend gern Kosten und Lasten teilen. Mit "Kosten" meine ich nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und militärische Faktoren. Das bedeutet zum Beispiel eine weit engere Zusammenarbeit mit der KSZE als früher - eine Organisation übrigens, die in Washington niemals so viele Freunde hatte wie in Bonn. Ich weiß nicht, wie dies in Moskau gesehen wird, aber in Amerika wird die KSZE jetzt zunehmend als nützlich wahrgenommen.

Ich möchte jedoch auch betonen, daß die Amerikaner sich unwohl fühlen mit Freunden, die Ziele verfolgen, die gegen die amerikanische Politik gerichtet sind oder die gegen die von den Amerikanern gewünschte Stabilität verstoßen. Lassen Sie mich noch einmal Mr. Talbot zitieren, der "ein Freund von Bill" ist, wie wir in Washington sagen. Mit anderen Worten: er ist nahe am Präsidenten. Somit hat das, was er sagt, einiges Gewicht. Ich zitiere einen Abschnitt aus einer Rede, die er kürzlich vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheit gehalten hat, der sich mit Rußland befaßte.

"Es ist ein ehernes Grundprinzip der Politik dieser Administration, daß wir die Entwicklung eines russischen Staates unterstützen, der frei, sicher, demokratisch und wohlhabend ist und anderen Staaten zugesteht, die gleichen Ziele zu verfolgen. Wie Präsident Clinton es vor zwei Wochen in Moskau ausgedrückt hat - das heißt unmittelbar nach seinem Besuch dort;-, Rußland muß insbesondere gegenüber seinen früheren Nachbarn, die nun junge unabhängige Staaten sind, deutlich machen, daß ein mächtiger Nachbar ein guter Nachbar sein kann."

Verstehen Sie den mahnenden Unterton nicht falsch; aber wenn man vor dem US-Kongreß spricht, muß es so klingen, als sei man allmächtig, selbst wenn man weiß, daß man es nicht ist.

Darin liegt auch ein Vorteil für die Russen, daß Amerika nämlich keine Beziehungen zu anderen Staaten knüpft, die Rußland als bedrohlich empfinden könnte. Dies ist ein Thema, dem Washington viel Aufmerksamkeit widmet und das dem Präsidenten selbst sehr bewußt ist. Es bestimmt die amerikanische Politik gegenüber Europa, sowohl Ost wie West und darüber hinaus.

Die Amerikaner sind in der Lage, in all dem Dinge zu tun, die für Europa und Rußland von Nutzen sein könnten. Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. Zum einen der Abbau von Atomwaffen in der Ukraine, wobei sich Präsident Clinton persönlich engagiert hat. Zum anderen meint die Wirtschaftshilfe in einem bestimmten Umfang, wie sie in dem Vancouver- und dem Tokio-Paket enthalten ist. Herrn Kasmin ist ebenso wie mir bewußt, daß das nicht reicht. Aber der Kongreß ist nun einmal der Kongreß. Sie haben eine Reihe von Export- und Importbeschränkungen fallengelassen, was den Handel mit Rußland erleichtert. Die Amerikaner haben auch recht früh, auf dem Münchner Gipfel 1992 seitens George Bush, die Mitgliedschaft Rußlands bei der G 7 unterstützt. Das galt natürlich nicht für den finanziellen Teil, aber für den Gipfel selbst. Das bleibt auch weiter die amerikanische Position. Es ist nicht Amerika, das die russische Mitgliedschaft blockiert.

Wenn man sich unbedingt beunruhigen will, kann man zur Kenntnis nehmen, daß ein Austauschprogramm zwischen dem amerikanischen und dem russischen Kongreß auf den Weg gebracht wurde. Falls das den russischen Kongreß dazu bringen sollte, sich so wie der amerikanische zu verhalten, wünsche ich Ihnen Glück.

Wird sich dies alles reibungslos entwickeln? Ausgehend von dem, was ich zu Beginn sagte, natürlich nicht. Der politische Prozeß in Washington ist schwierig und verrückt. Die gegenwärtige Administration hat bislang noch keinen eigenen außenpolitischen Stil entwickelt. Man kann sicher so weit gehen zu sagen, daß sie bis jetzt noch nicht einmal ein klares und konsistentes Verfahren zur Formulierung der Außenpolitik entwickelt hat. Und wer meint, in dieser Administration einen Kopf für eine Globalstrategie à la Kissinger oder Brzezinski suchen zu müssen, braucht sich nicht länger zu sorgen: es gibt ihn nicht. Es ist eine Tatsache, daß die Außenpolitik - ich sage das ganz offen - auf der Tagesordnung des Präsidenten keine Priorität hat.

Gleichwohl kann ich offen sagen - und ich bin kein Mitglied dieser Administration;-, daß viele Leute in dieser Regierung ernsthafte Anstrengungen unternehmen, die Stabilität zu bewahren und die Interessen anderer Länder zur Kenntnis zu nehmen. Ob all das funktionieren wird, ist eine offene Frage. Wer von Ihnen diesen Prozeß beobachtet, wird sich manchmal wundern - und dies mit gutem Grund. Mein Rat ist, nicht allzu häufig in die Küche zu schauen, um zuzusehen, wie das Essen

bereitet wird, weil man dann die Flucht ergreifen wird. Es ist besser, draußen zu warten und zu sehen, was dabei herauskommt. Ich bin sicher, daß nicht alles schlecht sein wird. Ich bin davon überzeugt, soweit ich das von Insidern weiß, daß das, worum man sich in Amerika bemüht, nicht grundlegenden Interessen der Europäer, der Russen oder der neuen unabhängigen Staaten entgegenstehen wird.

Pain

Mitte der 70-er Jahre, als ich wissenschaftlich zu arbeiten begann, stritt ich häufig mit meinen Vorgesetzten. Ich versuchte ihnen klarzumachen, daß es nicht aufhört zu regnen, wenn der Generalsekretär der KPdSU es will und daß sich auch kaum etwas in der Gesellschaft ändert, nur weil es die KPdSU will. Der historische Prozeß ist wichtiger als der subjektive Wille, und ich stelle fest, daß in Rußland in weit höherem Maße Prozesse die Politik bestimmen, als daß die Politik die Prozesse bestimmt.

Allein die Frage, was Rußland denn wolle, ist recht zweifelhaft. Man kann darauf keine eindeutige Antwort geben, da es bei uns viele Entscheidungsgremien gibt, die einander widersprechende Beschlüsse fassen. Zunächst geht es dabei nicht darum, was etwa die Bevölkerung will; denn niemand hat sie nach ihren außenpolitischen Wünschen gefragt. Es geht auch nicht um die Teile der Russischen Föderation; denn natürlich stimmen die Interessen, sagen wir Tschetscheniens, das sich für unabhängig erklärt hat, oder Tatarstans, das um seine internationale rechtliche Anerkennung ringt, nicht mit den Interessen anderer Territorien überein.

Aber auch, wenn wir das Thema von der föderalen Seite her angehen, gibt es keine eindeutigen Antworten auf die Frage, welches denn nun die Interessen der föderalen Macht seien. Denn das vorige Parlament wie auch das jetzige haben prinzipiell andere Vorstellungen von Außenpolitik als der Präsident. Dafür gibt es viele Beispiele. Im September 1992 schließt Jelzin ein Abkommen mit Grusinien und Abchasien. Zehn Tage später lehnt das Parlament es ab. Jelzin schließt ein Abkommen mit Krawtschuk über Sewastopol, aber das Parlament trifft eine andere Entscheidung. Noch vor der Ratifizierung hat das jetzige Parlament den vom Präsidenten ausgehandelten Vertrag zwischen Rußland und Grusinien abgelehnt.

Selbst wenn wir die Exekutive betrachten, können wir keine einheitliche Politik feststellen. So erklärt Minister Kosyrew, Abchasien habe das Abkommen nicht eingehalten; deshalb müsse man Sanktionen ergreifen. Dagegen sagt Minister Gratschow, beide Seiten würden gleichermaßen das Abkommen verletzen. Jelzin verhängt Sanktionen gegen Abchasien, und der dem Präsidenten unterstellte Verteidigungsminister Gratschow verkauft Waffen an Abchasien.

Daraus ergibt sich, daß in einer Gesellschaft, die so wenig konsolidiert ist wie die russische heute, sich gemeinsame nationale Interessen noch nicht herausgebildet haben können. Wenn meine Kollegen hier von den Interessen Amerikas, den Interessen Deutschlands sprechen, dann lassen sich dieselben Begriffe unmöglich auf die Politik Rußlands anwenden. Der Begriff "nationale Interessen" ist für uns neu; er stammt aus dem politischen Wörterbuch des Westens. Auch ist er mehr ideologiebestimmt als inhaltlich ausgefüllt. Deshalb ist es gefährlich, diese Begriffe zu benutzen und ihnen eine bestimmte Bedeutung beizumessen.

Herr Putin hat beispielsweise davon gesprochen, Rußland könne nicht Jahrzehnte warten, bis die Frage einer doppelten Staatsangehörigkeit geklärt sei. Jedenfalls gibt es Widerstände, wenn Rußland versucht, diesen Status für seine Mitbürger durchzusetzen. Dann müßten auch andere denselben Status erhalten. So sind zum Beispiel größere Teile des russischen Grenzgebietes mit Kasachstan von Leuten mit kasachischer Staatsangehörigkeit bewohnt. Wenn es dort zu Streitigkeiten kommt, ist unklar, wer von einer doppelten Staatsbürgerschaft profitiert, die ja auch die Integrationsfähigkeit der Russen in den Gesellschaften, in denen sie jetzt leben, verringert. Damit erhöht sich aber das Konfliktpotential, und die Lage der Schutzbedürftigen, die zum Beispiel Herr Putin "verteidigen" will, verschlechtert sich.

Das zeigt, daß viele russische Politiker keine klare Vorstellung mit dem Begriff "nationale Interessen" verbinden. Deshalb können sie auch nicht ermessen, welche Folgen die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung russischer Interessen möglicherweise haben.

Wir beklagen, daß es keine einheitliche außenpolitische Konzeption gibt. Ich könnte Ihnen mindestens drei bis vier Grundkonzeptionen nennen, die im russischen Establishment vorherrschen; ganz zu schweigen von der russischen Gesellschaft, in der es wohl Dutzende von Konzeptionen gibt.

Zu den Äußerungen von Kosyrew über die lebenswichtigen Interessen Rußlands, die so viel Widerspruch und Zweifel ausgelöst haben, will ich nur sagen, daß man Kosyrew wirklich keinen Imperialisten nennen kann. Wie auch immer seine Worte über die besonderen russischen Interessen

der postsowjetischen Ära zu interpretieren sein mögen, er hat lediglich festgestellt, daß es diese besonderen Interessen gibt, daß wir aber keine Vorherrschaft wollen. Wenn man nicht seine Worte, sondern seine Taten und die des von ihm geleiteten Ministeriums beurteilt, dann kann von Großmachtstreben überhaupt keine Rede sein. Gerade wurde ein Vertrag mit Grusinien unterschrieben, in dem die territoriale Integrität dieses Staates anerkannt wird. Vor einigen Monaten wurde ein Vertrag mit Turkmenien geschlossen, in dem ebenfalls die territoriale Integrität dieses Staates anerkannt wird, und ich könnte eine ganze Reihe weiterer Beispiele anführen.

Was ist das für eine Politik? Man kann ihr vielleicht mangelnde Berechenbarkeit vorwerfen, keinesfalls aber imperialistische Tendenzen. Eine klassisch imperialistische Konzeption vertritt in Rußland heute nur ein Politiker: Schirinovskij. Er bekräftigt in der Öffentlichkeit immer wieder seine Vision von einem Frieden, die mit der Wiederherstellung Rußlands als Großmacht verbunden ist, wobei sich schwer abschätzen läßt, in welchen Grenzen er sich dieses Rußland vorstellt. Alle anderen Politiker aber, selbst die Kommunisten, die nicht als Abenteurer gelten möchten, haben eingesehen, daß die Forderung, die Sowjetunion unter den heutigen Bedingungen wiederauferstehen zu lassen, Krieg bedeuten würde. Aber den will Rußland nicht; besonders heute nicht, da alle politischen Parteien geradezu wetteifern, als Bewahrer der Stabilität und des Friedens zu gelten. Man kann diesen "Kampf um den Frieden" belächeln; aber man muß zur Kenntnis nehmen, daß er die vorherrschende Stimmung in der russischen Gesellschaft widerspiegelt, die auf keinen Fall eine Destabilisierung will.

Die Kommunisten und einige andere politische Kräfte sind um territoriale Einigung bemüht. Dabei geht es um Gebiete, deren Bevölkerung bereits selbst den Wunsch geäußert haben, sich der Föderation wieder anzuschließen; das sind Südossetien, das Dnjestr-Gebiet, Abchasien und die Krim. Die Befürworter einer solchen Konzeption verstehen nicht, daß, wenn man Teile aus dem Ganzen herausreißt - ob das Grusinien, die Moldaurepublik oder die Ukraine ist;- , ein Gürtel von Haß um Rußland herum entstehen kann. Rußland wäre damit auf Jahre hinaus isoliert.

Es gibt eine dritte Konzeption, die meiner Einschätzung nach ihre Anhänger finden wird, wenn sie bisher auch nur sehr wenig Zuspruch findet: Das ist die Isolierung von den übrigen GUS-Ländern, die sich auf einen wachsenden nationalen russischen nicht sowjetischen -Egoismus gründet. Warum soll Rußland, das ein klein wenig besser dasteht als die anderen GUS-Staaten, seine ohnehin nicht gerade reichen Ressourcen für die Unterstützung der Länder verwenden, die früher der Sowjetunion angehörten? Sollen diese neuen, unabhängigen Staaten doch leben, wie sie wollen. Diese Konzeption tauchte erstmals auf der politischen Bühne auf, als es um Streitigkeiten über die Vereinigung der russischen und weißrussischen Geldsysteme ging. Wie Sie vielleicht wissen, hat Vizepräsident Gajdar als einen der Gründe, die zu seinem Rücktritt führten, die Differenzen bei der Vereinigung der Geldsysteme genannt. Er befürchtete, sie könnte der russischen Wirtschaft Schaden zufügen und die Inflationsspirale wieder ankurbeln.

Meinungsumfragen zeigen, daß diese Vorstellung potentielle Anhänger hat. Auf die suggestive Frage: "Wollt Ihr den Anschluß Mittelasiens an Rußland?" antwortet die erdrückende Mehrheit der russischen Bevölkerung: "Nein, das wollen wir nicht." Und angesichts der alltäglichen Versorgungslage sagt die überwiegende Mehrheit auch: "Zieht die Truppen aus Tadschikistan ab", so wie man ebenso der Angliederung des Kaukasus ablehnend gegenübersteht. Nur die Gebiete an der Schwarzmeerküste bilden da eine Ausnahme.

Diese Konzeption ist natürlich keine tragfähige Grundlage für eine reale Politik, da in der Realität alle GUS-Staaten so abhängig voneinander und schicksalhaft miteinander verwoben sind, daß eine solche Isolation nicht zu verwirklichen ist. Aber ich halte sie als ideologisches Element für sehr wichtig und nützlich. Sie steht jedenfalls im Widerspruch wenn nicht zum Großmachtstreben, so doch zu einer sowjetischen Vision. Für den russischen Menschen war nicht Rußland, sondern die gesamte Sowjetunion die Heimat. So ist es in einem Lied ausgedrückt: "Unsere Adresse hat keine Hausnummer und keinen Straßennamen, unsere Adresse heißt Sowjetunion." Die Erschließung einer neuen Raumdimension für die Russen innerhalb der russischen Föderation ist ein langwieriger Prozeß, der für viele Menschen noch nicht abgeschlossen ist. Ein gesunder Isolationismus kann gegen diesen Prozeß beschleunigen. Je schneller die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland verläuft, je höher der Wohlstand steigt, um so geringer wird der Wunsch der Russen, für eine Wiederherstellung der Sowjetunion zu kämpfen.

Schließlich komme ich zu einer Konzeption, die mir realistisch erscheint und die als die Regierungskonzeption gilt, der offiziellen Position zumindest sehr nahe ist. Es ist ein Konzept zur Integration. Seine Quintessenz besteht darin, heute nicht mehr Territorien zu vereinigen, sondern Wirtschaftssysteme. Es müssen darüber hinaus zwischenstaatliche Institutionen errichtet werden, die sich der Probleme unsicherer Grenzen annehmen.

Wenn also zum Beispiel die Schwarzmeerflotte weder der Ukraine noch Rußland gehören, sondern einer gemeinsamen Institution der GUS unterstehen würde, wäre das psychologisch für beide Staaten annehmbarer als die Flottenteilung. Wenn alle Bürger der GUS das gleiche Recht hätten, Wohnungen zu verkaufen oder zu kaufen, dann würde das viele Probleme lösen, die daraus resultieren, daß Menschen ein gemeinsames Leben führen, obwohl sie durch Grenzen getrennt sind.

Auf der Grundlage bilateraler Beziehungen muß diese integrative Konzeption durch eine Konzeption selektiver Partnerschaft ergänzt werden, das heißt, es muß eine Priorität für Partnerschaften mit stabilen, intakten Staaten geben. Diese Stabilität darf nicht auf Machtansprüche gegründet sein wie zum Beispiel in Usbekistan, sondern muß eine demokratische Basis haben, wie zum Beispiel in Litauen. Außerdem wird diese selektive Partnerschaft natürlich auch von einer Vielzahl kultureller und wirtschaftlicher Verbindungen bestimmt sein. Die inneren Bindungen zwischen den Slawen, Christen, Mohammedanern und Turkstämmen im postsowjetischen Raum werden sich zweifellos als dauerhafter erweisen als die Beziehungen zu anderen Staaten. Die Bindungen zwischen Rußland, der Ukraine, Weißrußland, Armenien und Grusinien können die Basis für eine engere Zusammenarbeit sein. Gleichzeitig wird der zentralasiatische Bund innerhalb der GUS gestärkt. Trotz der Irritationen wegen der Ukraine glaube ich, daß im gesellschaftlichen Bewußtsein beider Staaten das Gefühl der gegenseitigen Nähe und Verwandtschaft überwiegen wird.

So sehen meiner Meinung nach die vielfältigen Tendenzen und die verschiedenen Ziele und Konzeptionen der russischen Außenpolitik heute aus.

Meyer-Landrut

Ich meine, das war eine eindrucksvolle Darstellung des Übergangs, einer Szenerie, die noch von vielen Unsicherheiten geprägt ist.

Bei der Frage nach der Definition nationaler Interessen habe ich Herrn Pain allerdings so verstanden, daß wir es damit im Westen leichter haben. Das ist aber keineswegs der Fall, wie wir Deutschen besonders nach der Vereinigung festgestellt haben. Zum Thema, wie es um die nationalen Interessen steht und wie sie sich in der Politik niederschlagen, könnte ein eigener Bergedorfer Gesprächskreis sinnvoll sein.

Herr Pain hat die Frage der Grenzänderungen angesprochen. Ich möchte daran erinnern, daß die deutsche Delegation seinerzeit bei der Formulierung der Schlußakte von Helsinki - ich habe an diesem Prozeß intensiv teilgenommen - den größten Wert darauf gelegt hat, daß der Prinzipienkatalog, der die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität festlegte, erweitert wurde um die Möglichkeit der friedlichen Grenzänderungen. Das war für uns ein außerordentlich wichtiges Thema im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung. Wie hätten wir dies ohne "peaceful change" erreichen können? Das ist also ein Element des Völkerrechts, über das es keine Diskussion geben kann.

Markow

Ich glaube, daß bei allen Unwägbarkeiten des innenpolitischen Kampfes in der russischen Außenpolitik doch ein gemeinsamer Nenner existiert, der nun seit über drei Jahren den Präsidenten wie den Außenminister der Russischen Föderation schützt. Obwohl unsere Gesellschaft wirklich noch nicht konsolidiert ist und obwohl ihr klare Strukturen fehlen, gibt es doch offenbar eine Übereinstimmung darin, daß die russische Außenpolitik bestimmte Traditionen der sowjetischen Außenpolitik fortsetzt, wenn es auch schwierig für Rußland ist, die goldene Mitte beizubehalten, also einerseits etwas zu bewahren und andererseits, sich von etwas loszusagen. Dieser gemeinsame Nenner sind die Wirtschaftsinteressen Rußlands, die Priorität der wirtschaftlichen Stabilität.

Für mich als Journalisten - der ich geblieben bin, obwohl ich inzwischen eine Agentur leite - ist die Hinwendung des öffentlichen Interesses zur Außenpolitik ein Phänomen.

Die überwiegende Mehrheit der Journalisten beschäftigt sich zur Zeit lieber mit der Außenpolitik als mit Fragen der Abrüstung oder der internationalen Sicherheit.

Was den Begriff "nahes Ausland" betrifft, so hat dieser in der Gesellschaft bereits Fuß gefaßt. Die Diskussion in Deutschland kommt ein wenig zu spät. Man hätte früher sagen müssen, daß dieser Ausdruck nicht gefällt. Auch wir selbst waren darüber nicht allzu erfreut. Aber er hat sich inzwischen eingebürgert. Immerhin geht es dabei um Gebiete, die vor kurzem noch einem einzigen Land angehörten.

Daß sich die Akzente verschoben haben, zeigt auch folgendes Beispiel: Gorbatschow war im westlichen Ausland populärer als in seinem eigenen Land. Das entsprach der Bedeutung, die zu der Zeit die Außenpolitik hatte. Bei Jelzin sieht die Sache anders aus, zumindest, wenn man die letzte Zeit betrachtet. Nach der Überwindung der Konfrontation zwischen Ost und West ist es für uns schwierig, unseren Kollegen zu erklären, daß die Stereotypen, die sie für die UdSSR verwandt haben, nicht auf Rußland übertragen werden sollten. Das betrifft auch die Diskussion um die NATO und die wirtschaftliche Integration Rußlands in Europa. Diese Themen hat Herr Meyer-Landrut zu Recht angesprochen.

Ich meine, daß die Verständnisschwierigkeiten, die wir miteinander haben, in hohem Maße in dem Zögern begründet sind, das weite Kreise der deutschen Wirtschaft Investitionen in Rußland gegenüber an den Tag legen. Damit komme ich als Vertreter der russischen Nachrichtenagentur "Nowosti" zu meinem Lieblingsthema: Es fehlen Strukturen, die uns helfen könnten, das fehlende Verständnis untereinander zu überwinden. Ich erinnere daran, daß wir in Rußland CNN sehen; wir kennen BBC und hören den französischen Sender "Euro plus". Mit Deutschland aber haben wir zur Zeit nicht ein einziges gemeinsames Projekt im Bereich der Massenmedien. Auch das hängt mit der abwartenden Haltung zusammen, die in der deutschen Wirtschaft gegenüber der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland vorherrscht. Alle politischen Kräfte in Rußland sind gleichermaßen an deutschen Investitionen interessiert. Natürlich gibt es verschiedene Meinungen über die Bedingungen für solche Investitionen. Aber es gibt keinen Zweifel, daß alle politischen Gruppierungen - von den Kommunisten bis zu den Radikaldemokraten, vielleicht sogar Schirinovskij - befürworten, daß ausländisches Kapital nach Rußland fließt.

Jagja

Ich möchte Herrn Markow insofern widersprechen, als sich die Beziehungen zwischen Deutschland und St. Petersburg, insbesondere zwischen Hamburg und St. Petersburg, sowohl bei den Investitionen als auch in den Handelsbeziehungen und in den zwischenmenschlichen Beziehungen bereits sehr positiv entwickelt haben. Die deutsch Petersburger Beziehungen können geradezu als Vorbild für die Zusammenarbeit zwischen einem Subjekt der Russischen Föderation und dem Westen dienen.

Meyer-Landrut

Bei unserer Botschaft in Moskau und bei unseren Wirtschafts- und Handelsrepräsentanten häufen sich die Wünsche nach Investitionen. Ich habe aber Herrn Kasmin ein Projekt zurückgeben müssen, das aufgrund der neuen Steuerpolitik und anderer Schwierigkeiten, die von der Seite des russischen Staates gemacht werden, eine wirtschaftlich rentable Realisierung absolut ausschließt. Insofern, Herr Markow, müssen zunächst die strukturellen Voraussetzungen für Investitionen in Rußland geschaffen werden.

Jagja

Herr Pain sagte, von nationalen Interessen werde in Rußland erst seit kurzem gesprochen, was auf bestimmte politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen zurückzuführen sei. Ich meine dagegen, dieser Begriff existierte schon früher in der Sowjetunion; nur nannte man das damals staatliches Interesse. Und wenn Herr Markow betonte, daß Rußland gegenwärtig auf der Suche nach seinen besonderen nationalen Interessen sei, so ist das sicher richtig, wenn es auch in einer Reihe von Fällen meiner Ansicht nach dieselben staatlichen Interessen sind, wie sie früher die Sowjetunion verfolgt hat.

Ich war seinerzeit sehr verwundert, als ich erfuhr, daß 1992 im russischen Außenministerium eine Konferenz stattgefunden hat mit dem Ziel, die nationalen Interessen Rußlands zu definieren. Zu diesem Forum von Wissenschaftlern und Experten wurden unter anderem amerikanische Fachleute eingeladen, an der Spitze Henry Kissinger. Darüber waren auch Amerikaner erstaunt, mit denen ich in den letzten Jahren Kontakt hatte.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß man die russische Außenpolitik nicht in die Beziehungen zum nahen, mittleren und entfernten Ausland unterteilen kann - wobei ich unter "mittlerem Ausland" Europa verstehe. Die Außenpolitik ist einheitlich; sie geht von allgemeinen strategischen Zielen Rußlands aus, die natürlich im Hinblick auf konkrete Regionen spezifiziert werden. Es ist sicher kein Zufall, daß der Erste stellvertretende russische Außenminister, Herr Adamischin, versucht, die Zuständigkeit des russischen Außenministeriums auf den Schutz der russischsprachigen Bevölkerung

auch über die Grenzen des nahen Auslandes hinaus auszudehnen. Dabei geht es auch um die Russen, die in den USA und in einer Reihe anderer Staaten über die ganze Erde verteilt leben.

Wenn wir über die russischsprachige Bevölkerung sprechen, frage ich mich immer wieder, was denn darunter zu verstehen ist. Wenn man näher hinschaut, stellt man fest, damit sind Menschen gemeint, deren Mutter- oder Zweitsprache Russisch ist. Ich weiß, daß in Kirgisien etwa 1,5 Millionen Ukrainer leben. Aber bitten diese Ukrainer entweder Rußland oder die Ukraine um Schutz? Niemand weiß hier eine schlüssige Antwort.

Ich habe mich seinerzeit sehr gefreut, als 1992 in Kopenhagen der Rat der Ostseeanrainerstaaten gebildet wurde. Ich gehörte dort der russischen Delegation an. Bereits bei der zweiten Konferenz dieses Rates im vergangenen Jahr wurde der Beschluß gefaßt, einen Ratskommissar zum Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten einzusetzen. Er sollte die Arbeit des KSZE-Kommissars für Menschenrechte und nationale Minderheiten ergänzen. Leider ist es dazu aus irgendwelchen Gründen nicht gekommen, und so blieb diese Frage in der Luft hängen.

Aber wer wird zur russischsprachigen Bevölkerung gerechnet zum Beispiel in Estland oder Lettland? Wie verhält es sich mit den Ukrainern und Weißrussen dort? Ich füge noch einen anderen Gesichtspunkt hinzu: Die Russen, die zum Beispiel in Usbekistan leben, haben eine andere Mentalität als die Russen, die in Rußland leben. Ich weiß das von meinen Feldforschungen, die ich in Usbekistan und anderen mittelasiatischen Republiken durchgeführt habe. Das ist einer der Gründe, warum sie weiterhin in diesen Republiken bleiben wollen, abgesehen von den Schwierigkeiten bei der Übersiedlung und angesichts der schwierigen Lebensverhältnisse in Rußland selbst.

Wenn hier einige meiner russischen Kollegen davon gesprochen haben, Rußland habe Territorien, die ihnen schon immer gehörten, jetzt freiwillig an die neuen, unabhängigen Staaten abgegeben, dann erfüllt mich diese Aussage mit großer Verwunderung. Um welche Gebiete handelt es sich dabei? Wenn die Krim gemeint ist, ist festzustellen, daß diese ursprünglich nie zu Rußland gehört hat, sondern in den Jahren 1783 bis 1793 von Rußland erobert wurde. Wenn Nordkasachstan gemeint sein sollte, dann muß man auch da konstatieren, daß dieses Gebiet von Rußland seinerzeit annektiert wurde. Das ist jetzt Geschichte; aber man sollte nicht behaupten, es handele sich hierbei um ursprünglich russische Gebiete. Mit solchen Erklärungen provoziert man nur imperialistische Stimmungen, die eine Großmachtspolitik ermöglichen.

Herr Pain dürfte sich versprochen haben, als er auf die mögliche Veränderung von Grenzen in der Zukunft hinwies. Dabei geht es natürlich nicht um die Veränderung von Grenzen, sondern um mögliche neue territorialstaatliche Gebilde in den Grenzen der früheren Sowjetunion. Das heißt, unabhängige Staaten könnten sich in der einen oder anderen Form vereinigen. Was das Verhältnis einzelner Völker und Territorien zueinander betrifft, so besteht dies in einer Reihe jetzt unabhängiger Staaten bereits seit vielen Jahrzehnten und ist nicht erst jetzt entstanden.

Ein Beispiel dafür ist Abchasien, das viele Jahre mehrfach den Wunsch geäußert hat, sich Rußland anzuschließen und aus Grusinien auszutreten. Es hieß hier, die russische Politik in bezug auf Grusinien und Abchasien sei nicht konsequent. Jetzt müssen wir feststellen, daß die Ratifizierung des Abkommens mit Grusinien die Kampfhandlungen zwischen Grusinien und Abchasien in der jüngsten Zeit erneut hat aufflackern lassen. Der Pakt zwischen Abchasien und Adygejen, die im Nordkaukasus und in Rußland leben und irgendwann einmal ein Volk waren, kann dazu führen, daß Grusinien endgültig verliert, wenn es seine bisherige Politik fortsetzt.

Herr Pain hat von Naltschik gesprochen, wo Präsident Jelzin sich mit den führenden Politikern der nordkaukasischen Republiken getroffen hat. Dabei hatte sich der Ton der nordkaukasischen Führer gegenüber früher verändert, indem sie machtbewußter auftraten.

Ich möchte Sie in dem Zusammenhang an ein Wort von Talleyrand erinnern: Mit Bajonetten kann man alles möglich machen, nur nicht daraufsitzen. Die Zukunft Rußlands wird ganz wesentlich von seiner Politik in der Nationalitätenfrage abhängen.

Pavlova-Silvanskaja

Dieser Diskussion fehlt meiner Meinung nach ein Element: Das ist der Umschwung in der russischen Außenpolitik nach dem Besuch Jelzins in Polen. Seine Visite hat in erheblichem Maße zur Verschärfung der Diskussion um die NATO beigetragen. In dem Zusammenhang möchte ich dem beipflichten, was Andrej Kokoschin gesagt hat, daß man nämlich die Sicherheitsproblematik nicht nur auf der Ebene Rußland-Deutschland behandeln dürfe. In die Diskussion müssen unbedingt weitere Länder eingeschaltet werden, zum Beispiel Frankreich.

Ich möchte hinzufügen, daß eine realistische und erfolgversprechende europäische Sicherheitspolitik unmöglich ist, wenn die Interessen der zentraleuropäischen Länder außer acht gelassen werden. Dieser Bereich unserer Außenpolitik hat schon immerzu den am wenigsten beachteten gezählt. Auch ist die Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber Zentraleuropa niemals wirklich formuliert worden. Das gilt gleichermaßen für Rußland. Einer unserer Politologen folgerte daraus, daß Rußland die erste Runde des politischen Spiels um das Problem der NATO-Erweiterung gewonnen habe. Die zweite Runde droht verlorenzugehen; und zwar deswegen, weil gerade dieser wichtige Bestandteil der russischen Außenpolitik in vieler Hinsicht irrational und nur schwach ausgeprägt ist.

Ebenso ist aber die Feststellung gerechtfertigt, daß nicht ein einziger mitteleuropäischer Staat über eine detailliert ausgearbeitete Außenpolitik verfügt. Von ihnen erwartet man das auch nicht, da es in Rußland zu viele Unsicherheitsfaktoren gibt, als daß sie eine einheitliche Konzeption formulieren könnten. Deshalb haben wir es vorerst mit dem Dreieck Rußland - Mitgliedsländer der NATO - Zentraleuropa zu tun. Die Staaten der letztgenannten Region leben ständig in Angst, die bei einigen Ländern historisch begründet ist. Die Gefahrenmomente sind aber durchaus aktuell und stellen eine Realität dar; darüber müssen wir uns im klaren sein.

Die Polen sprechen oft von dem "Polnischen Korridor", den die russische Armee durchschreiten kann, um die Verbindung mit Kaliningrad aufrechtzuerhalten. Angst können auch die Aussagen einiger russischer Politiker auslösen; ich denke dabei weniger an die Drohungen Schirinovskijs, als vielmehr an die nebulösen Ausführungen des russischen Verteidigungsministers zu der besonderen Lage Rußlands in der "Partnerschaft für den Frieden". Jedenfalls sind die Thesen Pavel Gratschows recht beleidigend, wenn er praktisch zum Ausdruck bringt, man solle in allen wichtigen Fragen Rußland konsultieren. Aber Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben gute Gründe anzunehmen, daß diese These eine andere Form annehmen wird.

Die Ängste dieser Länder sind also durchaus real, um so mehr, als der russische Außenminister, von Beruf Amerikanist, einen intensiven Dialog mit den USA und Deutschland über die Köpfe der zentraleuropäischen Länder hinweg führt. Es ist meiner Meinung nach nicht ganz zutreffend, wenn man sagt, die erste Runde in dem politischen Spiel um die NATO habe Rußland gewonnen. Boris Jelzins spontane Äußerung, Polen könne sich der NATO ungehindert anschließen, macht deutlich, wer in Wirklichkeit zur Zeit Polen den Weg in die NATO verbaut. Der anschließend folgende Wechsel in der russischen Außenpolitik, der heftige Widerstand gegen eine Erweiterung der NATO, hat den trügerischen Eindruck erweckt, als sei Rußland das Haupthindernis auf dem Wege der zentraleuropäischen Länder zum NATO-Beitritt.

Die zweite Spitze des Dreiecks bilden die NATO-Länder, darunter auch die USA, die vorerst eine abwartende Haltung in dieser Frage einnehmen und offenbar noch keine klare Entscheidung dazu getroffen haben. Aber die Ausführungen von Volker Rühle zu diesem Thema waren eindeutig: Er verbindet die Ausweitung der NATO auf die Länder Zentraleuropas mit ihrem Beitritt in die Europäische Union. Diese Perspektive ist sicher langfristig, sie ist aber durchaus realistisch.

Die dritte Spitze schließlich bildet Rußland. Es geht darum, daß Rußland seine Grenzen definieren muß. Das aber ist ein sehr schwieriges Unterfangen. Über die Varianten bei der Definition der territorialen Ausdehnung Rußlands hat Emil Pain bereits gesprochen. Ich glaube, daß Rußland bei der Bestimmung seiner Größe und bei der Formulierung seiner Politik in Fragen der nationalen Sicherheit von mehreren unstrittigen Annahmen ausgeht. Erstens hat Rußland praktisch keine Chancen, der Europäischen Union beizutreten. Zweitens führt eine Erweiterung der NATO zwangsläufig zu einer Schwächung der KSZE, die wohl kaum zum Kern eines europäischen Sicherheitssystems werden kann. So bleibt für Rußland nur die Perspektive, sich auf sich selbst und die GUS zurückzuziehen.

Darum werden in naher Zukunft die inneren Entwicklungen in der GUS auf die internationalen Beziehungen großen Einfluß haben. Die Frage ist, ob die GUS-Staaten den Weg des Isolationismus oder den des Internationalismus gehen werden. Wir müssen unseren Partnern erklären, wo sich wirklich neoimperialistische Tendenzen zeigen und wo lediglich propagandistische Erwägungen oder Klischees Symptome einer Rückkehr zur Großmachtspolitik vorspiegeln.

Keiner der GUS-Staaten, auch Rußland nicht, ist im Augenblick ein Staatsgebilde im europäischen Sinne. Die Formierung der Staatlichkeit ist noch nicht abgeschlossen. Ein Beleg dafür sind die Zahlen, die vor kurzem über die finanzielle Hilfe veröffentlicht wurden, die Rußland und andere GUS-Staaten im letzten Jahr erhalten haben: Usbekistan erhielt 53 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts, Kasachstan 49 Prozent, Turkmenistan 46 Prozent.

Der Luftraum der GUS-Länder wird bis heute von der russischen Luftwaffe kontrolliert, da es keine eindeutigen, gesicherten Grenzen zwischen den neu entstandenen Ländern gibt. Das ist der

Hintergrund für die Reintegrationsprozesse, die zur Zeit ablaufen. Welche Richtung sie nehmen, hängt in erster Linie davon ab, wie die Eliten, die diese Prozesse auslösen, sie formulieren werden. Ich glaube, daß in der nächsten Zukunft Bewegung in die Sache kommen wird. Es wird Versuche geben, neue Strukturen auch für den bereits existierenden Rat für kollektive Sicherheit oder für den Koordinationsstab für militärische Zusammenarbeit zu finden. Die europäischen Staaten müssen auf eine solche Entwicklung vorbereitet sein und sie entsprechend einschätzen.

Meyer-Landrut

Genau das werden künftig die Fragen sein, mit denen sich Rußland im Hinblick auf seine Nachbarn auseinanderzusetzen hat, nämlich Strukturen zu finden, die auf der einen Seite für das eigene Souveränitätsdenken annehmbar sind und auf der anderen Seite praktische Probleme lösen helfen.

Zagorski

Ich finde, Herr Pain hat unserer Diskussion die richtige Wendung gegeben. Deshalb möchte ich nur einige kurze Ergänzungen machen.

Zunächst müssen wir feststellen, daß die Außenpolitik gegenwärtig keine Priorität in Rußland hat. Sie hat nur entfernt mit den Problemen zu tun, die zur Entscheidung anstehen. Das bedeutet nicht, daß es keine Außenpolitik gibt und daß wir keinen Einfluß auf sie haben. Unter den Impulsen jedoch, denen die Außenpolitik unterworfen ist, haben zur Zeit wirtschaftliche Interessen besonders große Bedeutung. Das sollte man bedenken.

Trotz aller Unbestimmtheiten und Schwankungen in der russischen Politik zeichnet sich - das ist meine zweite These - eine gemeinsame Linie bei der allmählichen Bildung eines außenpolitischen Konsenses ab. Es ist noch nichts Konkretes, aber eine gewisse Übereinstimmung ist doch erkennbar. Bei Umfragen in der russischen Elite, die wir im letzten Jahr gemeinsam mit der Dienststelle B. Gruschins durchgeführt haben, zeigt sich eine allgemeine Zustimmung zur Konzeption der Europäisierung Rußlands, wenn diese Konzeption in sich auch sehr heterogen ist. Sie umfaßt viele verschiedene Tendenzen. Deshalb wird vieles von dem Zusammenwirken der politischen Kräfte abhängen. Ich bin zwar kein Anhänger dieser Konzeption, aber wir werden wohl mit ihrer Existenz rechnen müssen. Jedenfalls hat sie bereits die russische Politik im Jahre 1993 beeinflusst.

Meine dritte These stützt sich ebenfalls auf Umfragen, die wir im vergangenen Jahr in der russischen Elite durchgeführt haben. Sie lautet: Die konkrete russische Politik repräsentiert in keiner Weise die Vorstellungen des russischen Volkes oder seiner Elite. Dafür ein Beispiel: Im Oktober des vergangenen Jahres haben wir die russische Elite zur Erweiterung der NATO befragt. Das Ergebnis war auch für mich unerwartet: Die russische Elite steht dieser Frage vollkommen gleichgültig gegenüber und sieht weder positive noch negative Folgen. Wenn sich die NATO erweitern will - nun gut, soll sie doch! Wir sollten uns nicht einmischen, brauchen aber auch nicht gerade dabei Hilfestellung zu leisten.

Noch ein Beispiel zur mangelnden Repräsentativität der russischen Politik. Herr Pain sprach davon, daß Rußland den Krieg in Tadschikistan ablehne; ich muß allerdings hinzufügen, daß auch die russische Elite den Exodus der Russen aus Tadschikistan unterstützt. Auch ein großer Teil der russischen Armee ist der Ansicht, daß wir dort nichts zu suchen hätten. Dieser Krieg sei von vornherein verloren. Zu diesem Ergebnis bin ich nicht nur aufgrund von Umfragen gekommen. Die Stimmung derer im Generalstab und im Verteidigungsministerium, die sich konkret mit diesen Fragen beschäftigen, ist ebenso. Auch sie sprechen sich als Fachleute gegen unser Eingreifen im Bürgerkrieg von Tadschikistan und anderen Unruheherden aus.

Die vierte These beschäftigt sich mit der Frage, wen diese Politik repräsentiert. Wie in der Innenpolitik haben wir es leider auch hier mit aktiven politischen Minderheiten zu tun, die meist extreme Positionen - im positiven Sinne des Wortes - vertreten, also keinen Weg der Kompromisse verfolgen. Der kann sich erst allmählich herausbilden.

So ergibt sich meine fünfte These, daß man weder in naher Zukunft noch mittelfristig Stabilität und Berechenbarkeit von der russischen Außenpolitik erwarten darf. Es wird weiterhin Schwankungen geben, wenn man auch - das möchte ich nochmals hervorheben - eine gewisse Hinwendung zu einem Konsens beobachten kann, der sich aus allgemeinen philosophischen Grundlagen und der gemeinsamen Zivilisation ergibt.

Eine letzte Bemerkung zur Erweiterung der NATO. Ich kann die Gedanken, die Herr Minister Ruhe hier formuliert hat, nur unterstreichen. Auch ich sehe die Erweiterung der NATO als Teil eines umfassenderen Prozesses hin zur Bildung eines großen Europa. So betrachtet sind die Ausweitung

der Europäischen Union und die Erweiterung der NATO keine Schritte hin zu einem neuen Bruch Europas, sondern zu seiner Vereinigung, die allerdings einen anderen Weg genommen hat, als wir 1990 erwartet hatten.

Meiner Meinung nach betrifft dieser Prozeß nicht die Interessen Rußlands, zumindest dann nicht, wenn eine wichtige Bedingung erfüllt ist, daß nämlich Rußland ein echter Partner der Europäischen Union und der NATO wird. Wenn diese Partnerschaft zustande kommt, wird Rußland weniger Probleme mit der Erweiterung der NATO haben, als die NATO selbst. Darin stimme ich Frau Pavlova-Silvanskaja voll überein. Die Chance zu einer solchen Partnerschaft existiert; es ist das Programm "Partnerschaft für den Frieden". Wir müssen sie nutzen.

Meyer-Landrut

Gerade in dieser letzten Frage spielt das Wie natürlich eine enorme Rolle, und wir wissen, daß hier auch von russischer Seite das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde.

Fleischhauer

Erlauben Sie mir einige Hinzufügungen aus der Sicht des Rußlandhistorikers. Diese werden sich insbesondere mit der Entstehung der Mentalitäten in diesem Lande beschäftigen. Herr Pain hat ja bereits einige Resultate angemerkt, die aus den spezifischen Mentalbedingungen in diesem Lande hervorgegangen sind.

Es ist zuvor mit großer Selbstverständlichkeit davon gesprochen worden, daß Rußland ein europäischer Staat sei. Lediglich Herr Kokoschin hat in einer Seitenbemerkung das Wort "ein eurasisches Land" eingefügt, was nicht bedeutet, daß es ein eurasischer Staat ist.

Ich darf Sie daraufhinweisen, daß die Formulierung: "Rußland ist ein europäischer Staat" in der großen russischen Literatur nur ein einziges Mal auftaucht, nämlich aus der Feder einer deutschen Prinzessin auf dem russischen Zarenthron. Katharina die Große hat ihre berühmte Instruktion an die Kommission zur Kodifizierung des russischen Rechts mit Paragraph I begonnen, in dem es heißt: Rußland ist ein europäischer Staat - nicht ein europäisches Land wohlgemerkt.

Sie konnte zu diesem Zeitpunkt nichts anderes im Auge haben als die Tatsache, daß der Hof und die Dynastie, der Beamtenapparat und die Bürokratie und schließlich die russische Armee, insbesondere die Flotte, deutliche Züge einer europäischen Struktur trugen. Sie hat sich dabei auf ihren großen Vorgänger Peter den Großen berufen, der selbst viel besser wußte, daß Rußland keine Züge einer europäischen Großmacht trug. Er versuchte allerdings, den tragenden neuen Institutionen dieses Landes einen europäischen Charakter aufzuprägen. So hat er unter anderem die russische Flotte vor nunmehr 301 Jahren auf das Flottenstatut der schwedischen Flotte festgelegt.

Schweden, weit mehr als Preußen, hat das Beispiel für die Entwicklung der russischen Flotte und der russischen Armee abgegeben. Die preußische Kontinentalmacht hat erst später - nach den Freiheitskriegen - der russischen Armee als Vorbild gedient.

Wenn Katharina also davon sprach, daß der russische Staat in diesen drei Bestandteilen europäische Züge trug, so traf das sicher am stärksten auf die russische Armee zu. Nicht zufällig konnten wir in dieser Diskussion bemerken, daß sich der Dialog zwischen einem deutschen Verteidigungsminister und einem russischen Vize-Verteidigungsminister in geübten dialogischen Formen vollzieht.

Übersehen wird hierbei häufig, daß die anderen Ressorts in Rußland - wie zur Zarenzeit, so auch in der sowjetischen und in der heutigen Zeit - weit weniger von diesem europäischen Modell durchdrungen waren. So gibt es etwa im Außenministerium bis heute einen erbitterten Kampf um die Durchsetzung einer der drei möglichen Konzeptionen: einer Orientierung nach Europa, einer Orientierung nach Asien und einer globalen Orientierung.

Katharina die Große ist mit ihrer Instruktion an die Kommission zur Kodifizierung des russischen Rechts, eine Rechtsordnung in Rußland zu schaffen, die im wesentlichen europäischem Rechtsdenken entsprach, gescheitert. Ihr Enkel und Nachfolger, Alexander I., hat ebenso vergeblich versucht, Rußland eine europäische Rechtsordnung zu geben.

Nikolaus I. hat es mit eiserner Hand verstanden, die Kommission endlich zu dem Erfolg zu führen, einen russischen Kodex auszuarbeiten. Er hat damit, ähnlich wie Peter I., die Gesellschaft gespalten - mit für die russische Entwicklung verheerenden Folgen. Peter I. hat die Gesellschaft gespalten, indem er große Teile der Gesellschaft in die Opposition abdrängte. Nikolaus I. hat das russische Rechtsbewußtsein gespalten, indem er ein kodifiziertes Recht verordnete, das nicht den Rechtsinstinkten und Rechtsbegriffen des Volkes entsprach.

Diese Teilung des russischen Bewußtseins hat bis zum Ende des 19. Jahrhunderts angedauert, als eine Pleiade der besten Denker Rußlands versuchte, ein integratives Modell zu entwickeln, das sie als Eurasiertum bezeichneten. Ihre Überlegung war, daß man einem sozialistischen Kollektivismus, wie ersieh zu dieser Zeit politisch zu manifestieren begann, den Boden entziehen mußte, weil er für Rußland eine verheerende Wirkung haben würde.

Auch dieser Versuch ist gescheitert. Rußland hat mit der Sowjetunion dem Kollektivismus den Vorzug gegeben und im wesentlichen ein asiatisches Produktionsmodell weiterentwickelt.

Wenn Herr Sobtschak in seinem Referat davon sprach, daß die erste Säule der kommunistischen Macht, nämlich die kommunistische Partei, gestürzt sei, so muß man dazu einschränkend bemerken, daß zwar die kommunistische Partei gestürzt wurde, daß aber die kollektivistische Ideologie, die erst den Sieg des Kommunismus in Rußland möglich machte, weiterbesteht.

70 Prozent der Betriebe in Petersburg seien privatisiert: Ja - aber die Privatisierung entspricht in weitem Maße einem kollektivistischen Modell. Kooperative, Großbetriebe sind nicht Privatunternehmen im westeuropäischen Sinne des Privateigentums.

Rußland gehört ebenso zu Europa wie zu Asien. Es hat viele Gesichter, die sich in seinen vielfältigen Institutionen widerspiegeln. Es würde sicher zu gravierenden Mißverständnissen führen, wenn wir Westeuropäer Rußland mit euro-zentristischen Maßstäben messen wollten, um es auf diese festzulegen. Viele unserer Politiker sind auf die Realitäten dieses Landes überhaupt nicht vorbereitet. Wir sind in der Gefahr, die russische Außenpolitik heute als eine Sphinx mit vielen Gesichtern zu sehen, wenn wir uns nicht auf ihre Grundbegriffe und auf die hinter diesen Gesichtern stehenden Mentalitäten verstehen.

So scheint es mir, daß in verschiedenen westlichen Kreisen auch die Beurteilung der russischen Militärmacht fehlerhaft ist. Es wäre sicher falsch, aus dem russischen Truppenrückzug in Westeuropa eine Schwäche oder eine Orientierungslosigkeit der russischen Militärmacht ableiten zu wollen. Als eine asiatische Macht war Rußland immer in der Lage, das zu tun, was sich nach asiatischem Selbstverständnis versteht, nämlich: Stärke im Sieg zu beweisen und diese Stärke auch durch Rückzüge zu unterstreichen.

Ich erinnere an zwei historische Fälle: Zum einen an den Rückzug der russischen Truppen aus Berlin bei Ende des Siebenjährigen Krieges, als Peter III. die Macht übernahm und kompensationslos die russischen Truppen aus Preußen nach Rußland abzog. Zum zweiten nach dem Sieg über Napoleon, als Alexander I. seine Truppen, die in Paris standen, wieder zurückzog, obwohl es ihm ein leichtes gewesen wäre, diese bis zum Atlantik vorzuschieben. Gegenwärtig erleben wir den dritten Rückzug in der russischen Geschichte, den Gorbatschow eingeleitet hat. Es wäre indes verfehlt, hinter dieser Haltung Schwäche des russischen Militärs zu vermuten.

Ich meine, wir müßten mehr als bisher versuchen, auf die Mentalitätshintergründe dieser Phänomene einzugehen und nicht voreilig irgendwelche Strategien entwickeln, die sich später an der Realität bestimmter russischer Institutionen stoßen könnten.

Hahn

Ein Wort zur europäischen Architektur, die sich bereits abzeichnet. Mit den Assoziierungsabkommen, die die Europäische Union mit einigen Nachbarländern Rußlands abgeschlossen hat, ist der künftige Beitritt dieser Länder festgelegt. Auf dem Gipfel von Kopenhagen vom Juni 1993 wurde unzweideutig beschlossen, daß der Beitritt - beispielsweise Polens, Herr Reiter - erfolgt, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und die Aufnahmebedingungen erfüllt sind. Die Osterweiterung der Europäischen Union ist somit ein Acquis der europäischen Politik.

Klar ist auch, daß wir das Verhältnis zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auf eine neue Grundlage stellen wollen. Wir haben ein Mandat, Abkommen zu schließen, die wir zur Zeit mit einzelnen Ländern verhandeln. Mit der Ukraine ist bereits ein solches Abkommen zustande gekommen, das demnächst ratifiziert wird. Wir hoffen, daß Rußland das nächste Land sein wird. Allerdings sind wir bisher in den Verhandlungen noch nicht recht vorangekommen.

Die Europäische Union ist also keineswegs daran interessiert - wie es vorhin einmal anklang;-, Rußland zu isolieren. Wir haben auch ein großes Interesse an einem wirtschaftlich starken Rußland. Denn nur mit einem soliden Wirtschaftspartner kann man eine gemeinsame Zukunft gestalten.

Die Europäische Union wird in all diesen Fragen schrittweise vorgehen. Wir müssen sehen, wie sich die Zusammenarbeit mit Rußland in Zukunft entwickeln wird.

Ash

Dean Acheson hat vor dreißig Jahren gesagt, Großbritannien habe sein Imperium verloren und noch keine Rolle gefunden. Die Lage Rußlands und Englands kann man sicherlich nicht vergleichen, aber die britische Erfahrung zeigt, wie lange es dauern kann, bis man nach dem Verlust des Imperiums eine Rolle findet.

Ich möchte zwei Bemerkungen zur Diskussion machen. Erstens will ich die Bedeutung der Grundsatzposition unterstreichen, die Volker Rühle dargestellt hat. Wenn wir "den Westen" in Gestalt einer Osterweiterung der Europäischen Union und der NATO näher an Rußland heranbringen, dann bedeutet das keine Einkreisung, keine Bedrohung und keine Gefahr für Rußland. Im Gegenteil: Es ist für Rußland eine Chance. Ich halte es für einen geradezu verhängnisvollen Fehler, daß westliche Politiker in den letzten zwei Jahren so getan haben, als sei dies eine Bedrohung für Rußland. Denn dadurch hat man Rußland in dieser Überzeugung nur bestärkt.

Zum zweiten freue ich mich, daß wir so viel über Interessen reden. Dennoch wende ich mich gegen den Begriff "legitime Interessen", den Herr Höynck in die Diskussion gebracht hat; Rußland habe "legitime Interessen" im Bereich der ehemaligen Sowjetunion. Rußland hat zweifellos unmittelbare Interessen in den direkten Nachbarstaaten, so wie es etwa auch Interessen in Asien hat oder im Verhältnis zu Amerika, und die sind nicht weniger legitim. Und Schweden hat unmittelbare Interessen in den baltischen Staaten oder Polen in Litauen, und auch die sind nicht weniger legitim.

Ich meine, Interessen sind weder legitim noch illegitim; sie sind einfach vorhanden. Anders ist es, wenn man nach den Mitteln fragt, die angewendet werden, um diese Interessen zu verfolgen. Das heißt, welche Mittel sind bei der Interessenverfolgung legitim oder illegitim? Herr Stürmer hat dies im Zusammenhang mit den sogenannten friedensstiftenden Missionen der russischen Truppen in verschiedenen Republiken der ehemaligen Sowjetunion angesprochen, und Herr Höynck hat zu Recht die Möglichkeit einer Internationalisierung angeführt, daß man sich dabei zumindest an internationalen Normen orientiert.

Nun sind Fragen wie die nach den russischen Minderheiten in der Tat sehr viel komplizierter. Wenn hier etwa die Rede war von den "russisch sprechenden Menschen" in den Nachbarstaaten Rußlands, dann ist das eine sehr breit gefaßte Definition von Minderheit. Um es ad absurdum zu führen: Wenn wir die britische Nationalität als die der englisch sprechenden Menschen definieren würden, kämen wir auf einen Staat, der etwas größer als China ist.

Dazu gehört auch das Thema der doppelten Staatsbürgerschaft. Das mag in einigen Fällen angebracht sein. Aber gerade die Erfahrung in Mitteleuropa zeigt, wie kompliziert die Verhältnisse sind. Ich denke etwa an die Lage der deutschstämmigen, deutschsprachigen oder nicht Deutsch sprechenden Deutschen in Polen oder der deutschsprachigen Menschen türkischer Abstammung in Deutschland. Da muß man schon sehr genau definieren, was doppelte Staatsbürgerschaft heißen soll, welche Rechte und welche Pflichten gegenüber welchem Staat gemeint sind. Beispielsweise in Sachen Wahlrecht oder bei der Wehrpflicht.

Wir sollten uns nichts vormachen, in diesen Fragen lassen sich im Grunde kaum internationale Lösungen finden. Auch im Rahmen der KSZE dürfte dies nur sehr begrenzt möglich sein.

Was wir indes tun könnten, ist, aufgrund unserer west- und mitteleuropäischen Erfahrungen mit solchen Fragen bestimmte liberale europäische oder westliche Grundsätze, Normen, sogar Modellösungen gegenüber der GUS und den unmittelbaren Nachbarstaaten Rußlands in die Diskussion zu bringen.

Außerdem meine ich, daß wir in der internationalen Gemeinschaft klipp und klar sagen sollten, welche Mittel zur Realisierung zweifellos vorhandener Interessen definitiv illegitim sind. Was zweifelsfrei legitime Mittel sind, ist manchmal schwierig festzustellen. Doch was eindeutig illegitime Mittel sind, darauf müßte man sich einigen können.

Höynck

Angesichts der vielfältigen Probleme und potentiellen Konflikte, die in dieser Diskussion auf den Tisch kommen, könnte einem angst und bange werden. Dennoch bleibe ich eher optimistisch, wenn es uns gelingt, entsprechende Strukturen, internationale Organisationen und Institutionen zu schaffen, die in der Lage sind, diese Konflikte zu lösen.

In diesem Zusammenhang sollte man das große Interesse Rußlands an der KSZE ernster nehmen. Wir sprechen vorwiegend über Institutionen wie Europäische Union, WEU und NATO, die uns nahestehen und in denen wir gestalterische Möglichkeiten haben, und übersehen dabei leicht, daß

auch unsere östlichen Partner Institutionen brauchen, in denen sie gleichberechtigt mitwirken und in die sie ihre Probleme einbringen können.

Gerade im Hinblick auf die Probleme Rußlands verfügt die KSZE über Möglichkeiten, Lösungsansätze aufzuzeigen. Das betrifft in erster Linie die normative Grundlage. Herr Hornhues hat vorhin die Charta von Paris erwähnt. Das ist sicher wichtig, aber die KSZE ließe sich für spezifischere Entwicklungen viel besser aktivieren. Insbesondere müssen wir die Unteilbarkeit von Sicherheit ernst nehmen, nicht als eine Norm, die verwirklicht ist, sondern als ein Ziel, das wir verwirklichen wollen.

Was das Thema russischsprachige Minderheit angeht, das Herr Garton Ash eben noch einmal erwähnte, so ist dies in der Tat ein völlig unzureichender Begriff. Denn in diesem Sinne ist natürlich nahezu die gesamte frühere Sowjetunion eine russischsprachige Minderheit, weil fast alle Russisch sprechen. Wir sollten uns aber nicht mit terminologischen Fragen aufhalten; denn die Menschen, die betroffen sind, wissen sehr genau, wer zu dieser Gruppe zählt und wer nicht.

Diese normative Grundlage halte ich insbesondere für wichtig, wenn es um die Unterscheidung von legitimen und illegitimen Interessen oder Mitteln geht. Ich sehe da gar keinen so großen Unterschied, Herr Garton Ash. Interessen und Mittel müssen jedenfalls den normativen Standards entsprechen, die wir in der KSZE über mehr als 20 Jahre geschaffen haben.

Dazu gehört auch der wichtige Grundsatz, den Herr Meyer-Landrut erwähnt hat: peaceful change - ein Begriff, der in einem ganz anderen Zusammenhang entwickelt wurde. Damit sollte man durchaus vorsichtig umgehen. Denn territoriale Integrität und Souveränität der Staaten sind wichtige Prinzipien.

Ein zweiter Bereich der KSZE, der aktiviert werden sollte, betrifft die Hilfe bei der Konfliktverhütung. Dazu gehört etwa, was einer meiner Gesprächspartner in Kirgisistan als interethnic security bezeichnete. Das heißt, wir brauchen heute einen umfassenden Sicherheitsbegriff. Hier bietet die KSZE Möglichkeiten, indem sie Minderheitenstandards als normative Grundlage festlegt. Dabei arbeitet sie insbesondere mit dem Hochkommissar für nationale Minderheiten erfolgreich zusammen, wie sich bei den KSZE-Missionen in Estland und in Lettland gezeigt hat. Auch in Kasachstan und Kirgisistan bin ich kürzlich auf großes Interesse an einem Besuch des KSZE-Hochkommissars gestoßen.

Ein dritter Bereich, der stärker ins Blickfeld kommen sollte - insbesondere weil daran unsere russischen Partner interessiert sind;- ist die Entwicklung eines kooperativen Sicherheitssystems, das alle KSZE-Mitgliedsstaaten von Vancouver bis Wladiwostok einschließt. Ein solches System, für das es verschiedene Möglichkeiten gibt, könnte durchaus dazu beitragen, auch die Lösung weiterer Probleme zu erleichtern und einen Rahmen zu entwickeln, in dem ebenso andere internationale Organisationen mitwirken können.

Ich weiß natürlich, der Generalsekretär einer Institution steht immer in dem Verdacht zu versuchen, seine Institution zu stärken. Bitte nehmen Sie mir ab, daß es mir darum nicht geht. Mir ist wichtig, ins Bewußtsein zu bringen, daß die KSZE einen echten Beitrag zur Stabilisierung leisten kann, wozu in dieser Form keine andere Institution in der Lage ist.

Atonen

Ich möchte noch einmal auf das Problem der russischsprachigen Bevölkerung in den Ländern des sogenannten nahen Auslandes zurückkommen, und zwar am Beispiel Estlands. Natürlich gibt es in dieser Hinsicht Probleme. Sie sind eine Folge der langen Periode, während der in unserem Land die Sowjetmacht herrschte. Unsere Regierung und unsere Bevölkerung verstehen dieses Problem. Aber warum üben Länder wie die Ukraine oder Weißrußland keinen Druck auf uns aus, wie es die Russen tun? Sicher wissen Sie, daß es in Estland auch etliche Ukrainer, Weißrussen und Angehörige anderer Nationalitäten gibt.

Es hieß hier, man dürfe die russischsprachige Bevölkerung nicht ihrem Schicksal überlassen. Ich verstehe nicht, warum man meint, diese werde zur Zeit dem Schicksal überlassen. Die estnische Regierung tut jedenfalls alles, um dieses Problem zu lösen.

Hier wurde behauptet, in Estland und damit wohl auch in den anderen baltischen Staaten sei es um die Rechte der Bürger nicht gut bestellt. Natürlich erkennen wir nicht all die früheren Privilegien, die viele russischsprachige Bürger und ihre Vertreter in Estland fordern, als Bürgerrechte an. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage, ob Pensionäre der russischen Armee, die erst 35, 40 oder 45 Jahre alt sind und erst vor ein paar Monaten in Pension gegangen sind, im Lande bleiben sollen. Hat das etwas mit Bürgerrechten zu tun, wenn ehemalige Offiziere von der estnischen Regierung eine Pension

fordern, die um das Drei- bis Vierfache über den mittleren Pensionen in Estland liegen? Solche Fragen sollte man nicht mit den Bürgerrechten verknüpfen.

Das größte Problem sehe ich darin, daß die russischsprachigen Bürger in den baltischen Ländern selbst nicht wissen, was sie wollen. Natürlich führt die russische Propaganda bei diesen Menschen zu Mißverständnissen. Vielleicht werden sie auch von der estnischen Seite nicht ausreichend informiert. Man sollte also die weitere Entwicklung abwarten und sich etwas Zeit lassen. Die Menschen jedenfalls sind irregeleitet und orientierungslos. Sie verstehen nicht, was es mit den konkreten Problemen, etwa der Staatsangehörigkeit, auf sich hat. Ich bin aber sicher, daß wir einen Kompromiß finden werden - sowohl mit der russischsprachigen Bevölkerung in Estland als auch mit der russischen Regierung. Entsprechende Verhandlungen sind bereits im Gange. Dabei kommt es darauf an, daß die jungen neuen Staaten und die alten etablierten Staaten sich als gleichberechtigte Partner verstehen. Dann werden sich alle Fragen lösen lassen.

Gasteyger

Die Diskussion über deutsche und russische Außenpolitik macht eines deutlich: Was immer Deutschland und Rußland tun, sie werden dafür kritisiert - eine vielleicht nicht gerade erfreuliche Parallele. Das heißt für Rußland, daß jede seiner Maßnahme in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in mehrfacher Weise gedeutet werden kann und damit auch ihre Kritiker finden wird.

Um auf die veränderte Stellung Deutschlands nach seiner Wiedervereinigung zurückzukommen: Deutschland hat das in den letzten vierzig Jahren immer wieder zu spüren bekommen, so wenn es darum ging, ob es sich stärker nach Westeuropa oder nach Osteuropa ausrichten sollte. Wenn es sich für die europäische Integration stark machte, hieß es, Deutschland wolle die Europäische Gemeinschaft dominieren. Wenn es stärker seine nationalen Interessen über die europäische Integration geltend machte, geriet es in den Verdacht eines außenpolitischen Alleingangs. Heute stellt sich die Frage, inwieweit die deutsche Europapolitik noch deckungsgleich mit Deutschlands nationalen Interessen ist. Herr Meyer-Landrut hat dies vorhin angedeutet.

Das wirft die Frage auf, wie denn die künftige Gewichtsverteilung innerhalb der Europäischen Union beziehungsweise deren Rolle in dem sich neu bildenden erweiterten Europa aussehen soll. Die Europäische Union wird in Zukunft zweifellos nicht mehr die gleiche sein, an die wir uns in den letzten zwanzig, dreißig Jahren gewöhnt haben. Das gilt sowohl im allgemeinen Sinne als auch im Blick auf die Rolle Deutschlands in dieser Union.

Der Streit, der heute die Europäische Union bei ihren Erweiterungsverhandlungen so belastet, ist viel mehr als eine Auseinandersetzung darüber, ob es 23 oder 27 Stimmen für die Sperrminorität braucht. Hier geht es im Kern um die künftige Gewichtsverteilung innerhalb der erweiterten Europäischen Union. Diese Erweiterung geht nicht mehr in Richtung Süden, sondern in Richtung Osten und Norden. Ob man es will oder nicht, im Zentrum der Erweiterung steht Deutschland. Allein von hierher gewinnt es einen entsprechenden Zuwachs an Einfluß. Dies wirft nicht nur Fragen nach der Zukunft der Europäischen Union, sondern ebenso nach der künftigen Rolle und Verantwortung Deutschlands innerhalb der Union auf.

Das führt dann zur weiteren Frage nach unserer Haltung gegenüber Rußland. Die Aussage, Rußland solle Partner sein, wird jeder akzeptieren. Aber was heißt Partner? Partner der Europäischen Union oder Europas schlechthin? Wir alle sind uns bewußt nicht zuletzt im Blick auf das, was Frau Fleischhauer gesagt hat;-, daß Rußland zu groß ist, um von Europa integriert zu werden. Es ist aber auch zu groß, um isoliert zu bleiben. Was wir bis jetzt mangels einer besseren Alternative getan haben, um mit diesem Problem fertig zu werden, sind bestenfalls Annäherungen oder Teillösungen. Eine Antwort auf die grundlegende Frage nach einer strukturellen Einbindung Rußlands in das erweiterte Europa haben wir vorläufig nicht.

Natürlich sympathisiere ich mit Ihnen, Herr Höyneck, wenn Sie von der wichtigen Rolle der KSZE sprechen. Aber ist nicht die Versuchung groß, in möglichst vielen Institutionen auch die Lösung der substantiellen Probleme zu sehen? Es gibt die KSZE, den Nordatlantischen Kooperationsrat und neuerdings die "Partnerschaft für den Frieden". Das sind Annäherungen. Sie reichen aber bestimmt nicht aus, um eine größere und stabilere europäische Sicherheitsordnung zu schaffen.

All das geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Mitglieder der Europäischen Union über deren künftige politische Gestalt und politische Rolle uneinig sind. Wir befinden uns mit anderen Worten in einer Zwischenphase, in der ich drei große, miteinander verbundene Probleme ausmache:

Erstens: Die künftige Gestalt und Rolle der Europäischen Union.

Zweitens: Die Stellung Rußlands in Europa.

Drittens: Die künftige Rolle der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent.

Ich bin der Auffassung - Herr Smyser hat mich darin bestärkt;-, daß die künftige Rolle der Europäischen Union und das Verhältnis zu Rußland nicht ohne eine weiterführende konstruktive Rolle der Vereinigten Staaten in oder gegenüber Europa angegangen werden kann. Das mag beschämend für Europa sein. Aber es ist meines Erachtens eine Realität, mit der wir uns in den kommenden Jahren weiter auseinandersetzen haben.

Kasmin

Herr Gasteyger hat zu Recht betont, daß wohl jede Aktivität Deutschlands in Rußland bei anderen Ländern Argwohn auslöst. Ähnlich ist es, wenn Rußland Schritte zur wirtschaftlichen Integration der GUS-Staaten unternimmt; dann wird sofort über eine neue Expansion Rußlands gemutmaßt. Und wenn Rußland versucht, seiner Wirtschaftspolitik eine tragfähige Basis zu verschaffen, dann heißt es, das sei nationaler Egoismus.

In diesem Zusammenhang ein paar Worte zum Zerfall der Rubelzone. Mit Rubelzone bezeichnen wir das Territorium jener Staatengruppe, wo der Rubel die Rolle einer Zweitwährung, einer Reservewährung spielt. Eine solche Zone besteht gegenwärtig, auch wenn nahezu alle Republiken ihr eigenes nationales Geld eingeführt haben. Ebenso gibt es eine DM-Zone, und fast die ganze Welt befindet sich in der Dollarzone.

Die Rubelzone als Gebiet mit einheitlichen Regeln zur Organisation des Geld umlaufes hat am 1. Juli 1992 aufgehört zu existieren. An dem Tag wurde die Verteilung der Geldsysteme aufgehoben, verursacht durch das übertrieben heftige Eingreifen der Nationalbanken der früheren Sowjetunion. Der logische Endpunkt dieses Prozesses wurde im Juli vergangenen Jahres gesetzt, als die sowjetischen Banknoten auf dem Gebiet Rußlands durch Banknoten neuen Typs ersetzt wurden. Damit war eine russische Währung eingeführt.

Als bevollmächtigter Vertreter des Finanzministeriums bei den Gesprächen mit allen Ländern der GUS über eine Vereinigung der Geldsysteme von Beginn ihrer Einführung an im August vorigen Jahres kann ich sagen, daß die notwendigen Schritte, die zu diesem Zwecke von der russischen Seite unternommen wurden, kaum als nationaler Egoismus bezeichnet werden können. Es war eher der Versuch, einen rationalen Anfang für die Wirtschaftspolitik zu schaffen. Man könnte deshalb besser von einem nationalen Rationalismus sprechen. Egoismus ist eher aufseilen unserer Gesprächspartner festzustellen, die offen sagen, es sei für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion schwer gewesen, sich gewissermaßen wie Kinder von der Mutterbrust zu reißen und von den Finanzspritzen Rußlands abzunabeln. Rußland hat riesige Summen in Form von zinslosen Krediten unbefristet zur Verfügung gestellt, wie ich bereits erwähnt habe.

Ich stimme der Feststellung zu, daß der Prozeß zur Festigung der Souveränität der ehemaligen Sowjetrepubliken gerade im Jahre 1993 einen großen Schritt vorangekommen ist. Die Anerkennung der wirtschaftlichen Realitäten hat die betreffenden Staaten veranlaßt, Initiativen zur Vereinigung der Geldsysteme zu ergreifen. In dieser Hinsicht hat es beispielsweise Gespräche mit Weißrußland gegeben, die zur Zeit noch laufen. Auch da stellt sich die Frage nach dem nationalen Egoismus. Dabei geht es um die Bedingungen, unter denen die weißrussische Seite einer solchen Vereinigung zustimmen würde. Ich meine, daß auch andere Republiken unter solchen Bedingungen beitreten würden. Das bedeutet praktisch die Rückkehr zu der Situation, die vor dem 1. Juli 1992 bestand. Das heißt, alle Staaten, die ein solches Abkommen unterschreiben, besitzen dann eine einheitliche Währung.

Ich kann mir eine solche Situation in einer Europäischen Währungsunion, die im Entstehen ist, kaum vorstellen. Jedermann weiß, daß ein so wichtiges finanzwirtschaftliches Instrument wie das Geld ein gemeinschaftliches Emissionszentrum braucht. Man kann Rußland also schwerlich nationalen Egoismus vorwerfen, wenn russische Fachleute Voraussetzungen dafür schaffen, daß im Falle einer Vereinigung die Bank der Russischen Föderation das Emissionszentrum bleibt und beispielsweise die weißrussische Bank sich der russischen Bank administrativ unterordnen muß.

Außerdem müssen die Staatshaushalte konsolidiert werden. Das sind die Minimalforderungen, um die Stabilität des Geldsystems zu gewährleisten, woran die weißrussische Seite am allermeisten interessiert sein müßte. Ich spreche nicht davon, daß sich in dem Zusammenhang immer wieder die Frage gestellt hat, ob die Wirtschaftssysteme Rußlands und seiner Nachbarn, den ehemaligen Republiken der Sowjetunion, miteinander vereinbar sind. Es ist kein Geheimnis, daß die

Marktwirtschaft in Weißrußland bisher hinter den marktwirtschaftlichen Entwicklungen in Rußland - vorsichtig formuliert - weit zurückbleibt.

Herr Pain hat erwähnt, daß diese Fragen Folgen auch für die personelle Zusammensetzung der Regierung hatten, indem sie unter anderem zum Rücktritt von Herrn Gajdar führten. Aber die Frage der Vereinigung oder Nicht-Vereinigung der Geldsysteme Rußlands und der Republik Weißrußland waren für den Rücktritt Gajdars, der an diesen Gesprächen gar nicht teilgenommen hat, nicht entscheidend.

Frau Fleischhauer macht die "asiatische Denkweise" in Rußland und anderen Staaten der GUS für die überzogenen Erwartungen gegenüber der Hilfe aus dem Westen verantwortlich. Ich meine, das Wort "asiatisch" erhält hiervon vornherein einen negativen Beigeschmack, der nicht akzeptabel ist. Dann könnte man auch von den überhöhten Erwartungen der Ostdeutschen bei der Wiedervereinigung oder von den Erwartungen der Polen und der Tschechen bei der Auflösung des Ostblockes sprechen. Von diesen Völkern wird man kaum behaupten, ihnen sei eine asiatische Denkweise zu eigen.

Das gleiche gilt für die Außenpolitik der GUS-Staaten, besonders Rußlands. Es gibt sicher viele historische Beispiele für eine genuine Aggressivität der russischen Außenpolitik. Aber davon zu sprechen, daß fehlende Berechenbarkeit und der Hang zu territorialer Expansion zu den herausragenden Attributen eines "asiatischen Staates" gehören, ist wohl kaum richtig. Ich meine, die Geschichte jedes großen Staates bietet Ähnliches in großer Zahl, um eine solche These zu rechtfertigen.

Morel

Einige Worte zur französischen Politik. Zunächst möchte ich daran erinnern, daß die Beziehungen Rußlands zu Frankreich historischen Charakter haben. Im königlichen Almanach von 1717 wurde Rußland als europäische Macht bezeichnet. Seit der Zeit hatten wir auch einen ständigen Botschafter in Rußland. Natürlich hatte die Ideologisierung Rußlands durch die Sowjetunion unsere Beziehungen verändert, so daß man jetzt von einer Rückkehr der Geschichte in unseren Beziehungen sprechen kann. Das spielt durchaus eine Rolle, auch in kultureller Hinsicht.

Worum es heute in besonderem Maße geht, ist die Erhaltung der Stabilität in Europa. Daran sind alle interessiert, nicht zuletzt deshalb, um eine neue Teilung zu vermeiden. Die Vorstellung, daß nach dem Zerfall des Kommunismus, der die ideologische Teilung Europas beendete, jetzt erneut wieder eine Teilung stattfinden sollte - nur ein paar hundert Kilometer weiter östlich;- , wäre eine historische Schande für Europa.

Natürlich ist mir bekannt, daß es in Rußland immer eine Debatte zwischen Slawophilen und Westlern gegeben hat. Darauf müssen die Russen selbst eine Antwort finden. Aber es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß wieder eine spezifische Grenze zwischen Rußland und dem restlichen Europa entsteht.

Die französische Politik hat sich nun in besonderer Weise auf Konfliktverhütung und präventive Diplomatie konzentriert. Ich meine den Balladur-Plan, der jetzt von der Europäischen Union vorbereitet und am 26. Mai 1994 bei der Eröffnungskonferenz offiziell werden wird. In jedem Falle muß man Entwicklungen wie in Jugoslawien zukünftig verhindern. Das wird nicht einfach sein. Und nur zu sagen, der Balkan sei immer der Balkan gewesen, ist sicherlich keine befriedigende Antwort. Es wird darauf ankommen, potentielle Gefahren in Krisensituationen frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig reagieren zu können.

Ich denke etwa an die Idee von regionalen Tischen, also verschiedenen speziellen Gremien, die zwischen den direkt beteiligten Ländern vorbereitet werden, und zwar auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Dies gibt es bereits im Rahmen der KSZE. So könnte für Rußland in seinen Beziehungen zu den baltischen Staaten eine besondere Perspektive entstehen. Das ist lediglich als Präventivmaßnahme gedacht, die auf den Einzelfall ausgerichtet sein muß. Das heißt, auf dem Balkan muß man anders vorgehen als beispielsweise im Kaukasus. Mit anderen Worten, die 53 Mitgliedsstaaten der KSZE müssen für jede einzelne Krise, die entsteht, gesonderte Lösungswege vorbereiten. Das ist jedenfalls die Grundidee des Balladur-Plans.

Hier zeigt sich - und das unterstützt die Auffassung von Herrn Höynck;- , daß der KS ZE eine immer wichtigere Rolle zukommt. Deshalb sollten wir noch viel mehr in die KSZE investieren.

Ein Wort zum Thema Minderheiten. Herr van der Stoel und Herr Höynck als Generalsekretär der KSZE spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber wir sollten uns nicht damit beruhigen, daß es jetzt eine Art Feuerwehrmann gibt, der für uns die Arbeit erledigt. Wenn es ein Problem in den baltischen

Staaten gibt, kann es nicht heißen: Bitte, Herr van der Stoel, machen Sie etwas. Das würde ich für einen fundamentalen Fehler halten. Wenn ich etwa im Zusammenhang mit dem Helsinki-Prozeß an die Oder-Neiße-Grenze denke, da hat man auch nicht einen Feuerwehrmann ernannt, sondern das war von vornherein eine europäische Frage, für die man eine europäische Lösung gefunden hat. Um ein extremes Beispiel zu nennen: Ob Tadschikistan sich afghanisiert oder nicht, ist eine gesamteuropäische Frage.

Als wir im KSZE-Rahmen die Frage der Grenzen im allgemeinen diskutierten, wußte jeder, daß wir über Deutschland sprachen und nicht im allgemeinen. Deshalb meine ich, wir müssen in diese offenen Fragen sehr viel investieren, weil zwar das Prinzip klar ist, aber die Prozeduren und Instrumente für jeden Einzelfall erarbeitet werden müssen. Das gilt besonders mit Rußland, weil es im Interesse Rußlands liegt, gesamteuropäische Prozeduren zu schaffen.

Stürmer

Ich möchte auf zwei Dinge aufmerksam machen, die im Laufe dieses Gespräches deutlich geworden sind. Auf der einen Seite hat Dick Smyser gesagt: Wir haben in Amerika einen Präsidenten, der Amerika gewissermaßen neu erfinden muß und der gleichzeitig vor der Aufgabe steht, der er sich gern entziehen möchte, nämlich eine neue Weltordnung zu schaffen. Das ist jedenfalls unser besonderes Interesse in Europa, vor allem wenn wir auf die unbestimmte Zone östlich von Oder und Neiße blicken, wo die Dinge weder wirtschaftlich noch militärisch, politisch oder psychologisch stabil sind.

Herr Kokoschin hat hier gesagt - und das klingt in meinen Ohren nicht eben beruhigend;- , Rußlands Grenzen seien noch keineswegs festgelegt, und seine Interessen im östlichen Mitteleuropa und Osteuropa noch nicht abschließend bestimmt. Dabei weiß heute sicher niemand in Rußland, worauf es schließlich hinauslaufen wird. Das sind Prozesse, die sich entwickeln. Auch die Methoden der neuen Raumordnung - um einen älteren Begriff zu gebrauchen - sind nicht festgelegt.

Wir haben uns in Westeuropa an Methoden gewöhnt, die sich jahrzehntelang unter den Bedingungen der sowjetischen Bedrohung und des amerikanischen Protektorats sehr bewährt haben: Integrationsprozesse, die Grenzen unwichtiger, durchlässiger machen, als sie es im 19. Jahrhundert waren; Interessen überwölben und so weiter. Derartige Dinge sind hier im Osten allenfalls Nachrichten aus einer fernen Welt, aber noch keineswegs grundlegende Denk- und Handlungsmuster der Politik.

Wir brauchen uns nur anzusehen, mit welcher geradezu schicksalhaften Dynamik die Entwicklung in der Ukraine vorsich geht, und wie hilflos die benachbarten Staaten und Regierungen dieser Entwicklung gegenüberstehen - nicht ahnungslos, aber hilflos und ratlos.

Was hier zusammenkommt: die gegenwärtige Unklarheit der amerikanischen Außenpolitik, die ihre Rolle als Ordnungsmacht noch nicht gefunden hat, und die Unsicherheit darüber, wie Rußland mit seinem früheren Imperium umgehen wird. Das alles erfüllt mich mit großer Sorge.

Ich ziehe daraus eine Reihe von Schlußfolgerungen. Zum einen müssen wir den Amerikanern immer wieder klarmachen: Ihr habt Containment geleistet, so wie ihr die Entscheidung im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gebracht habt. Aber Weltordnung bleibt eine permanente Aufgabe, und die einzige verbliebene Supermacht darf sich dieser Aufgabe nicht entziehen, wenn sie nicht am Ende einen sehr hohen Preis bezahlen will, der auch ihre Interessen tangiert.

Zum anderen muß man den Osten, so wie es KSZE-Generalsekretär Höynck hier getan hat, immer wieder zu Verhandlungen ermutigen. Jede kleine Chance ist zu wahren, und gleichzeitig ist ein realistischer Blick für große Gefahren, die da lauern, notwendig. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben: Nichts ist in diesen Prozessen zu Ende. Wir befinden uns noch mitten in einer welthistorischen Krise, und niemand kann heute wagen, auch nur eine halbwegs vernünftige Prognose darüber abzugeben, wie die Welt in fünf Jahren ungefähr aussehen wird. Denken Sie nur fünf Jahre zurück und wie es seitdem mit unserer Prognosefähigkeit aussah.

Das heißt, wir leben in Umbrüchen und Aufbrüchen, die ein erhebliches Maß an Steuerung, Vernunft und Koordination verlangen, damit sie nicht unkontrollierbar werden und die ethnischen, nationalen, imperialen Bitternisse und Enttäuschungen wieder neue Katastrophen entfesseln.

Mein Resümee dieses Bergedorfer Gesprächskreises ist, daß die russischen Reformprozesse einen Rahmen brauchen. Dabei ist Europa eine wichtige, wenn auch sehr unbestimmte Größe. Ich denke nur an die Peinlichkeiten, die wir uns in Europa immer wieder leisten - voran die britische Regierung;- , wenn es etwa um die Modalitäten der Erweiterung und Fragen der Stimmenmehrheit geht. Das geschieht angesichts einer weltpolitischen Situation, die die Konzentration aller Kräfte auf die wirklich

wichtigen Entwicklungen erforderte. Auch die amerikanische Rolle, wie sie Dick Smyser beschrieben hat, zeichnet sich nicht gerade durch ein grand design aus - bei allem guten Willen, den die Amerikaner immer wieder beweisen.

Fleischhauer

Ich sehe mich genötigt, noch etwas Öl in das Feuer Ihrer Befürchtungen zu gießen, Herr Stürmer. Wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesem Lande gegenwärtig ein blutloser Bürgerkrieg tobt. Blutlos, dies bedeutet eine Anerkennung der außergewöhnlichen russischen Passivität angesichts der schwierigsten Probleme, die sich nach der Auflösung eines Großreiches stellen. In anderen Fällen, beim Osmanischen Reich und anderswo, sind diese immer durch Gewalt gelöst worden.

Wir erleben im Augenblick einen Bürgerkrieg zwischen einer Elite, die versucht, mit westeuropäischen Rechtsbegriffen, auch denen des internationalen Völkerrechts, Reformen durchzuführen - Herr Sobtschak ist ein Protagonist dieser Richtung;- und einer anderen veralteten Elite, die Politik in asiatischen Raumbegriffen denkt.

Herr Putin hat uns gestern mit seiner Vision einer urtümlich russischen Territorialbestimmung sicher überrascht. Hier liegt ein aus der asiatischen Tradition kommender Archetypus zugrunde, der sich so ausdrückt: Territorien, die von russischem oder von slawischem Blut getränkt sind, haben ein Recht darauf, für immer in slawischem Besitz zu bleiben. Man kann darüber streiten, inwieweit so etwas heute noch Bedeutung hat. Aber wir sehen auch in unserer Debatte, daß diese Mentalität noch wach ist.

Wenn Sie mich fragen, was wir Westeuropäer tun sollten, würde ich zu großer Vorsicht raten. Der Begriff der Hilfe, der in dieser Diskussion wiederholt angeklungen ist, hat in diesem Lande viele böse Erinnerungen ausgelöst. Es ist auch asiatisches Gedankengut, daß Hilfe von anderer Seite immer mit Interessen und Gegenverpflichtungen verbunden ist. Man sollte also vorsichtig sein, Hilfe anzubieten. Was wir sicher tun sollten, ist, die heranwachsenden demokratischen Eliten in einen Dialog über unsere rechtlichen Denkvorstellungen einzubeziehen. Hier können bestehende Institutionen eine wichtige Rolle spielen.

Ich schließe mit einem Wort von Katharina der Großen. In derselben Instruktion, die ich vorhin zitiert habe, heißt es: "Die einzige und erste Bestimmung und Bedingung, Rußland zu einem Rechtsstaat werden zu lassen, liegt in der Erziehung." Über dieses Thema haben wir kaum gesprochen. Bildung und Erziehung stecken in diesem Lande in der tiefsten Krise. Schulen und Universitäten sind richtungs- und orientierungslos.

Unglücklicherweise schreibt die Kulturpolitik jener Länder, die hier vertreten sind, in der Regel vor, eigene kulturpolitische Zielrichtungen in Rußland zu vertreten. Es sind einzelne Personen und Stiftungen, wie zum Beispiel der ungarisch-jüdische Emigrant George Soros und glücklicherweise auch die Körber-Stiftung, die verstehen, daß man die Eliten in diesem Lande in ihren eigenen Denk- und Vorstellungsmodellen heranziehen muß. Hier liegt meines Erachtens der größte Beitrag für eine künftige Konfliktvermeidung.

Pain

Ich möchte nur einige Mißverständnisse korrigieren.

Erstens: In der wissenschaftlichen Literatur, in der Soziologie und Politologie, hat das Wort "Egoismus" keine wertende Bedeutung. Es ist weder positiv noch negativ besetzt. Egoismus kann rational und irrational sein.

Zweitens: Zur Problematik der russischen Minderheiten und wie man sie definieren kann, was wahrlich nicht leicht ist. Nehmen Sie nur als Beispiel die "Rußlanddeutschen" um die sich die deutsche Regierung sorgt. Das Problem wird dadurch so kompliziert, daß ein nicht geringer Teil derjenigen, die sich Deutsche nennen, in Wirklichkeit gar keine sind, sondern es aus wirtschaftlichen Erwägungen geworden sind. Um dieses Problem aus dem politischen Alltag herauszuhalten, sollte man an den Minderheitenschutz von der ethnischen Seite herangehen und dann die Frage der Staatsbürgerschaft behandeln. Rußland muß als Großmacht und als Mitglied im Sicherheitsrat alle Minderheiten - russische und nicht-russische -verteidigen. Die UNO fordert, daß die nationale Gesetzgebung zurückstehen muß, wenn es um den Schutz der Menschenrechte und um Minderheitenprobleme geht.

Drittens: Zur Frage von Kontakten zwischen verwandten Völkern, zum Beispiel die adygoabchasische Vereinigung. Solche Kontakte sind vernünftig, wenn es um kulturelle Gleichberechtigung geht. Aber

wenn zum Beispiel die Tscherkessen, Adygen oder Kabardinen als russische Staatsbürger zu den Waffen greifen, um in einen anderen unabhängigen Staat einzufallen und unter dem Vorwand, sie und die Abchasier seien eines Blutes, mit der legitimen russischen Staatsmacht zu kämpfen beginnen, dann darf das weltweit gültige internationale Recht oder die Moral das nicht zulassen. Mich tröstet bei solchen ethnischen Solidaritäten, daß sie nicht von Dauer sind. Die Araber erinnern sich daran, daß sie eine Nation sind, wenn sie gegen Israel kämpfen. Sie vergessen dies aber sofort, wenn es etwa um die Beziehungen zwischen Kuwait und dem Irak geht.

Viertens: Für eine zivilisierte russische Außenpolitik gibt es zwei Probleme: den Kampf gegen den Imperialismus und den Ultra-Antiimperialismus. Wir haben hier offenbar keine Vertreter der imperialistischen Richtung unter uns. Darum wende ich mich an diejenigen, von denen ich glaube, daß sie Ultra-Antiimperialisten sind. Diesen sage ich: Regt euch nicht über irgendeine Unbill auf, bevor diese Unbill euch betrifft. Grundloser Argwohn der offiziellen Moskauer Linie gegenüber spielt nur denen in die Hände, die Großmachtgelüste hegen. Die russische Außenpolitik gibt heute keinen Anlaß, ihr Expansionismus vorzuwerfen. Es fehlen auch jegliche Anzeichen, daß sich solche Ideen politisch durchsetzen könnten. Die Stärkung oder Schwächung der Beziehungen zwischen den GUS-Staaten ist kein Problem, das die europäische Sicherheit betrifft.

Reiter

Gestern abend sagte einer der Teilnehmer dieser Konferenz zu mir, Rußland sei dazu verurteilt, eine imperiale Politik zu führen, weil seine innere Schwäche nichts anderes zulasse. Ich halte diesen Determinismus für unbegründet und politisch für falsch. Doch darauf will ich jetzt nicht näher eingehen. Nur auf einen Aspekt will ich hinweisen: Gestern wurde die Frage diskutiert, ob es im Interesse Europas liege, daß Rußland schwach sei. Die Antwort ist für mich eindeutig: Nein, wir können kein Interesse an einem schwachen Rußland haben. Diese Antwort sollte aber ergänzt werden: Wir brauchen ein starkes Rußland, und das heißt ein demokratisches, wirtschaftlich prosperierendes, aber nicht ein imperiales.

Es gab in Europa in diesem Jahrhundert zweimal das Problem eines geschwächten, aber großen Staates. Das war Deutschland nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei dem ersten Mal ist es nicht gelungen, diesen Staat einzubinden. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Einbindung Deutschlands in Europa überaus erfolgreich. Nun hat Rußland freilich keinen Krieg verloren; aber es befindet sich in der Phase der Neuorientierung nach einem tiefen Einschnitt in seiner Geschichte. Es gibt Stimmen, daß sich hier eine Art Versailles-Syndrom breit machen könnte. Das wäre für alle verhängnisvoll. Das ist wichtiger Grund, dafür zu plädieren, daß Rußland nicht allein mit seinen Sorgen steht, sondern in die internationale Zusammenarbeit eingebunden wird. Selbstverständlich geht das nicht so wie mit Deutschland nach 1949, allein schon wegen der Größe, aber auch wegen der anderen Tradition Rußlands. Das würde das Gleichgewicht in den bestehenden Integrationsstrukturen ruinieren.

Man sollte nicht vergessen, daß Integration nicht einfach das Gegenteil der alten Politik der Machtbalance ist, sondern eine ganz neue, anders funktionierende Machtbalance, ein Mechanismus des Interessenausgleichs. Auch in der alten Europäischen Union funktionierte im gewissen Sinne ein Gleichgewicht der Kräfte. Zu ihm gehörte übrigens auch ein Faktor, den man nicht überbewerten, aber auch nicht ganz außer acht lassen kann: die Sowjetunion als ein "integrierender Feind".

1989 ist dieses Modell zusammengebrochen. Es gibt keinen Grund, ihm auch nur eine Träne nachzuweinen. Aber ein neues, stabiles Gleichgewicht ist noch nicht hergestellt. Wer im übrigen das Wort Gleichgewicht nicht mag, kann es durch ein anderes ersetzen: Stabilität oder auch Statik. Die wichtigsten Elemente der neuen Statik werden die Europäische Union, die Vereinigten Staaten, die mittelosteuropäischen Länder und selbstverständlich Rußland sein.

Die entscheidende Frage ist, ob es gelingt, dieses Gleichgewicht aufzubauen, ohne zu der alten Machtpolitik mit den wechselnden nationalen Bündnissen zurückzukehren. Das kann man nur verhindern, wenn die bereits bestehenden Integrationsgemeinschaften erhalten und ausgebaut werden. Der Raum zwischen der Europäischen Union und Rußland wird in dieser Hinsicht eine Bedeutung haben, die über seine geographischen Grenzen hinausgeht. Er kann zu einem Spielplatz rivalisierender Kräfte werden, wenn er ein machtpolitisches Vakuum bleibt. Er kann aber auch dazu beitragen, die Zone der Integration auszuweiten. Tertium non datur. Man muß verstehen, daß Länder wie Polen nicht imstande sind, ihre Sicherheit allein zu organisieren - anders als Rußland. Solange die schöne Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitsgemeinschaft nur in der Luft schwebt, müssen wir unsere Sicherheit in den vorhandenen westlichen Strukturen suchen - andere gibt es zur Zeit nicht.

Wir brauchen eine Zusammenarbeit mit Rußland nicht weniger, sondern eher noch mehr als die Westeuropäer. Das heißt, wir können kein Interesse daran haben, Rußland zu isolieren. Der Gedanke ist ziemlich absurd, wenn man die Kräfteverhältnisse betrachtet. Aber noch wichtiger ist, daß eine Isolierung Rußlands unseren Interessen widersprechen würde, den wirtschaftlichen wie auch den politischen. Polen, das in den Integrationsstrukturen verankert ist, kann sich viel mehr zum Osten öffnen, ohne sich dabei Sorgen um seine Sicherheit machen zu müssen.

Eichwede

Herr Stürmer hat noch einmal die Dramatik der Situation dargestellt, in der wir leben. Ich habe 1990 an einem Treffen bundesdeutscher Osteuropaexperten teilgenommen, auf dem die Frage erörtert wurde: Wann wird im Zerfall der Sowjetunion der Casus belli gegeben sein? Fast alle waren der Meinung: Dann, wenn die Ukraine versucht, aus dem Unionsverband auszubrechen. Die Prognose hat sich nicht bewahrheitet. Daraus ziehe ich die Schlußfolgerung, daß trotz aller Gefahren wiederholt ad hoc Regelungsmechanismen gefunden wurden, die nicht voraussehbar waren. Bislang verliefen die Entwicklungen weniger konfrontativ als man befürchten mußte. Ein faszinierender Vorgang in der Geschichte.

In den Äußerungen von Verteidigungsminister Ruhe und Dick Smyser sind Differenzen erkennbar geworden. Herr Ruhe hat sich deutlich für die Integration Polens und der Tschechischen Republik in die NATO ausgesprochen, während Herr Smyser die amerikanische Politik dahingehend referierte: "to open and not to enlarge the NATO". Ich denke, die Einbeziehung unserer unmittelbaren östlichen Nachbarn in die NATO ermöglicht Deutschland eine Intensivierung seiner Politik gegenüber Rußland. Je intimer die Beziehungen Berlins (heute noch Bonns) zu Warschau und Prag sind, desto enger können sie zu Moskau werden. Auch das ist eine Lehre, die wir aus diesem Jahrhundert ziehen können.

Ein letzter Punkt. Wenn wir über die nationalen Interessen Rußlands nachdenken, müssen wir uns vor Augen halten, daß in Rußland gerade erst die Diskussion darüber beginnt, was denn die russische Nation ist. Bevor Interessen definiert werden können, stellt sich die Frage, ob und wie Rußland im Unterschied und in kritischer Auseinandersetzung mit seiner zaristischen und sowjetischen Geschichte von seinen nationalen Grundlagen her zu fassen ist. Ein Vielvölkerstaat bleibt es allemal. Seine einzige Chance auf dynamische und demokratische Stabilität scheint eine föderale Struktur. Als Anmerkung, Frau Fleischhauer, Rußland läßt sich nicht mit dem Begriff "asiatisch" fassen, genausowenig wie sich asiatisch mit kollektivistisch gleichsetzen läßt.

Rußland ringt im Augenblick (ich scheue das Modewort) um seine nationale und multiethnische Identität. Sicherheiten driften davon, Mythenbildungen drohen. Gleichzeitig versucht das Land, eine neue Ökonomie zu initiieren und die Grundlagen einer, wenn auch russisch eingefärbten, bürgerlichen Gesellschaft zu legen. In der Überlagerung der Prozesse liegt die Chance ihrer gegenseitigen Durchdringung. Die Völker des westlichen Europa nutzten die große Möglichkeit, Verfassungsstaaten und bürgerliche Strukturen zeitgleich zu bilden, so heftig sie auch von Konflikten erschüttert wurden. In einer vergleichbaren Situation findet sich heute Rußland wieder. Ökonomische Rationalität mag pragmatische Offenheit befördern, der Erfolg des Kompromisses für Toleranzen sorgen. Auch wenn wir uns von Euphorien verabschieden müssen, bleibt Hoffnung.

Smyser

Herr Eichwede hat genau das zum Ausdruck gebracht, was auch mir wichtig ist; denn in den letzten anderthalb Stunden haben wir größtenteils eine elegante Spielart von Pessimismus gehört. Das meiste, was gesagt wurde, ist sicher gerechtfertigt. Aber als ich Herrn Kasmin, besonders aber Herrn Pain zuhörte, fühlte ich mich ermutigt. Er sagte, er habe kein Konzept, um dann aber nachzuweisen, daß er doch eines hat. Weiter sagte er, Rußland wisse, was es nicht wolle, obgleich es jetzt noch nicht wisse, was es wolle. Mein Gott, für ein Land, das so viel durchgemacht hat wie Rußland, ist selbst die bestehende Unklarheit beeindruckend.

Wie ich vorhin sagte, haben die Vereinigten Staaten in ihrer Anfangszeit ein Chaos durchlebt. Wir können nicht erwarten, daß die Dinge in anderen Ländern, die einen neuen Anfang machen, reibungslos verlaufen.

Was die Amerikaner angeht, so empfehle ich Ihnen, die Dinge gelassen zu betrachten und den gegenwärtigen Vorgängen nicht zuviel Bedeutung beizumessen. Die Amerikaner können und werden nicht alles tun. Aber die Chance besteht, daß sie schließlich die richtigen Antworten für sich selbst finden werden und wo sie helfen können.

Lassen Sie uns dieses Gespräch nicht zu pessimistisch beenden; denn ich glaube nicht, daß ein derartiger Pessimismus angebracht ist. Es ist das alte Problem: Die Situation mag ernst sein, aber seriöse Personen arbeiten daran, sie zu verbessern. Wir sollten nicht schon aufgeben.

Meyer-Landrut

Wir sind anderthalb Tage lang im Rahmen unseres Themas einen großen Weg abgeschieden und haben die verschiedenen innen-, außen- und sicherheitspolitischen Fragen und Probleme eingehend behandelt.

Wir haben eine Reihe von kritischen und besorgten Äußerungen, aber auch von durchaus optimistischen Stellungnahmen gehört. Dabei haben die russischen Gesprächspartner besonderes Gewicht auf die Feststellung gelegt, daß der Reformprozeß seit dem Zerfall des Kommunismus erst eine zeitlich kurze Wegstrecke gegangen ist und während dieser Zeit wichtige Weichenstellungen erfolgt sind.

Die Stellungnahmen der Gesprächspartner aus dem Westen klangen dagegen eher besorgt, was auch nicht verwunderlich ist. Denn in Rußland ist vieles bislang Unerhörtes geschehen, und gleichzeitig ist vieles auseinandergefallen, sind Strukturen zu Bruch gegangen, die noch keine Nachfolgearchitektur gefunden haben. Von daher erscheint manchem westlichen Geschäftsmann und manchem Politiker alles mehr oder weniger chaotisch.

Auf der anderen Seite sollte - und dies halte ich für ein wichtiges Ergebnis dieses Gesprächskreises - von uns zur Kenntnis genommen werden, daß in kurzer Zeit in Rußland mit der neuen Verfassung und den Umstellungen in der Wirtschaft bedeutende Veränderungen erfolgt sind, die ihre Wirkung erst allmählich entfalten werden. Es wird darauf ankommen, in dieser Phase auf beiden Seiten nicht den Mut zu verlieren und in offener Partnerschaft miteinander an Problemlösungen zu arbeiten.

Voswinckel

Ich meine, Herr Meyer-Landrut, wir haben dieses Gespräch in St. Petersburg zum rechten Zeitpunkt und am rechten Ort geführt. "Rußland und der Westen", das dürfte das zentrale Thema sowohl der russischen als auch der westlichen Politik in den nächsten Jahren bleiben. Bei allen Risiken und Gefahren, die aus dem Zerfall des Vielvölkerstaates Sowjetunion nach wie vor drohen, sollten wir die Mahnung von William Smyser am Schluß der Diskussion beherzigen, uns nicht durch pessimistische Zukunftsvisionen selbst zu blockieren, ohne deshalb gleich einem blinden Optimismus zu verfallen.

Es sind in unserem Gespräch die ökonomischen Probleme Rußlands und der anderen GUS-Staaten mit Recht besonders betont worden. Daß "Hilfe für Rußland" auch seine problematische Seite haben kann, darauf hat Frau Fleischhauer noch einmal hingewiesen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz auf einen praktischen Beitrag der Körber Stiftung für Rußland und andere GUS-Staaten verweisen, der auf eine Initiative Dr. Körbers anläßlich eines Besuchs beim damaligen Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, im Jahre 1988 zurückgeht.

Dr. Körber bot damals an, zehn jungen Ingenieurinnen und Ingenieuren in einem achtzehnmonatigen Management-Ausbildungsprogramm einen Einblick in die Funktionsweise sozialer Marktwirtschaft zu geben.

Der Erfolg der ersten Gruppe war so überzeugend, daß die Körber-Stiftung sich entschloß, diese Initiative fortzuführen. 50 Trainees haben mittlerweile ihre Ausbildung abgeschlossen und arbeiten in deutschen oder russischen Unternehmen, vorwiegend an den Schnittstellen der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder. 60 weitere durchlaufen zur Zeit die verschiedenen Phasen der Ausbildung. Wir haben eine große Anzahl renommierter deutscher Unternehmen als Partner für den praktischen Teil der Ausbildung gewinnen können.

In den Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheit und politischer Instabilität halten wir diese Investition in die Köpfe von jungen Menschen, der Entscheidungsträger von morgen, für eine der besten Maßnahmen, die man derzeit ergreifen kann.

Als Peter der Große mit der Gründung dieser Stadt, deren Gastfreundschaft wir zwei Tage genießen konnten, ein Fenster zum Westen aufstoßen wollte, ging es ihm darum, dem rückständigen Reich neue Perspektiven durch die Zulassung von technischem Know-how und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu eröffnen. Heute ist wiederum ein Fenster geöffnet, und wir sollten uns aufgerufen fühlen, die dadurch gegebenen Möglichkeiten zu ergreifen im Interesse der jeweiligen Länder, aber langfristige gesehen auch in unserem eigenen Interesse.